Nr. 296. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 19. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenschwere Verhandlung **vorläufig** abgeschlossen worden.

Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 946 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen worden sind, weil die zollgierige Mehrheit nicht den Augenblick erwarten konnte, in dem sie die Beute in der Tasche hatte, **ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.**

Ausschlaggebend für unsern zähen Widerstand gegen die überhastete Durchberatung des Zolltarifs war, daß eine Maßregel, von so ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes, nicht hätte beschlossen werden dürfen, ohne daß das Volk selbst bei allgemeinen Neuwahlen Stellung dazu nehmen konnte. Aber aus Furcht vor dem drohenden Volksurteil sind die Regierungen und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung ausgewichen. Unmittelbar vor dem verfassungsgemäß bevorstehenden Schluß dieser Legislaturperiode haben sie die Beute unter Dach und Fach gebracht und damit den berechtigten Einfluß des Volkes auf die Gesetzgebung unterbunden.

Wir sehen in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten zu Grunde gelegt werden soll, **eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwickelung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Klassen.**

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwickelung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr auf's höchste **und gefährdet dadurch große Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Elend zu.**

Und das alles, um den junkerlichen und bürgerlichen Großgrundbesitzern und einem Teil der größeren bäuerlichen Betriebe, sodann gewissen Kreisen der Großindustrie zu den alten weitere sehr erhebliche Vorteile auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zuzuschanzen, **Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche die Lebenshaltung der übrigen Klassen, namentlich der Arbeiterklasse, belastet wird.**

Durch die Mindestzölle auf Brot und Mehl, unter die bei Abschluß der künftigen Handelsverträge nicht gegangen werden darf, **wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 Prozent und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.**

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst sein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künftig das zweifelhafte Glück, **das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!**

Wie mit Brot und Mehl, steht es mit den **Viehprodukten** aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen und von den verbündeten Regierungen gebilligten Sätze auf vom Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren **erhöhen künftig die Zölle um das Vielfache. So wird also auch die Fleischnahrung des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuß ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Gesundheitsverhältnisse großer Bevölkerungsschichten auf das schwerste benachteiligt werden.**

Und wie mit Brot- und Fleischprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, **auf die man ebenfalls die Zölle in starkem Maße erhöht oder wie auf Gemüse, Obst, Gänse und andres Geflügel neu eingeführt hat.**

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 1962 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel eingeführt, weil es dieselben entweder in hinreichender Menge zur Ernährung seiner stetig anwachsenden Bevölkerung zu erzeugen nicht im stande ist, so bei Roggen, Weizen, Gerste, Eiern, Butter, Käse, Fleisch, Geflügel aller Art — oder weil es andre Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann: wie Reis, Kaffee, Thee, Südfrüchte, Gewürze.

Fast alle diese Gegenstände waren schon bisher hoch verzollt. Diese Zölle sind aber der agrarischen Begehrlichkeit zuliebe noch sehr erheblich erhöht worden, **so daß allein der jährliche Mehrertrag an Zolleinnahmen für die Reichskasse sich auf circa 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse** und 35 Millionen Mark auf Industrie-Erzeugnisse entfallen, — eine Steuer, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künstlich in die Höhe getrieben werden.

Man giebt denen, die schon haben, um denen noch das Letzte zu nehmen, die ohnehin an dem Nötigsten Mangel leiden!

Es ist die Politik der Bereicherung der Wohlhabenden auf Kosten der Armen, — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, weshalb gerade diejenigen, so scheint es, an der Spitze dieser Brot- und Lebensmittelwucher-Politik stehen, die das Volk lehren zu beten: **Unser täglich Brot gieb uns heute!**

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, so weit sie im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wuchertarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Auch daß es gerade ein **Adventsonntag** war, an dem die Mehrheit des Reichstages diesen **Hunger- und Wuchertarif** annahm, drückt dieser Handlung ein besonderes Gepräge auf.

Kehrte heute **Christus wieder, er wäre der erste, der die Geißel über diese Brot- und Lebensmittelverteuerer schwänge, die sich brüsten in seinem Namen zu handeln, und sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schänden.**

Dem **Klein- und Parzellenbauer** lügt man vor, daß man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzölle ꝛc. nur einführe, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Dieselben Klein- und Parzellenbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidezölle selbst mittragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Zölle auf diese mit entrichten, so den fast doppelt so hohen Mais-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Zölle auf Oelfrüchte und andre Futtermittel. Insbesondere erschwert man auch dem kleinbäuerlichen und städtischen Pferdebesitzer, dem Fuhrmann und Droschkenkutscher, damit aufs ärgste die tägliche Existenz.

Den **Handwerker** täuscht man, indem man ihm sagt, das höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konkurrenz des Kapitalismus leidet, muß künftig nicht bloß seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerkszeug sowie seine Roh- und Halbfabrikate höher bezahlen, weil sie durch die Zölle entsprechend verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Syndikatswirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach Innen zu **Wucherpreisen,** nach Außen aber zu **Schleuderpreisen** absetzt. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angeblichen Mittelstandsretter in der Zollwuchermehrheit sind die Totengräber des Mittelstandes!

Den **Arbeiter** sucht man zu täuschen, indem man ihm sagt, die höheren Lebensmittelpreise werde er durch bessere Löhne in der zollgeschützten Industrie und Landwirtschaft zurück erhalten. **Man verschweigt ihm, daß der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet.** Daß kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, **als er zahlen muß,** daß aber dieselben Unternehmerschichten, die, durch Zölle und Kartellwirtschaft **Riesenprofite einheimsen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben,** ohne das er den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen kann. **Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen strafgesetzlich verboten worden ist.**

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zöllnerei der Landarbeiter ein moderner Helote.

Schmach und Schande über die Parteien, die die Armen und Bedrückten belügen, ausbeuten und betrügen und zu dem Schaden auch noch den Spott hinzufügen, indem sie sich heuchlerisch als **Vertreter des echten Patriotismus, des wahren Christentums und der Moral** geberden und feiern lassen.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, hängen Millionen Familien von einer geschickt geführten Wirtschaftspolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland günstige Handelsverträge abzuschließen. Aber es besteht kein Zweifel, daß der durch die Beschlüsse der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geschaffene Tarif den Abschluß günstiger Handelsverträge für Deutschland aufs höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs zu stande kommen, werden diese wesentlich **ungünstiger** sein als die bisher in Kraft gewesenen.

Im Jahre 1894 bezeichnete der deutsche Kaiser den Abschluß der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine „rettende That" und in Bezug auf den Antrag Kanitz erklärte er: **man könne ihm nicht zumuten, Brotwucher zu treiben.**

Was damals als eine „rettende That" angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrzahl der Regierungen — darunter in erster Linie der preußischen — als ein **nationales Unglück,** dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluß neuer Handelsverträge **auf Grund des angenommenen Hunger- und Wuchertarifs beseitigen müsse.**

Die Folge ist, daß in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelzölle in eine ungünstigere Lage herabgedrückt wird, sondern daß auch durch ungünstige Handelsverträge Industrie und Verkehr aufs schwerste geschädigt werden, **was wieder unheilvoll auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muß.**

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppelten Ruten gepeitscht. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines andren Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch **schwerer** machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schlimmsten Gegnern ihre Stimme gab!

Doch die Erkenntnis von diesem volks- und arbeiterfeindlichen Treiben bricht sich Bahn insbesondere in den Kreisen **der** Arbeiter, die bisher dem Centrum Heeresfolge leisteten. Um der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegenzuwirken und eine Deckung für seine gemeinschädliche Zollpolitik zu finden, brachte das Centrum einen Antrag ein, wonach gewisse Erträge aus den erhöhten Zolleinnahmen im Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufgespeichert werden soll. Doch schnell ward dem Centrum bange vor seiner eigenen Kühnheit und es setzte regierungsfromm seine Forderung auf 50 Millionen herunter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Gewissensabfindung des Centrums für den Sündenfall, den es durch die Zustimmung zu dem Hunger- und Wuchertarif beging.

Die Vorteile, welche die deutsche Unternehmerklasse, insbesondere die große und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des Deutschen Reichs künftig zieht, **belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre.** Von diesem Riesenprofit sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark **für eine Witwen- und Waisen-Versicherung angelegt werden. Das bedeutet, daß von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muß, ganze vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen.** Und selbst diese Versicherung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den schwachen Trost, daß, wenn er infolge schlechterer Ernährung und gedrückterer Lebenshaltung **frühzeitiger** ins Grab steigt, seine Witwe und seine Kinder einige Bettelpfennige als Witwen- und Waisen-Versicherung erhalten, wodurch obendrein die Unterstützungspflicht der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag schließlich zustimmten — nachdem unser eigener Antrag, ca. 300 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, **mit Hilfe des Centrums von der Mehrheit abgelehnt worden war** — so thaten wir dieses nicht etwa, weil wir dem Antrag des Centrums eine besondere Wirkung für den in Aussicht genommenen Zweck zuschrieben; dazu sind die 50 Millionen **viel zu wenig.** Für uns war maßgebend, daß jede Million Mark, die wir dem gierigen Rachen des Reichsfiskus für einen humanitären Zweck entreißen, dem Militär- und Marinemoloch verloren geht, **also einem kulturfeindlichen Zweck entrissen wird.**

Ueber die demagogische Absicht des Centrumsantrages und seine thatsächliche Unzulänglichkeit haben wir uns nie getäuscht, und seine Annahme macht das Verbrechen, welches das Centrum durch seine Zustimmung zum **Hunger- und Wuchertarif an den Armen und Elenden begangen hat, um kein Haar leichter!**

An eine Beseitigung oder auch nur an eine wesentliche Ermäßigung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel ist, so lange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das Deutsche Reich **das** bleibt, was es ist — **ein Militär- und Klassenstaat** — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelzöllen bilden schon seit langem eine seiner Haupteinnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. **Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.**

Wie der gemeine Mann für das Reich die Hauptlast der Blutsteuer zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer an Geld. Es liegt in der Natur des Klassenstaates, daß er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise

für die Besitzenden in Anspruch nimmt und den Nichtbesitzenden hauptsächlich die Lasten und Pflichten auferlegt!

Mit diesem Grundgedanken kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, so lange seine Grundlage die gleiche ist, **die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen!**

Gegenwärtig betragen die Militär- und Marinelasten direkt und indirekt pro Jahr **erheblich über 1000 Millionen Mark, und jedes Jahr steigen sie aufs neue.** Da ist es Pflicht, das Anwachsen dieser Ausgaben nach Möglichkeit zu erschweren.

Dieses ist der einfache und natürliche Grund für unsern Standpunkt dem Antrage des Centrums gegenüber. Wir bedauern nur, daß wir dem Militär- und Marinemoloch nicht noch weit mehr von den Mitteln entreißen konnten, **wie wir dieses nacheinander durch Anträge auf Ueberweisungen von Zollerträgnissen für Volksschulzwecke, für Aufhebung der Salzsteuer, der Zuckerverbrauchssteuer und der Branntwein-Liebesgaben vergeblich versucht haben.**

Auch hier war es die reaktionäre Mehrheit, die sich aus den Nationalliberalen, dem Centrum und den konservativen Parteien zusammensetzte, welche die Annahme unserer Anträge vereitelten. **Insbesondere haben sich neben dem Centrum — von den Konservativen zu schweigen — die Nationalliberalen in ihrer ganzen Volks- und Arbeiterfeindlichkeit gezeigt. Was immer an Gewalt und Unrecht und reaktionären Machenschaften bei Beratung des Zolltarifs gegen die Opposition ins Werk gesetzt wurde, die Nationalliberalen stimmten jubelnd zu!**

So wurde das Zollgesetz mit dem Zolltarif trotz unsrer verzweifelten Gegenwehr, die wir seiner Annahme bis zum letzten Augenblick entgegensetzten, angenommen.

Aber was angenommen wurde, ist nicht der Tarif, den die Mehrheit wollte, auch nicht der Tarif, den die Regierungen wollten. In der Verzweiflung des Kampfes wider uns, die Minorität, und in der Angst, die Beute zu verlieren, machte man aus der Not eine Tugend.

Als am 14. Dezember morgens dreiviertel auf fünf Uhr der Reichskanzler Graf Bülow, stolz auf seine Vaterschaft, das Neugeborene zärtlich an die Brust drückte, übersah er, daß es eine Mißgeburt sondergleichen war, die er in den Armen hielt. Indem die Mehrheit des Reichstags die Unmöglichkeit einsah, ihre Ernte auf rechtmäßigem Wege einzuheimsen, griff sie zu widerrechtlichen Mitteln. **Nur unter wiederholtem Bruch der Geschäftsordnung** — dieser Verfassung des Reichstags — unter gewissenloser Preisgabe alter überlieferter parlamentarischer Regeln und Vorschriften, durch parteiische Handhabung der Geschäftsführung seitens der amtierenden Präsidenten war es der zollgierigen Mehrheit möglich, die Minderheit aus einer Stellung in die andre zurückzudrängen **und schließlich die ersehnte Beute zu erhaschen!**

Nicht das Recht, sondern die Gewalt und die brutale Uebermacht hat uns besiegt und hat damit den Glauben an Recht und Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, kurz an alle die Grundlagen, ohne die ein parlamentarisches Leben auf die Dauer nicht bestehen kann, mit der Wurzel ausgerottet.

Doch auch zu Boden geworfen sind wir die siegend Geschlagenen. Heute die Ueberwältigten, erheben wir uns, um morgen die Angreifer zu werden!

Die Flickarbeit an dem von Anfang an verpfuschten Zolltarif, sowie die Bewilligung der neuen Handelsverträge, die auf Grund desselben abgeschlossen werden sollen, **werden den im Juni neu zu wählenden Reichstag beschäftigen.**

Ist es auch der Mehrheit durch rücksichtslose Anwendung der Gewalt und durch Gesetzesbruch scheinbar gelungen, diesen Tarif dem Urteil der Wähler zu entziehen, so werden doch der Tarif und seine Wirkungen nichtsdestoweniger die Wähler im nächsten Wahlkampf **auf das lebhafteste beschäftigen und dauernd Gegenstand der Diskussion im Reichstage sein.**

Nieder mit den Parteien des Zollwuchers — das muß die Parole in dem nächsten Wahlkampfe sein — keine Zustimmung zu einem Vertrag, der Hunger- und Wucherzölle enthält!

Und nicht das allein kommt für die nächsten Wahlen in Frage: **Eine neue Militär- und Marinevorlage erscheint bereits am politischen Himmel und erfordert neue Opfer an Menschen und Geld!**

Auch die Welt- und Kolonialpolitik heischt immer weitere Opfer. Wir stürzen aus einem überseeischen Abenteuer in das andere. Die Millionen fliegen zum Fenster hinaus und leeren das Reichsfaß bis auf den Boden. Eine Verlegenheit kommt nach der andern.

So werden trotz der Hunderte Millionen neuer Einnahmen aus dem Hunger- und Wuchertarif diese nicht entfernt reichen, um all den gesteigerten Ausgaben zu genügen.

Neue Steuern, in erster Linie eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, sind schon angekündigt worden, und sollten auch diese nicht — wie vorauszusehen ist — so werden weitere Steuerprojekte folgen.

Aber nicht den Wohlhabenden, nicht den Reichen wird man mit diesen neuen Steuern fassen, sondern man wird immer wieder die Bedarfsartikel der großen Masse mit Steuern belasten, — trotz aller feierlichen Erklärungen, die seiner Zeit namentlich das Centrum bei seiner Bewilligung der letzten Flottenvorlage abgab.

Wer dieser Partei traut, der hat auf Sand gebaut! Sie repräsentiert den politischen Verrat in Permanenz!

Zieht jedoch bei den kommenden Wahlen abermals eine reaktionäre Mehrheit in den Reichstag ein, so sind nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch die wenigen politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes schwer bedroht, vor allem das allgemeine Wahlrecht! Darum heißt es auf dem Posten sein und sich rüsten. Der nächste Wahltag muß ein Sieg- und Jubeltag für das arbeitende Volk werden, wie nie einer zuvor es war.

Männer der Arbeit! Beginnt sofort mit aller Kraft die Vorbereitungen zu den Wahlen! Sammelt Euch! Tretet ein in die socialdemokratischen Organisationen! Ohne Organisationen kein wirksamer Kampf, ohne Mittel kein Sieg! Aber zum Kriegführen gehört Geld, wieder Geld und abermals Geld! Auch der Wahlkampf ist ein Krieg, in dem das Recht gegen das Unrecht, die Unterdrückung gegen das Vorrecht, der Ausgebeutete gegen den Ausbeuter kämpft!

Männer der Arbeit! Schließt die Reihen!

Bedenket, daß Ihr jetzt nur noch alle fünf Jahre einmal berufen seid, über Euer Geschick selbst zu entscheiden! Versäumt Ihr, an diesem Tage für Eure Interessen einzutreten, dann habt Ihr fünf lange Jahre verloren! Wagt es endlich einmal, wenigstens an einem Tage Herr Eures Geschicks zu sein!

Wagt Ihr das nicht, so bindet Ihr Euch selbst die Rute und verschuldet selbst, wenn Ihr unter der Last der Opfer für die herrschenden Klassen zusammenbrecht!

Darum, im Namen der Euch vorenthaltenen Menschenrechte: Vorwärts!

Euer Schlachtruf sei: Hoch die die Menschheit erlösenden Ideen des Socialismus! Nieder mit der Gewalt und der Klassenherrschaft!

Die socialdemokratische Fraktion des Reichstags:

Albrecht. Agster. Antrick. Auer. Baudert. Bebel. Bernstein. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuß). Frohme. Geck. Getzer. Dr. Gradnauer. Grünberg. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloß. Kunert. Ledebour. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Peus. Pfannkuch. Reißhaus. Rosenow. Sachse. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Dr. Südekum. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember.

Der Kronprinz und die „Elemente".

Der deutsche Kronprinz, der gegenwärtig im Alter von 20 Jahren steht und Student ist, hat auf eine Krupp-Kundgebung „christlicher" Arbeiter seinen Dank ausgesprochen, zwar nicht rednerisch, aber schriftlich.

Wolff übermittelte zuerst ein Telegramm, das den Kronprinzen sagen ließ, die Kundgebungen hätten ihm bewiesen, „daß keine Gemeinschaft zwischen **Euch**" — diese königstreu demonstrierenden Arbeiter werden vor den andern insofern bevorzugt, als sie geduzt werden — „und jenen **Elenden** besteht". Ueber Nacht hatte sich das Wolffsche Bureau die Sache überlegt und die „Elenden" in „Elemente" verwandelt.

Wir lassen den begrifflichen und juristischen Inhalt des Ausdrucks „Elemente" dahingestellt, das Wort „Elende" zu gebrauchen wird den Kronprinzen die einfache Einsicht verhindert haben, daß er nicht wie sein Vater unverletzlich ist, sondern genau so verantwortlich ist, wie etwa der Redakteur der „Lokomotive an der Oder", der die Wendung von den „Elenden" wiedergegeben hätte. Nachdem sein Vater von dem sicheren Versteck der Redaktionsstube des „Vorwärts" gesprochen hat, ist es zweifellos, daß auch sein Sohn den „Vorwärts" gemeint hat. Und da der Ausdruck „Elende" unter allen Umständen beleidigend ist, hätte der „Vorwärts" seine verletzten Rechte wahrnehmen können. Allerdings wäre auch in diesem Fall keine Klage zu gewärtigen gewesen, weil wir ja principiell nicht mit dem Gericht, sondern mit geistiger Wehr kämpfen.

Darum scheint es ausgeschlossen, daß das Wort von den „Elenden" gefallen ist, und wir möchten nur dem Wolffschen Bureau dringend raten, daß es nicht leichtsinnig Beleidigungen kolportiert, die gar nicht ausgesprochen worden sind.

Die agrarische Abneigung gegen sanitären Viehschutz hat sich bekanntlich am krassesten in den Beschlüssen des preußischen Landtags betr. Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetzes gezeigt. Der Katechismus der „nationalen" Fleischwucherer enthält zwei Glaubenssätze: Erstens alles fremde Vieh ist krank und darf deshalb auch bei peinlichster Untersuchung nicht ins Land. Zweitens: Alles einheimische Vieh ist kerngesund, und wenn es die Pest hätte, und bedarf deshalb eigentlich überhaupt keiner Untersuchung.

Von dieser nationalen Agrarier-Religion ausgehend, hat der preußische Landtag beschlossen, daß in den preußischen Schlachthöfen frisches Fleisch, das bereits von den Tierärzten auf dem Lande untersucht ist, nicht noch einmal untersucht werden darf, es sei denn, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben ist. Außerdem sollen für diese Untersuchungen — wogegen nichts einzuwenden ist — keine Gebühren erhoben werden. Diese Bestimmung soll am 1. Oktober 1904 in Kraft treten.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz" teilt jetzt mit, daß gegenwärtig eine Umfrage im Gange sei, um festzustellen, ob die betroffenen Gemeinden den Gebührenausfall finanziell ertragen können und ob sich eventuell eine Novelle als notwendig erweist. Die zuständigen Minister haben durch einen Erlaß an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin vom 14. November d. J. eingehende Erhebungen für die Gemeinden mit öffentlichen Schlachthäusern angeordnet. Es soll festgestellt werden, in welchem Umfange bei den Nachuntersuchungen des nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachteten frischen Fleisches bisher **Beanstandungen** stattgefunden haben, um danach ermessen zu können, welche Bedeutung in **hygienischer Beziehung den Nachuntersuchungen beizulegen ist.** Sodann sollen über die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Schlachthäuser, namentlich für die Nachuntersuchungen des eingeführten frischen Fleisches, Ermittelungen angestellt werden, aus denen ein Ueberblick über die finanzielle Wirkung der oben bezeichneten Vorschriften gewonnen werden kann.

An der Hand dieses Materials sollen sich die Regierungspräsidenten 2c. über die aufgeworfenen Fragen und eine etwa in Vorschlag zu bringende anderweite gesetzliche Regelung gutachtlich äußern.

Also auch in diesem Falle hat die Regierung eine agrarische Gesetzmonstrosität angenommen, obwohl sie schon bei der Annahme von ihrer Unmöglichkeit überzeugt war. —

Diäten! Diäten! — schreit nun wieder die „Korrespondenz für Centrumsblätter". Nach dem großen „Sieg über die Obstruktion" beansprucht das Centrum nun als Lohn die endliche Gewährung der Diäten. Dabei entschlüpft der offiziösen Korrespondenz der Spahn-Bachem-Gröber-Partei ein recht interessantes Zugeständnis. Sie sagt: „Hätte der Entscheidungskampf, der sich jetzt auf einige wenige Tage konzentrierte, 5 Monate lang angedauert, so würde sich fort und fort wieder die Beschlußunfähigkeit herausgestellt haben und damit der Obstruktion das wirksamste Verschleppungsmittel geboten gewesen sein. Jetzt, unter der Hochflut der Entrüstung und Begeisterung, bestand die Mehrheit schließlich aus 202 Mann, d. h. aus drei über die erforderliche Mindestzahl."

Da haben wir den wahren Grund für alle schnöden Vergewaltigungen, die das Centrum und die übrigen Zollparteien begangen haben! Die Centrumskorrespondenz wiederlegt selbst die kindische Lüge von der „Schuld der Obstruktion". Nicht die „Obstruktion" rief die Vergewaltigungen, sondern die Mehrheitsparteien, besonders das Centrum gerieten in die Tobsucht der Vergewaltigungen, weil sie zu feige gewesen waren, um die Diätenbewilligung von der Regierung zu erobern, und weil sie infolge der Diätenlosigkeit nicht im stande waren, eine sachliche und würdige Zollberatung zu führen. Aus allzu jämmerlicher Unterwürfigkeit und Knechtseligkeit gegenüber der Regierung wurde die nun jubelnd gefeierte „Stärke" gegenüber der Socialdemokratie erzeugt.

Die „Freisinnige Zeitung" bemerkt zur Diätenfrage: „In parlamentarischen Kreisen will man wissen, daß jetzt nicht der Kaiser mehr das Hindernis bildet für die Gewährung von Diäten, sondern der König von Sachsen." — Es ist begreiflich, daß man in Sachsen keine Neigung für Reichstagsdiäten hat, da bereits die überwiegende Zahl der sächsischen Reichstags-Wahlkreise von Socialdemokraten vertreten werden. —

Der Humor davon! Wie die „Kreuz-Zeitung" erzählt, hat der Nicht-Fürst von Bülow wegen seines Zoll-Sieges nicht nur von allen möglichen Großwürdenträgern feierliche Gratulationen erhalten, sondern es hat auch nicht an humoristischen Glückwünschen, Postkarten, Gedichten gefehlt.

Diese letzteren Glückwünsche wären der Sache allein angemessen und jedenfalls die einzigen ernst gemeinten. —

Ueber die zollwucherische Witwen- und Waisenversicherung urteilt selbst die blaß socialreformatorische „Sociale Praxis" skeptisch:

Nach einer ungefähren Schätzung bemißt man die bis 1910 zurückgelegten Fonds auf etwa 300 Millionen, was einem Zinsertrage von 10 Millionen im Jahre gleichkommt. Die Versicherung der Witwen und Waisen, deren Anzahl aber auf 1½ bezw. 2 Millionen berechnet worden ist, erheischt aber selbst bei den mäßigsten Sätzen zum mindesten eine Jahresausgabe von 100 Millionen Mark. Nimmt man auch an, daß Arbeitgeber und Arbeiter, wie bei der Invalidenversicherung, hierzu Beiträge zahlen werden, so wird jedenfalls doch ein sehr beträchtlicher Reichszuschuß erforderlich sein, der mit jenen 10 Millionen entfernt nicht bestritten werden kann. —

Ueber die Zwangsadressen der Arbeiter schreibt die Berlepsche „Sociale Praxis":

Ebenso wie wir jedes ehrliche Bekenntnis der Herzensmeinung deutscher Arbeiter ehren, verwerfen wir schlechthin jede Manifestation, die fremder Anregung und äußerem Drucke zugeschrieben werden muß. Wer es auch immer sei, der Arbeiter wider ihren Willen zur Unterschrift unter Loyalitätsadressen nötigt, der ladet eine schwere Verschuldung auf sich: **Um sich in ein gutes Licht zu setzen, täuscht er den Kaiser, fälscht die öffentliche Meinung und versündigt sich schwer an den Arbeitern.** Schon wird von Fällen berichtet, wo nicht nur durch Androhung von Nachteilen Unterschriften erzwungen sind, sondern auch die Verweigerung der Unterzeichnung mit Entlassung bestraft worden ist. **Wir können uns kaum etwas Verächtlicheres und Schädlicheres denken als dies frivole Gebahren.** Der Arbeiter hat das freie Recht politischer Ansicht und Meinung ebenso gut wie jeder andre Bürger, und der Arbeitsvertrag giebt dem Unternehmer kein Recht auf die Ueberzeugung der Arbeiter. Jeder Zwang und Druck in dieser Richtung muß Erbitterung, Haß und Verachtung wecken. Und unter den heutigen Verhältnissen, wo Arbeitsmangel, Lohnschmälerung, Preissteuerung und Kälte das Los der Arbeiter besonders hart gestalten, ist es ein **doppeltes Verbrechen,** diese Notlage zu benutzen, um Kundgebungen zu erpressen, die der Wahrheit zuwiderlaufen. Wer die Kaiserreden in dieser Weise ausbeutet, ist der wirksamste Agitator der Socialdemokratie, und es thut wahrlich not, daß gegen solchen Unfug ein ernstes Mahnwort erschallt. —

Abermals ein Potemkinsches Dorf.

Die Herren Kapitalisten scheuen sich nicht, fortgesetzt dem Kaiser Dinge vorzuspiegeln, die ihn zu den verhängnisvollsten politischen Irrtümern veranlassen können. So wird aus Stettin gemeldet:

An den Kaiser hat gestern die Arbeiterschaft des „Vulkan" nachstehende Depesche abgesandt:

Euere kaiserliche Majestät bitten die Unterzeichneten allerunterthänigst, im Namen und im Auftrage von über 4000 Arbeitern des „Vulkan" folgende Adresse ehrerbietigst überreichen zu dürfen:

Allerdurchlauchtigster großmächtigster Kaiser,
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

In tiefster Ehrfurcht kommen die unterzeichneten Arbeiter der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan" zu Euerer kaiserlichen Majestät, um ihren allerunterthänigsten Dank auszusprechen für die landesväterliche Fürsorge, welche Euere Majestät in der Ansprache an die Vertreter der Kruppschen Werke am 26. November d. J. für die ganze deutsche Arbeiterschaft in so hochherziger Weise bekundet haben. Aus voller Ueberzeugung schließen wir uns den Kundgebungen unsrer Kameraden in Essen, Breslau und Augsburg an und beteuern Euerer Majestät, daß auch wir in althergebrachter deutscher Treue und Dankbarkeit immerdar fest zu Kaiser und Reich stehen werden.

Euerer Majestät allerunterthänigste Arbeiter der Stettiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Vulkan".

Wie die Stettiner Arbeiterschaft über die Socialdemokratie wirklich denkt, das beweisen die 12 500 socialdemokratischen Stimmen, die bei der Stichwahl 1898 für den socialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind. Das Wahlergebnis im nächsten Jahre wird es deutlicher beweisen.

Wie die 4000 Unterschriften zusammengekommen sind, beweist folgende Darstellung unsres Stettiner Partei-Organs:

Vom „Vulkan". In Sachen der bestellten Protestbewegung gegen die Socialdemokratie werden von den Meistern und einzelnen dekorationslüsternen Arbeitern große Anstrengungen gemacht, um den „Unterschriftensturm" programmgemäß zur Erledigung zu bringen. Die Direktion des „Vulkan" hatte infolge des Resultats einer Besprechung mit dem Arbeiter-Ausschuß in dieser Sache es den Arbeitern freigestellt, zu thun und zu lassen, was sie wollen. Das war aber augenscheinlich die Parole für gewisse strebsame Meister und Arbeiter, um ihrerseits mit allen Mitteln des stillen Zwanges und der Beeinflussung zu arbeiten, um die notwendige Zahl der Unterschriften für die Adresse zu erlangen. Verschiedene Meister kümmerten sich infolge dessen weniger um ihre eigentliche Aufgabe im Betrieb, sondern liefen und agitierten die letzten Tage nur für den „Unterschriftensturm". Und sie fanden an gewissen Leuten auch willige Helfer dabei. Diese letzteren, die unter den anständigen Arbeitern des „Vulkan" so schon in dem Ruf der Speichelleckerei und der Angeberei standen, und die bei gewissen Betriebsleitern sich schon lange als liebes Kind bewährt hatten, brachten es nun mit Anwendung versteckter Drohungen zu stande, daß eine größere Zahl von Unterschriften zu verzeichnen war. Seitens verschiedener Meister wurde der „Protestrummel" sogar ordentlich organisiert. Von ziemlich oben bis zum Stundenschreiber und Vicemeister herab war die Organisation perfekt. Als die Arbeiter der Reparatur-Werkstatt des Oberhofs, weil es ihr freier Wille war, nicht unterschreiben wollten, wurden sie von dem Stundenschreiber Eggert deswegen noch verhöhnt, indem er recht bezeichnend erklärte: „Na, von jetzt ab wird die Reparatur-Werkstatt rote Accordzettel erhalten". Aber noch ein Stücklein von der „Freiwilligkeit" der Unterschrift-

leistung ist anzuführen. Die Arbeiter der Lackierwerkstatt, die sich am Montag sämtlich ohne Ausnahme zuerst weigerten, ihre Unterschrift zu geben, wurden nachdem, jeder einzeln, in die Meisterstube hineingerufen und hier leisteten sie natürlich vollständig „freiwillig" unter den sanften Ermahnungen des Meisters die verlangte Unterschrift. Die verschiedenen Organisationen werden selbstverständlich in ihren nächsten Versammlungen diese „Freiwilligkeit" der Unterschriftleistung und die dabei beteiligten Helfer und Helfershelfer genügend würdigen. —

Ueber die Errichtung einer katholischen Fakultät an der Universität Straßburg wurden seit langem eifrige Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vatikan geführt. Jetzt ist diese Angelegenheit zum Abschluß gekommen und zwar derart, daß dem Bischof ein schwerwiegender Einfluß auf die katholische Fakultät eingeräumt wird. Es soll kein Professor Anstellung finden dürfen ohne vorherige Zustimmung des Bischofs — und für einen Professor, der in kirchlicher oder sittlicher Beziehung Anstoß erregt, soll die Regierung Ersatz zu schaffen haben!

Also auch in diesem Falle hat die Regierung, die mit dem Centrum Zollwuchergeschäfte betreibt, den ultramontanen Finsterlingen weites Entgegenkommen bewiesen. Kein Wunder, daß der Centrumsabgeordnete Freiherr v. Hertling, der den Unterhändler zwischen Regierung und Vatikan in dieser Sache gemacht hat, bereits durch Verleihung eines hohen päpstlichen Ordens belohnt wurde. —

Konservativer Parteitag. Die „Kons. Korresp." meldet: „Der geschäftsführende Ausschuß der konservativen Partei hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Laufe des kommenden Monats März die Einberufung eines Delegiertentages nach Berlin in die Wege zu leiten. —

Ein Mißtrauensvotum für Max Hirsch, Goldschmidt und die **Freisinnige Volkspartei** beschloß der Gewerkverein der Schuhmacher und Lederarbeiter in Breslau. Die Resolution bedauert, daß die Führer der Organisation die Socialdemokratie und die Freisinnige Vereinigung in dem schweren Kampfe um die Volksrechte im Stich gelassen haben.

Von der Polenpartei. Einen Beweis für die rasche Ausbreitung der radikalen Polenpartei in Oberschlesien lieferten die Kattowitzer Kirchenwahlen. Es entfielen auf die Liste der Deutschen und gemäßigten Polen 651 Stimmen, auf die Liste der jungen radikalen Gornoslazal-Partei aber auch schon 574 Stimmen.

Ausland.

Frankreich.

Zur Rede Millerands. Ein sich in Deutschland aufhaltender französischer Genosse, Mitglied des Parti Socialiste Français (sog. Jaurèsisten), wendet sich an uns in einer längeren Zuschrift, in der er sich über Parteilichkeit in der Berichterstattung des „Vorwärts" über die Thätigkeit seiner Fraktion und ihrer leitenden Vertreter beklagt. Er behauptet, daß solche seine Fraktion in ein falsches Licht stellende Parteilichkeit sich in neuerer Zeit wiederholt in Berichten über den großen Bergarbeiter-Ausstand gezeigt habe und zuletzt ganz besonders in dem Bericht des „Vorwärts" vom 10. Dezember über die Rede zu Tage getreten sei, die Millerand am 3. Dezember auf einem von seinen socialistischen Wählern zu Ehren seiner Wiederwahl veranstalteten Fest gehalten hat, und auf Grund deren der Pariser Korrespondent des „Vorwärts" Millerand ganz ungerechtfertigterweise als Bourgeois-Socialisten hinstelle.

Mit Bezug auf letzteren Punkt heißt es in der Zuschrift:

„Ihr Korrespondent schreibt zunächst Millerand Worte zu, die nur eine Zusammenfassung des Berichterstatters der Zeitung sind, der er sie entnimmt und daher nicht buchstäblich zu nehmen sind.

Das ist aber nicht das Schlimmste.

Millerand hatte in seiner Rede, nachdem er ausgeführt hatte, daß die Eigenartigkeit und Größe der socialistischen Partei, die sie von allen andren demokratischen und Volksparteien unverwischbar trenne, darin bestehe, daß sie die Partei der ökonomischen Emancipation der Arbeiter sei, weiterhin gesagt:

„Wenn sie auch durchaus dieselbe Partei zu bleiben, ihre Eigenart und ihr besonderes Leben zu wahren hat, so ist sie doch dazu berufen, in Beziehung und in Einvernehmen mit den andren demokratischen Parteien zu treten, ihren Anteil an der Bestimmung über die allgemeinen Interessen des Landes zu nehmen, aus den Grenzen herauszutreten, in die sie die ausschließliche und damit schlecht begriffene Fürsorge für die beruflichen Sonderinteressen eingeschlossen hielt, mit denen sich zu beschäftigen ihre ursprüngliche Existenzberechtigung war."

Ihr Korrespondent läßt den Vordersatz weg, der eine wichtige Einschränkung enthält, setzt beruflich („corporativ") schlechtweg als gleichbedeutend mit proletarisch, und hat es so leicht, Millerand des Bourgeois-Socialismus zu zeihen.

Aber das ist noch nicht genug.

In dem französischen Bericht über Millerands Rede heißt es weiter:

„Die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß Frankreich stark sei, daß es vor der Welt das Ansehen einer großen, entschieden friedfertigen Nation hat, die entschlossen ist, ihre Kraft niemals anders zu gebrauchen, als im Dienste des Rechts." Ihr Korrespondent deutet diese Worte folgendermaßen: „aus dem patriotisch-diplomatischen Sprachgebrauch übersetzt: im Dienste der Revanche."

Das ist meines Erachtens ein sehr gehässiges, unter keinen Umständen zu billigendes Verfahren. Niemals hat ein französischer Socialist nach all den unerhörten Kämpfen, die wir gegen den nationalistischen Chauvinismus geführt haben, von der Revanche gesprochen. Und es ist auch nichts bekannt geworden, das auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen Millerand und Jaurès in diesem Punkte schließen ließe.

Was würden die deutschen Genossen sagen, wenn französische socialistische Blätter in derartiger Weise, wie es hier geschehen, die Reden ihrer Führer auslegten? Eine derartige Berichterstattung ist nicht nur bedauerlich, sie ist auch gefährlich, denn sie führt dazu, daß die großen socialistischen Parteien der verschiedenen Länder sich völlig mißverstehen."

Unser Pariser Korrespondent wird jedenfalls Veranlassung nehmen, sich gegen den ihm gemachten Vorwurf der Inobjektivität zu verteidigen. —

Marseille, 17. Dezember. Die Seeleute beschlossen in einer Versammlung unter gewissen Vorbehalten, am Donnerstag die Arbeit unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß der Ausstand von neuem beginnen soll, wenn im Parlamente nicht ein Gesetz angenommen wird, durch welches die Stärke der Schiffsbesatzungen festgesetzt und die Arbeit an Bord geregelt wird. —

Dänemark.

Ein Minister für die Höchstbesteuerten. Wie vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, haben die 10 socialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung in Esbjerg die Annahme des Budgets in dritter Lesung unmöglich gemacht, weil bei der zweiten Lesung die von ihnen beantragten Posten für ein kommunales Krankenhaus, Bespeisung armer Schulkinder und für die Volksuniversität von den neun Vertretern der Höchstbesteuerten und dem Bürgermeister niedergestimmt wurden. — Jetzt hat der Minister des Innern den Entscheid getroffen, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung, die sich auf die einzelnen Posten des Budgets beziehen, als endgültige Annahme des Budgets anzusehen sind, und sucht das entgegen der seit 34 Jahren geübten Praxis und entgegen dem Sinn des Kaufstadt-Kommunal-Gesetzes aus dessen Wortlaut zu begründen. Nach dieser Auslegung des Gesetzes kann die allgemeine Wählerklasse nie einen entscheidenden Einfluß in der Gemeindevertretung ausüben. Der Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, daß auch dieser Regierung die Interessen der besitzenden Klasse höher stehen, als das demokratische Princip und das Interesse des arbeitenden Volkes. —

Amerika.

Französisch-peruanischer Konflikt. Nach einem Telegramm aus Lima hat Frankreich am 8. November von der Regierung von Peru die Zahlung der 16 071 940 Frank gefordert, welche gemäß dem Spruche des Schiedsgerichtshofes in Lausanne der Firma Gebr. Dreyfus in Paris zustehen. Da die Regierung von Peru bisher nicht geantwortet hat, wird die französische Gesandtschaft wahrscheinlich am Donnerstag ihre Forderung in strengerer Form wiederholen.

Falls Frankreich gegen Peru ähnlich vorzugehen beabsichtigen sollte, wie Deutschland und England gegen Venezuela, so würde das jedenfalls zu einem engeren Zusammenschluß zwischen Nord- und Süd-Amerika und zu einer Verschärfung der Monroedoktrin führen. —

Venezuela.

England und Venezuela.

London, 16. Dezember. (Eig. Ber.)

Erst gestern abend erhielt das britische Publikum offizielle Nachrichten über die Ursachen und die Lage des Konflikts mit Venezuela. Die Regierung veröffentlichte den wichtigeren Teil der Korrespondenzen mit Venezuela und Deutschland, gleichzeitig rief die liberale Opposition im Ober- und Unterhause eine Debatte über Venezuela hervor, die die Vertreter der Regierung zwang, Rechenschaft über die kriegerischen Vorgänge abzulegen. Die Geschäftsordnung des britischen Parlaments giebt den Abgeordneten zu jeder Zeit die Möglichkeit, eine Diskussion über irgend einen wichtigen Gegenstand zu eröffnen, indem ein Antrag auf Vertagung des Hauses gestellt wird. Die wichtigste parlamentarische Erklärung wurde im Oberhause von Lord Lansdowne, dem auswärtigen Minister, gemacht. Sie geht dahin, daß Präsident Castro durch Vermittelung der Vereinigten Staaten sich bereit erklärt hat, die Streitfragen einem Schiedsgericht vorzulegen. Einen andren Ausweg giebt es kaum. Eine Besitzergreifung der Zollämter würde nicht viel nützen, da die venezolanischen Zolleinnahmen zum größten Teil an Frankreich verpfändet sind. Und einer Annexion venezolanischen Gebietes steht die Monroe-Doktrin im Wege. Zum Schiedsrichter wird allem Anschein nach Mr. Roosevelt ernannt werden, wodurch die Vereinigten Staaten eine gewisse Verpflichtung übernehmen, für die Ausführung des Entscheides zu sorgen. Den Nutzen von diesem Konflikte werden die Vereinigten Staaten haben, da die Venezolaner nunmehr die britischen und deutschen Waren zu Gunsten der amerikanischen boykottieren werden.

Aus der offiziellen Korrespondenz geht hervor, daß die venezolanische Regierung mehrere Mal britische Schiffe beschlagnahmt und verbrannt hatte. England protestierte, worauf Präsident Castro antwortete, daß die Briten die Revolution unterstützten und die Gegner der Regierung mit Waffen, Munition ꝛc. versahen. Er sei deshalb berechtigt gewesen, die britischen Schiffe zu konfiszieren. Ehe England zur Kriegserklärung griff, ließ es zweimal durch seinen Vertreter Mr. Haggard die venezolanische Regierung auffordern, den britischen Handelsverkehr ungestört zu lassen und den verursachten Schaden prompt gutzumachen. Der venezolanische Minister antwortete gelassen: „Wir sind an derartige Warnungen schon gewöhnt", worauf Mr. Haggard erwiderte: „Aber nicht an Warnungen von seiten Englands". Das geschah im August. Gleichzeitig trat auch der deutsche Vertreter Baron Pilgrim in Aktion. Deutschland schlug eine Blockade vor. Beide Mächte einigten sich schließlich dahin, die venezolanische Flotte zu konfiszieren. Um diese Zeit kam der deutsche Kaiser auf Besuch zu Eduard dem Siebenten, wobei ohne Zweifel das gemeinschaftliche Vorgehen beider Mächte gegen Venezuela beschlossen wurde. Deutschland schloß sich im ganzen den britischen Vorschlägen an, nur knüpfte es daran die Bedingung, daß England nicht zurücktreten darf, außer durch ein Uebereinkommen mit Deutschland. Die britische Flotte muß so lange an der Seite der deutschen bleiben, bis die deutschen Forderungen befriedigt sind, auch wenn Venezuela sich mittlerweile bereit erklären sollte, den Verpflichtungen gegenüber England Genüge zu leisten. Dieser Punkt erregt hier eine Unzufriedenheit, da man darin eine Unterwerfung Englands unter den Willen Deutschlands erblickt. —

Die Blockade.

Balfour hat am Mittwoch im Unterhause die Erklärung abgegeben, daß die „Verbündeten" sich im Kriegszustande mit Venezuela befänden. Amerika war bisher nicht dieser Ansicht. Besagte doch eine amtliche Meldung aus Washington, die Regierung sei zu dem Schluß gekommen, eine friedliche Blockade der venezolanischen Häfen könne, als gegen die Schiffahrt der Vereinigten Staaten gerichtet, nicht anerkannt werden. Die Verbündeten dürften die Schiffahrt der Vereinigten Staaten nur unterbrechen, wenn ein wirklicher Kriegszustand anerkannt sei. Das Staatsdepartement sei der Ansicht, daß die ausgedehnten Interessen des amerikanischen Handels die Annahme und Aufrechterhaltung dieser Ansicht forderten. Der amerikanische Handel werde sonst lahm gelegt, wann immer eine Seemacht ihre Zuflucht zu der anormalen friedlichen Blockade nehme. Wenn England und Deutschland die amerikanischen Handelsschiffe auszuschließen wünschten, müßten sie alle Schiffe einschließlich ihrer eignen ausschließen, was die Anerkennung des Kriegszustandes in sich begreifen würde, die der jetzigen regellosen Lage ein Ende machen würde.

Amerika wird sich also nur dann einer Blockade unterwerfen, wenn die Mächte erklären, daß sie sich im Kriege mit Venezuela befinden. Balfour hat ja bereits eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben, Deutschland wird desgleichen thun müssen. Ob sich dann aber Amerika den Scherereien der Blockade wirklich unterwerfen wird, ist noch eine andre Frage. Thatsache ist es jedenfalls, daß das amerikanische Volk, je länger, je schärfer Stellung gegen den Bankierkrieg nimmt. So meldet „Der Tag": „Das Mißtrauen gegen Deutschland wird in den Vereinigten Staaten unausgesetzt genährt und auch in England finden sich immer wieder Stimmen, die an Unfreundlichkeit gegen den deutschen Verbündeten nichts zu wünschen übrig lassen." —

*

Frankfurt a. M., 18. Dezember. Der „Frankf. Ztg." wird aus New York telegraphiert: Die Bundesregierung in Washington zweifelt nicht daran, daß die **Mächte nunmehr die venezolanischen Friedensvorschläge annehmen** werden, insbesondere da die Kaufmannschaft in Caracas bemüht ist, Mittel und Wege zu finden, um die Geldforderungen zu decken. Im übrigen glaubt man in Washington, daß Castro gern die übliche formelle Entschuldigung und sonstige Formalitäten erledigen wird.

London, 18. Dezember. Die Haltung der Blätter gegen die gemeinsame Aktion Deutschlands und Englands in Venezuela wird **täglich ungünstiger.** „Daily News" sagt, Deutschland habe mit seinem Vorgehen weniger Venezuela als die Vereinigten Staaten treffen wollen, indem es die Ungültigkeit der Monroe-Doktrin darzulegen beabsichtige. Die „Times" sagen, die Aktion sei eine sehr unangenehme Sache und könne schwere Folgen nach sich ziehen. —

Die Antwort der Bestie.

In **Nauen** fand am Mittwoch eine öffentliche Versammlung statt, welche von 350 Personen besucht war. Die Versammlung nahm nach einem Referat des Genossen Karl Liebknecht eine geharnischte Resolution gegen die Machinationen der Zollwucher-Mehrheit im Reichstage an und leistete der Socialdemokratie den unverbrüchlichen Treueschwur.

*

In **Cuxhaven** fand am Sonntag eine vorzüglich besuchte Protestversammlung statt. Obwohl mehrere bekannte Anhänger der Freisinnigen Volkspartei anwesend waren, wurde das Wort zur Diskussion nicht gewünscht. Die Hamburger Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

In **Itzehoe** protestierte eine von 1000 Personen besuchte Volksversammlung nach einem Referat des Reichstags-Kandidaten Paul Müller durch einstimmige Annahme einer Protestresolution.

Auch eine in **Stade** abgehaltene Protestversammlung war äußerst stark besucht.

Eine Versammlung, wie sie dieser Ort noch nicht gesehen, fand am 15. in **Bant** statt. 2000 Personen demonstrierten gegen Brotwucher und Krupp-Hetze. Die einstimmig von den „kaiserlichen" Marine-Arbeitern angenommene Resolution erklärt unter andern, daß die Versammlung die Socialdemokratie als die einzige berufene Vertreterin der Arbeiterklasse ansieht, die Versammelten ferner sich verpflichten, durch Organisationsthätigkeit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete dieselbe zu unterstützen, desgleichen durch Beiträge und eifrige Agitation sowie durch Ausbreitung der Parteipresse die kommende Reichstagswahl vorzubereiten.

In **Züllchow** (Randow-Greifenhagen) protestierte eine von 500 Personen besuchte Volksversammlung gegen den Zollwucher und parlamentarischen Staatsstreich.

In **Podejuch** (Randow-Greifenhagen) fand für die drei Orte Finkenwalde, Podejuch und Sydowsaue eine gut besuchte Protestversammlung statt.

Eine überaus imposante Versammlung (circa 2500 Personen) war es, in der Reichstags-Abgeordneter Antrick in **Kottbus** seinen Wählern die Vorgänge im Reichstage erklärte. Eine Protest-Resolution fand einstimmige Annahme.

Spremberg. Am 16. Dezember fand hierselbst eine Protestversammlung gegen den Umsturz im Reichstage statt. Der Reichstags-Abgeordnete des Kreises Genosse Otto Antrick hatte das Referat dazu übernommen. Die Versammlung war so stark besucht, wie seit der letzten Wahl noch keine war. Im Saale selbst waren circa 1100 Personen. Da die Polizei schon gleich nach 8 Uhr das Lokal gesperrt hatte, fanden viele Hunderte keinen Einlaß mehr. Genosse Antrick wurde bei seinem Erscheinen von der Masse mit stürmischem Beifall empfangen. Desgleichen endete sein Referat unter großem Beifall. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in welcher die Versammlung ihre Entrüstung über die Schamlosigkeit der Mehrheit des Reichstags aussprach und ihr volles Vertrauen zur socialdemokratischen Fraktion ausdrückte; ferner die Aufforderung Kaiser Wilhelms II. ablehnte und versprach, bei der nächsten Wahl ihre Pflicht für die socialpolitische Partei voll und ganz zu erfüllen.

Auch in **Hameln** erklärte sich eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung einmütig gegen die Zollschande und für die Socialdemokratie.

In **Darmstadt** war die am Sonnabend abgehaltene Protestversammlung von 1000 Personen besucht. Die vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

Im Regierungsbezirk **Merseburg** fanden ebenfalls am Sonntag noch eine Anzahl Protestversammlungen statt, so in **Schkeuditz, Weißenfels, Löbejün, Delitzsch** und **Ammendorff.** Der Besuch all dieser Versammlungen war vorzüglich, die Stimmung die beste.

Wie groß die Empörung unter den Arbeitern über die verübten Rechtsbrüche und das brutale Vorgehen der Brotwucherer ist, bewiesen auch die Versammlungen, die am Sonnabend in **Wurzen** und **Lunzenau,** am Sonntag in **Colditz** und **Geithain** stattfanden.

Einen großartigen Verlauf nahm die Protestbewegung in der Pfalz. Versammlungen fanden statt in **Ludwigshafen, Oggersheim, Frankenthal, Lambrecht, Kaiserslautern, Speier** und **Pirmasens.** In all diesen Orten fanden die Versammlungen in den größten Lokalitäten statt und alle waren sie überfüllt. Die bedeutendste Kundgebung war unstreitig die Pirmasenser, der an die 3000 Personen beiwohnten, und dabei ist Pirmasens eine Stadt, die knapp 30 000 Einwohner zählt. Was will es gegenüber dieser Zahl bedeuten, daß acht Tage zuvor 300 „freudig erregte" christliche Pirmasenser Arbeiter an Wilhelm II. ein Zustimmungstelegramm zu seinen Reden sandten und an die Centrumsfraktion gleichzeitig ein Schreiben abgehen ließen, das in so bornierter Weise wider die Majoritätsparteien loszog, daß sich sogar die ultramontane „Pfälz. Ztg." des Abgeordneten Eugen Jäger scheute, es zum Abdruck zu bringen. Und obendrein waren es gar keine 300 christliche Arbeiter, die sich dieses Stückchen geleistet, sondern der Centrumsverein Pirmasens, dem Krethi und Plethi angehört. Während die socialistischen Veranstaltungen überall in vollster Oeffentlichkeit stattfinden, zogen die Nationalliberalen vor, hinter verschlossenen Thüren in ihren Konventikeln der Umsturzmehrheit des Reichstages ihre Anerkennung auszudrücken und das Centrum hat außer der blamablen Pirmasenser Zustimmungsgeschichte nicht eine einzige Zustimmungskundgebung zu registrieren.

Auch in **Worms** erhob eine trefflich besuchte öffentliche Versammlung scharfe Klage wider die Staatsstreichler und Kruppianer. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

37. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. **Langerhans** eröffnet die Sitzung gegen ½6 Uhr.

In den Ausschuß zur Vorberatung der Neuwahl eines Stadtschulrates sind auch die Stadtverordneten Borgmann, Bruns und Singer (Soc.) gewählt worden. Vorsitzender des Ausschusses ist Vorsteher Dr. Langerhans.

Ueber die Ausschußverhandlungen betreffend den Entwurf einer Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels in Berlin referiert Stadtv. Ullstein (R. L.) Der Ausschuß hat mit 8 gegen 7 Stimmen sich gegen den Entwurf ausgesprochen, da die Mehrheit ein Bedürfnis für denselben bestreitet.

Dagegen hat Stadtv. Wallach (A. L.) mit Unterstützung von 24 Kollegen aus den andern bürgerlichen Parteien beantragt, zu beschließen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, seine Zustimmung zu dem Entwurf aussprechen zu wollen. Sie ersucht gleichzeitig den Magistrat, darauf hinwirken zu wollen, daß §§ 1 und 4 (absolutes Verbot jedes Straßenhandels auf bestimmten Straßen und Plätzen, und Vorbehalt der Polizei, in beschränktem Maße Ausnahmen zuzulassen) fortfallen und dafür gesetzt wird:

Auf den in Anlage A näher bezeichneten Straßenzügen und Plätzen ist jeder Straßenhandel, mit Ausnahme von Zeitungen und Drucksachen jeder Art und Blumen, untersagt.

Stadtv. **Haberland** (A. L.) schlägt folgende Beschlußfassung vor:

Die Versammlung erachtet den Straßenhandel als eine aus den Bedürfnissen der Großstadt hervorgegangene Erscheinung, deren Beseitigung im Interesse der daran Beteiligten nicht wünschenswert ist, und hält eine Einschränkung desselben nur insoweit, als es das Verkehrsinteresse bedingt, für zulässig. Die beabsichtigte polizeiliche Verordnung geht in dieser Beschränkung zu weit, da sie Straßen vom Straßenhandel ausschließt, in denen der Verkehr es nicht unbedingt erforderlich macht. Aus diesen Gründen ersucht die Versammlung den Magistrat:

1. das in der Verordnung angeführte Straßenverzeichnis nach dieser Richtung zu prüfen und dem Polizeipräsidium Abänderungsvorschläge zu unterbreiten,

2. sich gegen jegliche Beschränkung des Straßenhandels von Zeitungen und periodischen Druckschriften aller Art, sowie von Blumen zu erklären.

Stadtv. **Rast** (A. L.): Die Errichtung der Markthallen auf städtische Kosten ist wesentlich auch aus dem Grunde erfolgt, daß es aus hygienischen Gründen erforderlich sei, den Verkauf der Waren in bedeckten Räumen stattfinden zu lassen. Heute dagegen wird hingewiesen auf die Millionen von Waren, welche nicht abgesetzt werden könnten, wenn man den Straßenhandel verböte. Das müssen denn doch sehr minderwertige Waren sein. (Lebhafter Widerspruch.) Ebensowenig will man jetzt von der schlimmen Konkurrenz hören, welche der Straßenhandel dem seßhaften Gewerbe macht. Gerade im Verkehrsinteresse auch wenden wir uns gegen den Straßenhandel, der gar kein Straßenhandel mehr ist, sondern ein Etablieren von Geschäften auf der Straße. In eine Specialdebatte ist man im Ausschuß gar nicht eingetreten. Ob wir der Verordnung zustimmen oder nicht, das Polizeipräsidium wird die Sache wahrscheinlich doch machen und dann mit allen Härten die Regelung durchführen; dann wird auch die Rücksicht nicht genommen werden, welche wir nehmen wollen auf den Druckschriften- und Blumenhandel. Gerade im Interesse der allerkleinsten Leute haben wir hier mehr zu thun versucht als die Ausschuß-Mehrheit.

Stadtv. **Haberland** (A. L.): Für mich ist der Straßenhandel eine Erscheinung, welche mit der Entwicklung der Großstadt zusammenhängt, und ich halte es für einen Eingriff in die Gewerbefreiheit, den Kampf vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus aufzunehmen. Ferner muß das Interesse des einzelnen vor dem öffentlichen Interesse zurücktreten; der Straßenhandel ist zu beschränken, soweit es das Verkehrsinteresse notwendig macht. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der zeitigen Ausdehnung des Straßenhandels in keiner Richtung Bedürfnis ist. Das ist nicht ganz zutreffend. Die heutige Regelung geht zurück auf Erlasse von 1866, welche in die Straßenordnung von 1899 einfach hinübergenommen sind. Seit 1866 sind aber die Verhältnisse ganz andre geworden; die Ausdehnung der Stadt und des Straßenhandels hat ungeahnte Fortschritte gemacht. Die „offenen Handelsstellen" der Ordnung von 1866 sind die alten Buden, welche heute nur noch einen kleinen Teil des Straßenhandels repräsentieren. Der sonstige Straßenhandel ist gänzlich von dem Belieben jedes einzelnen Schutzmanns abhängig, insofern dieser für die Auslegung des Begriffes der Verkehrsstörung zuständig ist. Jetzt will die Polizei allgemeine Bestimmungen einführen. Der Straßenhandel wird meiner Meinung nach viel mehr geschützt, wenn ich dazu mitwirke, solche allgemeinen Bestimmungen zu schaffen. Ein absolutes Verbot des Straßenhandels soll ja bloß für die Leipziger-, Friedrich-, Rosenthaler- und Münzstraße erfolgen, und dagegen wird wohl niemand etwas haben.

Stadtv. **Gemeinhardt** (R. L.): Heute blicken Hunderttausende von seßhaften Geschäftsleuten und Händlern auf dieses Haus und erwarten einen günstigen Abschluß dieser Beratung. Unendlich viele Petitionen, die mir zugegangen sind, haben mich in meiner Meinung noch bestärkt. Die Berechtigung des Straßenhandels vermag ich nicht einzusehen. Die große Mehrheit der in Berlin thätigen Straßenhändler sind gar nicht in Berlin ortsangehörig. Die Korbmacherinnung hat einen großen Teil ihrer Mitglieder verloren; durch die Konkurrenz, die von weit außerhalb herkommt und ihre Wagen in der Stadt umherfahren läßt, ist zahlreichen Korbmachermeistern ihr Lebensfaden abgeschnitten worden. (Unruhe: Zuruf: Backstuben!) Die gehören nicht hierher. Von dem hygienischen Interesse will man jetzt auch nichts hören. Ein Bezirksvorsteher kam jüngst in einen solchen Keller, wo die Aepfel ꝛc. in Kiepen und sonst massenhaft umherlagen; da waren zwei Hunde drin, der eine hatte fünf, der andre elf Junge, die lagen auf dem Obst herum. (Große Unruhe, Lachen und andauernde Zwischenrufe.) Ganz ähnliche Vorkommnisse werden auch von andern glaubwürdigen Leuten mitgeteilt. Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß die Beseitigung des Straßenhandels nur im Interesse der Hausbesitzer angestrebt wird; das könnte nur ein ganz verkommener Charakter sein. (Lachen und andauernde Unterbrechungen.) Ich bin selbst Hauseigentümer, und so wie ich denken Tausende von Hausbesitzern. Auch bessere Leute aus dem Westen haben den Straßenhandel entschieden verdammt. (Hört! hört! und wiederholte Heiterkeit.) Auch bestrafte Subjekte befinden sich unter den Straßenhändlern, wie ein Fall aus Moabit beweist. Redner erzählt diesen Fall, wo es sich um einen Betrugsversuch beim Geldwechseln handelt, im einzelnen, wobei abermals große Heiterkeit entsteht und der Ruf: Der reine „Lokal-Anzeiger" hörbar wird. Die Händler sind ja keine armen Leute, sondern Großkapitalisten, die dem Berliner seßhaften Bürger Konkurrenz machen. Darum ersuche ich, die Vorlage anzunehmen. (Lebhaftes ironisches Bravo!)

Stadtv. **Singer** (Soc.): Ich werde bemüht sein, diese Frage aus der Sphäre der Räubererzählungen oder Bierbankgeschichten wieder zurückzuführen auf das praktische Gebiet. Der Vorredner hat das hygienische Interesse in den Vordergrund geschoben. In manchen Backstuben sieht es auch nicht sehr sauber aus, und wollte man diesen Standpunkt allein gelten lassen, so müßten auch sehr viele Backstuben verboten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ausführungen von Rast und Haberland wären diskutabel, wenn die Herren nicht einfach darüber hinweggegangen wären, daß die städtischen Behörden in den Dingen gar nichts Ernsthaftes zu sagen haben. Deshalb hat auch unsre Einzelberatung nachher im Polizeipräsidium gar nichts zu bedeuten. (Widerspruch.) Gerade hier ist das Wort principiis obsta angebracht; man darf auch nicht den kleinen Finger bieten, weil dem Polizeipräsidium dadurch seine Stellungnahme erleichtert und es in den Stand gesetzt würde, sich auf uns zu berufen. Nicht auf hygienische und Verkehrsinteressen, sondern auf politische Tendenzen ist die Forderung zurückzuführen (Widerspruch); bringen Sie den Drucksachenhandel heraus, dann hat die Polizei kein Interesse mehr an der Neuerung, denn was sonst verboten werden soll, kann schon heute jeden Tag verboten werden. Die Verordnung ist ein Versuch, etwas, was der Polizei und andren Instanzen unangenehm ist, auf dem Wege der Polizeiverordnung unter Mitwirkung der Bürgerschaft zu beseitigen. Davor müssen wir die Bürgerschaft bewahren. Wenn eine solche Verordnung erlassen wird, soll daher der Polizei die volle Verantwortung verbleiben und nicht der Magistrat als Mitschuldiger dafür in Anspruch genommen werden können. Die Beseitigung der Paragraphen betreffend Zeitungen und Blumenhandel ist gerade das Hauptmoment, worauf die Polizei Wert legt. Wir haben keine Veranlassung, diesen Scheidegruß des Polizeipräsidenten zu acceptieren. Bei einem so klugen und gewiegten Mann wie Herrn Rast war es wunderbar, die Anschauung zu finden, daß die Waren minderwertig sein sollen, wenn sie auf dem Wege des Straßenhandels verkauft werden können. Diese Waren werden nicht in den Läden und Markthallen gekauft, sondern weil sie den Leuten auf der Straße leicht zugänglich sind und angeboten werden. Ich beantworte die Frage, ob der Straßenhandel das Verkehrsinteresse schädigt, mit einem glatten Nein. (Auf: Wir mit Ja!) Ich hoffe, daß die Stadt davor bewahrt bleiben wird, die Minderheit des Ausschusses hier in der Versammlung in der Mehrheit zu sehen. Keine Spur eines Beweises für die Störung des Verkehrs durch den Straßenhandel ist erbracht; was wollen Sie also eigentlich mit dieser Behauptung? Auch hier wird wieder mit krassen Uebertreibungen gearbeitet. Herr Gemeinhardt verwahrt sich dagegen, daß Hausbesitzerinteressen im Spiele sind. Die legitimen Vertreter der Hausbesitzerinteressen, die Hausbesitzer-Vereine, geben doch direkt den Straßenhandel als eine Schädigung der Hausbesitzer-Interessen an. (Lebhafte Zustimmung.) Hier aber wird das arme Verkehrs-Interesse gemißbraucht, um dem Verlangen der Hausbesitzer zu dienen, mit dem die Interessen der seßhaften Geschäftsleute merkwürdigerweise zusammenfallen. Die Hausbesitzer sprechen das ehrlich aus; hier aber wird das Mäntelchen des Verkehrsinteresses umgenommen. Dies ist jedoch stark durchlöchert, und deutlich schimmert durch, daß der Hausbesitz sich in seinem Allerheiligsten, in seiner Rente, bedroht sieht. (Große Unruhe.) Herr Gemeinhardt ist ganz der Innungsmann aus dem Mittelalter; ginge es nach ihm, so müßte man um Berlin wieder die Stadtmauer ziehen, und jeder, der Handel treiben wollte, müßte sich am Thore als Berliner ausweisen. Ueber diese Zeiten sind wir aber hinaus. Erscheinungen wie der Berliner Straßenhandel können sich nur entwickeln, wenn die innere Notwendigkeit dafür vorhanden ist. Das sehen Sie an Paris, London, Brüssel. Wenn bei uns der seßhafte Händler auch die Straße in Anspruch nimmt, so wollen Sie ihn das ruhig gestatten, dem Straßenhändler aber nicht. (Große Unruhe). Das ist die Gerechtigkeit, welche die Hausbesitzervereine vertreten. Die Verzeichnisse unterwerfen fast alle Straßen mit Straßenbahnen dem Verbot oder der Beschränkung des Straßenhandels; daraus ist die politische Absicht der Verordnung deutlich erkennbar. Dieselbe muß als Eingriff in die Gewerbefreiheit von der Vertretung der Bürgerschaft zurückgewiesen werden. Das Polizeipräsidium als politische Behörde muß den Anschauungen gewisser Stellen dienstbar sein. Wir sollten das bißchen Unabhängigkeit, das wir haben, nicht preisgeben, indem wir die Hand zu solchen Maßnahmen bieten. Wird die Verordnung doch erlassen, dann kommt sie kraft des Rechtes der Gewalt zu stande und die Stadt hat sich nicht zum Mitschuldigen gemacht. Vom Magistrat hoffe ich, daß er diesen Standpunkt teilt und einen etwa im entgegengesetzten Sinne gefaßten Beschluß als in Vertretung von Einzelinteressen gefaßt betrachten würde. Ein Beschluß gemäß dem Ausschußantrage würde das Kennzeichen eines wirklichen Liberalismus sein. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Dove** (A. L.) spricht sich für den Antrag Haberland aus. Herr Gemeinhardt habe in seinem „glänzendem Plaidoyer" seinen Standpunkt möglichst unglücklich vertreten. Gegen die Beschränkung des Handels mit Zeitungen und Blumen sei die ganze Versammlung; spreche man das aus, so liege doch darin keine Zustimmung zu den Plänen der Polizei. Trotz Herrn Singer stehe die Mehrheit der Versammlung doch wohl auf dem Standpunkt, daß der Magistrat sich der Mitwirkung bei der Reglementierung im Verkehrsinteresse nicht entziehen kann. Seien feste Normen da, dann wisse jeder, woran er sei, und es werde nicht mehr die Hälfte der Berliner Schutzmannschaft jeden Tag in Moabit festgehalten, um in solchen Uebertretungssachen Zeugnis abzulegen.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Der Antrag Haberland mutet uns eine zweideutige und odiöse Stellungnahme zu. (Sehr richtig!) Die bisherigen Befugnisse der Polizei werden durch die Annahme dieser Verordnung nicht im mindesten berührt. Der Antrag Haberland ist eine Kur à la Dr. Eisenbart: um die Straßenhändler nicht der Willkür der Schutzleute zu überlassen, sollen die ersteren überhaupt aus den Hauptstraßen hinausgeschmissen werden! Es handelt sich hier thatsächlich um ein Princip des Liberalismus. Gegen die Direktive, die Herr Singer dem Magistrat geben will, muß ich indessen energisch Verwahrung einlegen. Der inzwischen eingegangene Antrag Bütow, der darauf gerichtet ist, daß der Straßenhandel nicht von festen Standplätzen aus betrieben wird, genügt mir ebenfalls nicht, weil die Polizei dies schon jetzt untersagen kann und eine Ausnahme in dem Antrage nicht vorgesehen ist.

Stadtv. **Wallach** (A. L.) sucht abermals in Abrede zu stellen, daß es sich hier um eine Hausbesitzer-Agitation handelt und verlangt, daß die Fürsprecher der Minderbegüterten sich auch der kleinen Laden- und Keller-Geschäftsleute annehmen. Nicht einseitige Interessen, wie Herr Singer, vertrete er, sondern diejenige einer großen Schicht der Bürgerschaft. Der tägliche Umgang des Herrn Singer mit den Landjunkern im Reichstage scheine abzufärben, denn seine Aufforderung an den Magistrat, den Beschluß der Versammlung zu mißachten, wenn er nicht im Sinne der Ausschußmehrheit ausfalle, schmecke bedenklich nach dem: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut!" Schließlich zieht Redner für seinen Antrag auf Beseitigung des Straßenhandels noch die „historischen Weiber" heran, die vor der Einführung der Kanalisation nächtlicherweile ihre nützliche Thätigkeit entfalteten, aber doch der Entwicklung hätten weichen müssen.

Stadtv. Dr. **Bütow** (Fr. Fr.) tritt für seinen oben erwähnten Antrag ein.

Hierauf wird ein Schlußantrag abgelehnt.

Stadtv. **Max Schulz** (R. L.): Meine Fraktion verurteilt den Standpunkt unsres Kollegen **Gemeinhardt** als den des krassesten wirtschaftlichen Egoismus; der Liberalismus hat stets das Bestreben, sich die Konkurrenz um jeden Preis vom Halse zu halten, verworfen. Die Polizei hat ihre Befugnis, einzuschreiten, nicht ausgenutzt, um durch das Ueberhandnehmen des Mißbrauchs die Handhabe zu einer radikalen Maßregelung des Straßenhandels zu gewinnen. (Widerspruch und Unruhe.) Es ist doch sehr merkwürdig, daß gerade bei dieser Verordnung die Polizei uns gnädigst mit gutachten lassen will! Denkt man denn gar nicht an die Wahlen und an die Möglichkeit, den Stimmzettel- und Flugblätterverteilern trotz aller gesetzlichen Freiheit ihre Thätigkeit unmöglich zu machen? Tausende fragen heute in Berlin, ob die Reichshauptstadt auch wirklich noch die Burg des Liberalismus sei. Trotz der schönen Rede des Kollegen Gemeinhardt treten wir für die Straßenhändler und damit auch für die Rechte der Konsumenten ein. (Die Unruhe in der Versammlung steigert sich immer mehr.)

Mit einer kurzen Entgegnung des Stadtv. Haberland gegen den Stadtv. Cassel schließt die Beratung.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschußantrag mit 84 gegen 39 Stimmen angenommen, der dazu als Amendement gestellte Antrag Bütow abgelehnt. Die andren Anträge sind damit erledigt.

Die Vorlage wegen Festsetzung von Fluchtlinien für die Südseite der Wullenweberstraße und für eine Uferstraße in Verlängerung des Wikinger- und Hansa-Ufers wird bis nach Neujahr vertagt.

Die Vorlage betr. die zur Herstellung der Ueberführung der Bellermann- und Swinemünderstraße über den Bahnhof Gesundbrunnen erforderlichen Baubeschränkungen und Enteignungen gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Damit schließt die letzte Sitzung im Jahre 1902 gegen 9 Uhr.

Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrer. Eine von ungefähr 400 Radfahrern besuchte öffentliche Versammlung tagte am 14. d. M. in den Andreas-Festsälen. In derselben sprach Ad. Hoffmann über „Die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen und die Aufgaben der Arbeiter-Radfahrer". Der Vortragende gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß die radfahrenden Arbeiter, welche man als die „Kavallerie" der Partei bezeichnen könne, frühzeitig mobil machen für die bevorstehenden Kämpfe und ließ sodann in seinem oft mit lebhaftem Beifall und Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Vortrage die letzten Ereignisse im Reichstage Revue passieren. Der Redner führte aus, daß gerade die radfahrenden Arbeiter bei den bevorstehenden Wahlen der Partei wertvolle Dienste leisten können, indem sie einesteils die sonst schwer zu erreichenden Landorte mit Agitationsmaterial versehen, andrerseits am Wahltage selbst vermittelst des Rades wichtige Nachrichten und die Wahlresultate aus den einzelnen Wahlorten zur Centrale befördern. Er forderte alle Anwesenden auf, sich selbst und ihre Räder bei den nächsten Wahlen in den Dienst der Partei zu stellen und kein Mittel unversucht zu lassen, den Gegnern für ihr volkverräterisches Verhalten im Reichstage mit der Wahl von Arbeitervertretern zu quittieren. Am Schlusse wurde dem Redner begeisterter Beifall zu teil, und einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen die Gewaltpolitik der Mehrheit des Reichstages und verpflichtet sich, bei den nächsten Reichs- und Landtagswahlen Mann für Mann mit aller Kraft sich der socialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen."

Um die Landagitation planmäßig gestalten zu können, wurde sodann beschlossen, einen Central-Vertrauensmann, sowie einen Stellvertreter für die Arbeiter-Radfahrer für die Provinz Brandenburg zu wählen, welche alle die Agitation betreffenden Anordnungen zu treffen haben. Es wurde als Vertrauensmann Carl Fischer, Waldstraße 8 und als Stellvertreter Franz Stöckel, Kottbuser Ufer 57 gewählt.

Von verschiedenen anwesenden Genossen wurde lebhaft Klage geführt, daß in den Räumen des Gewerkschaftshauses nicht genügend für sichere Aufbewahrung der Fahrräder Sorge getragen sei. Es wurde seitens der Versammlung eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche bei der Verwaltung des Gewerkschaftshauses die nötigen Schritte unternehmen soll, um diesen Mißstand zu beseitigen.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 12. Dezember einer Mitgliederversammlung ab. Dieselbe nahm folgenden Antrag an: „In Anbetracht der schlechten Verhältnisse in unsrem Beruf beschließt die Versammlung, Familienvätern eine Beihilfe zur Bescherung ihrer Kinder zu gewähren". Dieselbe kann auf Antrag im Bureau, Dirksenstr. 30 I, in Empfang genommen werden.

Adlershof. Da die am 11. d. M. abgehaltene Mitglieder-Versammlung des hiesigen Wahlvereins vom überwachenden Beamten wegen Eintritts der Polizeistunde aufgelöst wurde, fand am Sonntagnachmittag im Lokal des Herrn Fechner eine Volksversammlung statt, zu welcher wiederum der Stadtverordnete Genosse Ewald-Berlin das Referat über „Der Umsturz im Reichstage" übernommen hatte. Nachdem der Referent an der Hand der klaren gesetzlichen Bestimmungen, die Auflösung der vorigen Versammlung als eine Ueberschreitung der amtlichen Befugnisse des Beamten erklärt hatte, ging derselbe zu seinem eigentlichen Thema über. Redner schilderte die letzten Ereignisse im Reichstag und geißelte in treffender Weise das Verhalten der Mehrheitsparteien. Den Ausführungen des Redners wurde stürmischer Beifall gespendet. Dann erfolgte die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und spricht der socialdemokratischen Fraktion des Reichstages ihr volles Einverständnis aus über die Haltung derselben in der Zollwucher-Frage.

Die Versammlung protestiert auf das Energischste gegen die Vergewaltigung ihrer Vertreter durch die beutegierigen Handlanger des Kapitalismus und ersucht die socialdemokratischen Abgeordneten, nachdem ihnen durch den Antrag Gröber die Redefreiheit genommen ist, kein Mittel unversucht zu lassen, damit dem armen Volke die Ausplünderung erspart bleibe. Die Versammlung verpflichtet sich, bei der nächsten Reichstagswahl ihre volle Schuldigkeit zu thun, um den Kandidaten unseres Kreises, dem Genossen Fritz Zubeil, schon im ersten Wahlgange mit übergroßer Majorität zum Siege zu verhelfen.

Konsum-Genossenschaft Adlershof und Umgegend. Montag, den 8. d. M., fand die ordentliche General-Versammlung statt, um den Geschäftsbericht der Verwaltung für das zweite Geschäftsjahr entgegenzunehmen. Ein Bild erfreulicher Entwicklung ergiebt der Vergleich des dies- und vorjährigen Abschlusses. Die Mitgliederzahl verdoppelte sich, indem sie von 192 auf 384 stieg, ja bis Anfang Dezember ist sie sogar auf 410 gestiegen. Der Umsatz betrug voriges Jahr ca. 21 000 M. in 5 Monaten und erreichte dieses Jahr die Höhe von 70 100 M. in 12 Monaten, was einem Durchschnitts-Umsatz von 4200 : 6000 entspricht. Ein noch deutlicheres Bild des guten Gedeihens dieses jungen Unternehmens erhält man bei einer Gegenüberstellung des vorjährigen Novembers mit dem dieses Jahres, hier hat sich der Umsatz fast verdoppelt und zwar von 5100 auf 9000.

Doch nicht nur der Umsatz und die Steigerung der Mitgliederzahl kann die Verwaltung und mit ihr sämtliche Genossen mit Befriedigung erfüllen, sondern auch die materielle Basis ist eine sehr gute, stehen doch einem Lieferanten-Conto von 6466 M. nur 1365 Mark Passiva entgegen, was bei dem Umsatz der Genossenschaft eine Kreditbeanspruchung von 1 Woche heißt. Auch die Geschäftsanteile gingen sehr rege ein, sie stiegen von 2545,25 auf 4575,25 M. An Rückvergütung wurden den Genossen dieses Jahr ½ Proz. mehr gewährt, nämlich 5 Proz. Wie alle modernen Genossenschaften, ist auch Adlershof an die Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg angeschlossen. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß auch die Konsum-Genossenschaft Adlershof auf der letzten General-Versammlung des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften in Kreuznach ohne Angabe eines Grundes ausgeschlossen wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schluß des englischen Parlaments.

London, 18. Dezember (W. T. B.) Die Tagung des Parlaments wurde heute mit einer Thronrede geschlossen, die vom Lord-Großkanzler Earl of Halsbury verlesen wurde.

Die Thronrede erwähnt den Abschluß der Zuckerkonvention, die den großen, aus übergroßen Prämien sich ergebenden Unzuträglichkeiten ein Ende machen solle, und kommt dann auf den Konflikt mit Venezuela zu sprechen. Bedauerlich sei, daß die beständigen Beschwerden der britischen Regierung bei der venezolanischen über unverantwortliche willkürliche Akte gegen britische Staatsangehörige und deren Eigentum während der letzten zwei Jahre beharrlich unberücksichtigt geblieben. Die Thronrede sagt dann: Für meine Regierung, die dabei im Einvernehmen mit der Sr. Majestät des deutschen Kaisers handelt, die gleichfalls ernste Gründe zur Klage über die venezolanische Republik hat, hat sich die Notwendigkeit ergeben, auf Maßnahmen zur Abhilfe zu dringen. Weiterhin gedenkt die Thronrede des zwischen England und Japan abgeschlossenen Abkommens, durch welches die beiden Regierungen sich verpflichten, einander bei gewissen Eventualitäten zu unterstützen zum Schutze ihrer beiderseitigen Interessen. Dies Abkommen, so sagt die Thronrede, werde hoffentlich beiden Teilen zum Vorteil gereichen und zur Erhaltung des allgemeinen Friedens im äußersten Osten beitragen. Sodann wird der Handelsvertrag mit China erwähnt, der nicht nur für England, sondern auch für den Handel der ganzen Welt wertvolle Erleichterungen und Vorteile verspreche. Dieser Vertrag trete nicht in Kraft, wenn nicht die andren Mächte mit China in die gleichen Beziehungen einträten. Er enthalte aber Bestimmungen von großem Werte, die nicht von ihrer Zustimmung abhängig seien. Für die Zurückziehung der internationalen Streitkräfte aus Shanghai seien Abmachungen getroffen worden.

Schließlich wird in der Rede ein Ueberblick gegeben über die Thätigkeit der inneren Gesetzgebung im letzten Jahre und besonders die Unterrichtsbill erwähnt und der Zuversicht Ausdruck verliehen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche sich aus derselben ergaben, nicht lange anhalten werden, und daß das Gesetz zur Lösung der vielleicht schwierigsten Frage auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung beitragen werde.

Uebernahme der Straßenbahn in städtische Regie.

Karlsruhe, 18. Dezember. (W. T. B.) Der Bürgerausschuß genehmigte mit 81 gegen 20 Stimmen den Antrag des Stadtrats, wonach die Karlsruher Straßenbahn für 2 681 250 M. unter Uebernahme der Kapitalschuld des Unternehmens im Betrage von 3 360 000 M. von der Stadtgemeinde käuflich erworben wird.

Hochwasser.

Regensburg, 18. Dezember. (W. T. B.) Wie das „Regensburger Morgenblatt" meldet, ist das Laaberthal durch Hochwasser überschwemmt; sämtliche Brücken über die Laaber sind fortgerissen, ausgenommen die Bahnbrücke bei Albing. Die Arbeiter der Glaspoliterwerke in Schönthafen wurden mittels Kähne gerettet.

Nürnberg, 18. Dezember. (W. T. B.) Der „Fränkische Kurier" meldet aus Hersbruck, daß dort Nachts starkes Hochwasser eingetreten ist; das ganze Thal ist überschwemmt.

Korfür, 18. Dezember. (W. T. B.) Heute sind aus dem Linienschiff „Wittelsbach" etwa 800 Tonnen Kohlen und Munition gelöscht worden. Nachmittag 4 Uhr versuchten das Linienschiff „Kaiser Wilhelm der Große" und der große Kreuzer „Prinz Heinrich" das Schiff von Grund abzuschleppen. Der Versuch gelang nicht. Die „Wittelsbach" wurde darauf etwas gedreht, und man hofft, das Schiff heute Nacht oder morgen los zu machen, wenn der Wasserstand sich hält. Seit heute Vormittag herrscht dichter Nebel.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der vierte belgische Gewerkschaftskongreß.

Brüssel, 15. Dezember. (Eig. Ber.) Die belgischen Gewerkschaften bilden mit den Kooperativen, Arbeiterligen, der socialistischen Garde 2c. die Parti ouvrier, deren Name nur die Bezeichnung für alle auf dem modernen Boden stehenden Arbeiterorganisationen Belgiens ist. Auf dem Kongreß in Verviers (1898) wurde eine Arbeitsteilung vorgenommen, eine Kommission gewählt, als deren Aufgabe das Studium der speciell wirtschaftlichen Fragen und der Gewerkschaftsorganisation bestimmt wurde.

Aus dieser Kommission ist die gegenwärtige Gewerkschaftskommission geworden. Bildete diese anfänglich nur eine Art Unterausschuß des Parteivorstandes, so hat sie sich im Laufe der vier Jahre mehr und mehr selbständig gemacht, um auch den außerhalb des Parteirahmens stehenden sogenannten neutralen Syndikaten, wie die der Buchdrucker, der Glasarbeiter 2c. den Eintritt zu erleichtern und sie zur Bestreitung der Kosten mit heranzuziehen. Dies ist auch im großen ganzen gelungen.

Die geschaffene Arbeitsteilung hat der Partei neue Kräfte zugeführt und die Gewerkschaften bilden heute den immer vorwärtstreibenden Teil, die Kerntruppe der Parti ouvrier.

Vordem richtete man den Blick nach England.

Die Trades-Unions galten als das erstrebenswerte Vorbild. Jetzt ist die deutsche Arbeiterbewegung das Ideal der belgischen. Der deutschen Socialdemokratie wird in steigendem Maße der Blick zugewandt, wie sich auch überhaupt ihre Auffassung über Theorie und Taktik in immer weiteren Kreise verbreitet.

* * *

Die Verhandlungen des Kongresses begannen am Vormittag des 14. d. M. 184 Delegierte waren erschienen. Der erste Punkt der Tagesordnung war die Unfallversicherung.

Nach mehrstündiger Diskussion verlangte der Kongreß in einer Resolution:

1. Die Ausdehnung der Versicherung auf alle Lohnarbeiter und für alle Betriebsunfälle, ganz gleich welchen Ursachen sie entsprungen vom Tage der Verletzung an.
2. Eine Entschädigung von 75 Proz. des Verdienstentganges und die kostenfreie Stellung des Arztes und der Medikamente.
3. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Witwen und Kinder im Todesfalle.
4. Die obligatorische Versicherung unter Garantie des Staates.
5. Die Aufrechterhaltung der Haftbarkeit des Unternehmers.

Im Falle diese Forderungen, die zu stellen die Kammerfraktion beauftragt ist, abgelehnt werden, wird der Parteivorstand im Verein mit der Gewerkschaftskommission die definitive Stellungnahme der Fraktion bestimmen. Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildete der Artikel 310 des Straf-Gesetzbuches. Dieser sieht eine Strafe von einem Monat bis zu zwei Jahren vor für denjenigen, „der behufs Erhöhung oder Erniedrigung des Lohnes die freie Ausübung der Arbeit oder der Industrie beeinträchtigt; Gewalt, Beleidigungen oder Drohungen, Untersagungen, Geldstrafen oder Verbote anwendet gegen die, welche arbeiten oder arbeiten lassen; der der Freiheit der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer Eintrag thut, sei es durch Ansammlungen in der Nähe der Fabriken oder der Wohnungen der Fabrikleiter, oder die Arbeiter durch Einschüchterung veranlaßt, der Arbeit fern zu bleiben.“

Der Kongreß beschloß, sofort eine Bewegung behufs Abschaffung des Artikels im ganzen Lande zu beginnen.

Dem Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung entnehmen wir folgendes: Es sind gegenwärtig in den der Partei angeschlossenen Syndikaten 87 477 Arbeiter organisiert (darunter 3019 Frauen), gegen 73 291 im Vorjahre. Diese Zahl stellt sich in Wirklichkeit noch etwas höher. Weiter bestehen noch liberale und christliche Gewerkschaften. Exakte Ziffern über ihre Stärke zu erhalten, war trotz aller Mühe nicht möglich. Diese bilden die Anhängsel ihrer Partei und kommen für wirtschaftliche Kämpfe zu Gunsten der Arbeiter nicht in Betracht.

Die Beiträge der socialistischen Syndikate schwanken zwischen 0,20 und 6,00 Frank pro Monat. Für die überwiegende Mehrzahl kommen sie unter 1,10 Frank zu stehen. Die Streik-Unterstützungen betragen 0,50—3,00 Frank pro Tag. 81 Gruppen (oder Föderationen) zahlen Arbeitslosen-Unterstützung, 24 Krankengeld, 9 gewähren eine Alterspension und 18 geben Sterbegeld oder Wöchnerinnen-Unterstützungen oder Umzugsgelder.

Es bestehen 20 permanente Sekretariate.

Die Fortsetzung der Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts wurde einstimmig beschlossen. Nur war man durchgehends der Meinung, daß diese Campagne nur Aussicht auf Erfolg habe, wenn die Arbeiter an der Organisation und Beschlußfassung aller Maßnahmen Anteil haben. Der Generalstreik sei auch ferner die letzte Waffe, und deren Anwendung müsse sorgfältig erwogen und eventuell rücksichtslos und bis zum letzten Moment damit gekämpft werden.

Den Schluß der zweitägigen Verhandlungen bildete der Antrag, eine nationale Streikkasse zu gründen. Diese Frage wurde den Gruppen zur Diskussion anheimgestellt. Der nächste Kongreß soll hierüber endgültig beschließen. —

Partei-Nachrichten.

Julius Popp.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ist in Wien einer unsrer besten Genossen gestorben: Julius Popp.

Popp zählte zu den ältesten und bewährtesten Führern unsrer östreichischen Bruderpartei. Er war langjähriges Mitglied des Parteivorstandes, Vorsitzender aller Parteitage und kommerzieller Leiter der Wiener „Arbeiterzeitung“. Mit ihm ist die östreichische Partei und ihr Centralorgan groß geworden, wie viel Arbeit und wie viel Sorgen diese Entwicklung gekostet hat, das wußte keiner so gut wie er. In der Zeit der schwersten Verfolgungen durch die Behörden saß er am Steuer, und auch er hat der östreichischen Klassengerechtigkeit seinen Tribut zahlen müssen. In dieser drangvollen Zeit hieß es, die größte Kaltblütigkeit bewahren, die Verbreitung des Blattes, die durch das objektive Verfahren ständig unterbunden war, planvoll zu fördern und aller finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, die ein solcher Zustand mit im Gefolge haben mußte.

Popp hat diesen Kampf tapfer durchgefochten. Von der Zeit, in der die Partei ein ruhigeres erfolgreicheres Stadium der Entwicklung durchlaufen durfte, hat er nur eine kurze Spanne erlebt. Vor drei Wochen gesellte sich zu seinem alten Herzleiden eine schwere Lungenentzündung, der er — 54 Jahre alt — erlag.

Erst vor wenigen Wochen hat die Frau unsres nun verstorbenen Genossen, Adelheid Popp, hier in Berlin wie in andren größeren Städten des Reiches zu vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen gesprochen. So gesellt sich für die Arbeiter Deutschlands zu dem Bedauern, die gemeinsame Sache eines so tüchtigen Streiters beraubt zu sehen, ein inniges persönliches Empfinden. Sie werden in Gedanken dabei sein, wenn unsre östreichischen Genossen Julius Popp die letzte Ehre erweisen.

Gemeindewahlen. Bei den Stichwahlen in Suhl (R.-B. Erfurt) siegte die socialdemokratische Liste vollständig. Unsre 3 Kandidaten erhielten 197, 288 und 275 Stimmen, die Gegner 140 bis 188. In Wulsdorf bei Geestemünde wurde der socialdemokratische Kandidat mit 136 gegen 4 gegnerische Stimmen gewählt.

In Königreich Sachsen wurden Parteigenossen gewählt: In Cainsdorf 2, in Gittersee 2, in Großburgk 1, in Niederhäslich 2, in Weida und Gröba bei Riesa je 1.

In Grötzingen sowie in Mörsch (Baden) siegte in der dritten Klasse die reine socialdemokratische Liste vollständig.

Unsre Mitteilung aus Lüdenscheid enthielt insofern einen Irrtum, als wir berichteten, daß diesmal der erste Socialdemokrat gewählt worden sei. Es sitzt aber schon seit vier Jahren ein Parteigenosse im Stadtverordneten-Kollegium.

Fortschritte. In der letzten Versammlung des socialdemokratischen Vereins in Dortmund, in der die Krupp-Angelegenheit besprochen wurde, meldeten sich 32 neue Mitglieder.

Die „Königsberger Volks-Zeitung“ berichtet über eine erfreuliche und anhaltende Zunahme ihrer Abonnentenzahl.

Totenliste der Partei. In Neugersdorf (Sachsen) starb der Parteigenosse Richard Aurich. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ widmet ihm folgenden Nachruf: Der Verstorbene war schon, als er noch als Former arbeitete, ein eifriger und zielbewußter Mitkämpfer, der sich als Organisator und Agitator sowohl in der gewerkschaftlichen, wie in der politischen Bewegung in opferwilliger Weise und mit Erfolg bethätigt hat. Nachdem der unerschrockene Kämpfer ein Opfer der Verfolgungswut der Unternehmer geworden war, wurde er nach langer Arbeitslosigkeit zum Geschäftsführer des Konsumvereins Vorwärts in Neugersdorf gewählt. Auch in den letzten Jahren ist er unermüdlich thätig gewesen. Lange Jahre war er Vertrauensmann der Metallarbeiter und er leitete als solcher die gewerkschaftliche Bewegung dieses Berufs in einem großen Teile der Lausitz. Bis kurz vor seinem Tode hat er als Gemeinderatsmitglied in Neugersdorf eine erfolgreiche Thätigkeit entfaltet. Die Genossen von Neugersdorf hatten ihn wieder als Kandidaten aufgestellt und er wäre am Donnerstag sicher wieder gewählt worden, wenn ihn nicht der Tod plötzlich weggerafft hätte. Die Arbeiter der Lausitz werden des erprobten und opferwilligen Genossen gedenken. Die Partei aber verliert in Aurich einen wackeren Kampfgenossen und einen einsichtsvollen Berater.

Zu den Auslassungen des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ über die „socialdemokratischen Bierwirte“ erhalten wir eine Zuschrift von einem hiesigen Buchdrucker G. Sch., der als Mitglied des Buchdruckerverbandes das Wort erbittet. Der Schreiber spricht von dem berechtigten Aufsehen, das der Artikel in Arbeiterkreisen, speciell unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes erregt hat; er billigt dem Verfasser desselben ausdrücklich den guten Glauben zu und fährt dann fort:

„Doch mir scheint, Rexhäuser überschätzt sich, oder er leidet an einer Krankheit, deren Bacillus sich in die Redaktionsstube des „Correspondent“ eingenistet hat. Gasch wollte den Verband nach seinen Ideen reformieren, Rexhäuser will noch ein größerer Reformator werden und die ganze organisierte Arbeiterschaft beglücken, aber er besitzt ebenso wenig Talent dazu wie sein Vorgänger, wie Don Quichotte kämpft er mit Windmühlen. Sehen wir uns doch einmal unsre socialdemokratische Abgeordneten an. Sind nicht die meisten aus dem Arbeiterstande, aus den Gewerkschaften ihrer Berufe hervorgegangen und sind diejenigen, die dem Kaufmannsstande entsprossen, oder die sogenannten Akademiker weniger gut, würden nicht unsre Gegner froh sein, solche Männer zu den ihrigen zählen zu können? Allerdings hat die Fraktion den Gewerkschaften und speciell uns Buchdruckern nicht immer das richtige Verständnis für unsre Ziele entgegengebracht, aber auch hierin ist in letzter Zeit eine erfreuliche Besserung eingetreten und voraussichtlich wird diese Erkenntnis weitere Fortschritte machen. — Die politische Partei muß allen gerecht werden, eine Partei aber im Sinne Rexhäusers würde nur einseitige Gewerkschaftspolitik treiben. Ich, und ich glaube die große Masse meiner Kollegen hinter mir zu haben, kann mich für das Rexhäusersche Problem nicht erwärmen; ich will niemand, namentlich nicht dem Redakteur unsres Organs, das Recht der freien Meinungsäußerung schmälern; wenn er aber einen Artikel in die Welt schickt, sollte er sich erst umsehen, wie die Welt aussieht.“

Das Wachstum der Socialdemokratie in Holland.

Als der nun wiedergewählte Genosse Troelstra vor fünf Jahren einmal in der Kammer von einer „socialdemokratischen Fraktion“ sprach, lachten einige Vertreter der herrschenden Klasse, weil damals nur zwei Socialdemokraten in der Kammer saßen. Darauf erklärte Troelstra: „Sie lachen, meine Herren, weil unsre Partei so wenig zahlreich vertreten ist. Aber lassen Sie sich dadurch nicht verleiten, die Kraft dieser Partei zu unterschätzen. Nicht die Hälfte der erwachsenen Männer unsres Landes ist wahlberechtigt; aber die 500 000 Wähler, wovon 12 000 ihre Stimme für einen der Unsern abgaben, haben mehr als 700 000 Arme, Unzufriedene hinter sich, ein großes fruchtbares Feld, durch Ihre schöne Gesellschaftsordnung für unsre Propaganda vorbereitet. Lachen Sie also nicht über unsre kleine Zahl, denn wir sind nur die Vorläufer derer, die im Anzuge sind.“ — Daß sie nur die Vorläufer der Kommenden sind, das kann mit vollem Recht auch heute noch von den acht Arbeitervertretern gelten, die jetzt in der Kammer sitzen, und dafür zeugen die Nachwahlen dieses Jahres. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1901 hatte sich die Zahl der socialdemokratischen Stimmen mehr als verdreifacht; bei den Nachwahlen im Jahre 1902 wurden im neunten Amsterdamer Kreise bei der Hauptwahl ca. 2100 Stimmen, gegen nur 900 im Jahre 1901 für die Socialdemokratie abgegeben; im dritten Kreis in Amsterdam aber stieg unsre Stimmenzahl im selben Zeitraum von 1400 auf nahezu 2500. Von ebenso glänzendem Fortschritt zeugen die Nachwahlen, die kürzlich in Gouda und Leiden stattfanden. In Gouda stieg die socialdemokratische Stimmenzahl von 200 auf nahezu 500, in Leiden, einer der dunkelsten Wahlkreise Hollands, wo zum erstenmal ein Kandidat unsrer Partei aufgestellt war, erhielt dieser 100 Stimmen. Die Partei selbst ist seit 1897 von 50 auf über 100 Abteilungen, von 2000 Mitgliedern auf ungefähr 6000 angewachsen. Daneben ist eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht entstanden, der mehr denn 200 Organisationen angeschlossen sind.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Das preußische Kammergericht** ist keine Autorität für die preußische Polizei. Der Regierungspräsident für Königsberg erließ folgende Entscheidung:

Die gegen das Verbot einer öffentlichen Versammlung am Bußtage bei dem Herrn Minister des Innern telegraphisch eingelegte Beschwerde vom 18. d. M. ist an mich zur Entscheidung abgegeben worden. Ich weise diese Beschwerde zurück, da die Abhaltung öffentlicher Versammlungen nicht gottesdienstlichen Charakters am Bußtage nach § 10 der Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1896 über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage (A.-Bl. 1897 S. 3) verboten ist. Ihre Annahme, daß diese Verordnung rechtsungültig sei, wird diesseits nicht geteilt, da das königliche Ober-Verwaltungsgericht sich in mehrfachen Entscheidungen auf einen den grundsätzlichen Ausführungen der Kammergerichts-Entscheidung vom 22. April 1901 entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat. Waldow.

Sociales.

Zu dem Bundesratsbeschluß auf Einführung von Lohnbüchern in der Konfektion teilt die „Berl. Corr.“ die Erwägungen mit, von denen der Bundesrat ausgegangen ist. Sie schreibt:

Nach den Ergebnissen der unter Mitwirkung der Kommission für Arbeiterstatistik angestellten Erhebungen werden in dem Konfektionsgewerbe bei der Vergebung von Arbeiten vielfach die auf die Lohnberechnung bezüglichen Arbeitsbedingungen nicht genügend klar gestellt, obwohl dies bei den hier bestehenden eigenartigen Verhältnissen dringend wünschenswert erscheint. Der Arbeitsvertrag erstreckt sich in der Regel nur auf den einzelnen Auftrag; darüber hinaus besteht für den Arbeitgeber keinerlei Verbindlichkeit, weder zur Uebertragung weiterer Aufträge noch hinsichtlich der für solche zu bewilligenden Löhne. Die nach Anfertigung der Muster mit dem Arbeitgeber vereinbarten Preise erfahren aber zuweilen schon bei Erteilung der ersten Bestellung eine Veränderung; die während der Saison eintretenden Aenderungen in den Facons oder hinter der Preisforderung zurückbleibende Angebote haben oft eine Aenderung der früheren Preise und Lohnsätze zur Folge. Die Bedingung über die Lieferung von Stoffen und Werkzeugen zu der übertragenen Arbeit sind nicht bei allen Arbeitgebern gleich, und die übernommenen Einzelaufträge sind der Natur der Sache nach von ungleichem Umfange. Dessen ungeachtet erhalten sowohl die Arbeiter wie die Zwischenmeister häufig keine oder nur eine unvollständige schriftliche Bescheinigung über den Inhalt der auf die Lohnberechnung bezüglichen Arbeitsbedingungen. Es besteht daher die Gefahr, daß die Arbeiter sich bei Uebernahme des Auftrages im unklaren über den demnächst von ihnen zu beanspruchenden Lohn befinden. Durch die Einführung von Lohnbüchern wird dieser Uebelstand beseitigt werden. Die von den Arbeitgebern vorzunehmende Beurkundung der auf die Lohnberechnung bezüglichen Arbeitsbedingungen wird für die Folge dem Arbeiter vor Uebernahme des einzelnen Auftrags Klarheit über die Lohnverhältnisse verschaffen. Und zwar sollen diese Lohnbücher auch für solche Arbeiten zu führen sein, die innerhalb der Fabriken oder Werkstätten verrichtet werden. Mag nämlich auch das Bedürfnis zur Beurkundung der Arbeitsbedingungen innerhalb geschlossener Betriebe nicht in demselben Maße wie bei der Heimarbeit bestehen, so erscheint es doch hier nicht angängig, hinsichtlich der Fabriken eine Ausnahme zu machen, weil in der Konfektion eine strenge Sonderung von Fabrik- und Heimarbeit für die einzelnen Arbeiter nicht immer durchgeführt ist.

Das Nähere über den Umfang der Eintragungen und die sonstigen Vorschriften ergiebt sich aus dem Formular der Lohnbücher, welches vom Reichskanzler im Einklang mit dem § 114a der Gewerbe-Ordnung und dem zweiten Absatze des Bundesratsbeschlusses festgestellt worden ist und demnächst den Bundesregierungen zugehen wird.

Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs im Jahre 1901.

Die im kaiserlichen statistischen Amt zusammengestellten Nachweise über die Bewegung der Bevölkerung ergeben, daß im Deutschen Reich stattgefunden haben:

	im Jahre 1901	im Durchschnitt von 1892/1901	auf 1000 der Bevölkerung 1901	auf 1000 der Bevölkerung 1892/1901
Eheschließungen . . .	468 329	437 739	8,24	8,21
Geburten einschl. Totgeburten	2 097 838	1 983 576	36,89	37,20
Sterbefälle einschl. Totgeburten	1 240 014	1 235 103	21,81	23,16
Geburten-Ueberschuß .	857 824	748 473	15,09	14,04
Unter den Geborenen waren			Prozent der Geborenen	
Unehelich Geborene . .	179 683	179 803	8,57	9,06
Totgeborene	65 525	64 066	3,12	3,23

Eheschließungen haben demnach im Jahre 1901 sowohl der absoluten Zahl nach wie im Verhältnis zur Bevölkerung häufiger stattgefunden als im Durchschnitt der hier in Vergleich gestellten zehn Jahre. Auch die Geburtenzahl des Jahres 1901 überragte, absolut genommen, den zehnjährigen Durchschnitt, blieb aber ihrer relativen Höhe nach dahinter zurück. Die absolute Zahl der Gestorbenen war 1901 höher als im Jahresdurchschnitt 1892/1901, dagegen stellte sich die relative Sterbeziffer (1,35 Proz.) günstiger. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß der Geburten-Ueberschuß, der im Jahre 1901 gegen den Jahresdurchschnitt absolut zugenommen hat, auch relativ diese Bewegung angenommen hat und gegen den Jahresdurchschnitt 1892/1901 um 1,05 ‰ gestiegen ist. Die Zahl der unehelich Geborenen stellt sich im Berichtsjahr gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1892/1901 etwas niedriger, die der Totgeborenen etwas höher. Dagegen stellten sich im Verhältnis zur Bevölkerung beide Zahlen niedriger.

Bürgerlicher Wohnungsreformer.

In Dresden macht seit einiger Zeit der ehemals viel genannte Richter-Aktionär Dr. Becker, damals Amtsrichter, heute Landgerichts-Direktor und konservativer Reichstagskandidat als — Wohnungsreformer von sich reden. Seine Wohnungsreformerei ist allerdings von einer merkwürdigen Art. Er hat eine Baugenossenschaft gegründet und rechnet auf Arbeitermitglieder; sucht er doch sogar recht eifrig die Gewerkschaften dafür zu gewinnen, deren Mitglieder in ihm einen grimmigen Feind des Koalitionsrechtes erkennen lernen, sobald sie bei dessen Ausübung einmal in den ach so engen Maschen des Strafgesetzes hängen bleiben. Als Vorstand der Baugenossenschaft ist es nun Herrn Beckers eifriges Bestreben, die Baubehörden zur Nachsicht in Beobachtung der baupolizeilichen Vorschriften bei den Genossenschaftshäusern zu bewegen, namentlich die Genehmigung zu einer größeren Ausnützung des bebaubaren Bodens zu erlangen, als es vorgeschrieben ist. Seine mannigfachen Beziehungen sind ihm dabei sehr förderlich, und nachdem er seine Wünsche durchgesetzt hat, fordert er die Hausbesitzer auf, seine Genossenschaft zu unterstützen. Das liege in ihrem Interesse; sei doch die Genossenschaft ein Pionier für die allgemeine Zulassung des **Dachausbaues zu Wohnzwecken** und der **Verkümmerung der vorgeschriebenen Größe eingebauter Höfe!**

Auf diese Weise bekämpft die Baugenossenschaft gerade das, was sie fördern sollte und was die Grundlage der ganzen bürgerlichen Wohnungsreformerei bildet. Ist schon der Dachausbau hygienisch höchst bedenklich, so ist es die Verkleinerung der eingebauten Höfe noch viel mehr, und doch soll es im Gegensatz zum rein geschäftlich interessierten privaten Wohnungsbau gerade Aufgabe der Genossenschaft sein, die Grundsätze der Hygiene zur Geltung zu bringen.

Aber noch mehr: Die Baugenossenschaft ist vor allen Dingen geschaffen, um dem Wohnungswucher entgegen zu arbeiten, und eine der Wurzeln des Wohnungswuchers ist die Bodenspekulation, die wieder wesentlich gefördert wird durch die Möglichkeit der rücksichtslosen Ueberbebauung des Bodens. Das also muß die Genossenschaft bekämpfen, wenn sie eine Berechtigung haben will. Die Baugenossenschaft des Herrn Becker aber fördert die Ueberbebauung, und Herr Becker empfiehlt gerade deswegen seine Genossenschaft der Beachtung der Hausbesitzer. Er hat auch recht damit. Das dient in der That nur dem Interesse der Hausbesitzer, nicht aber der Wohnungsreform.

Die bürgerliche Socialpolitik zeitigt gar sonderbare Früchte.

Eine Gemeindevertreter-Konferenz für den Main- und Rheingau wird von den Genossen Ulrich-Offenbach, Dr. Quarck-Frankfurt und Dreesbach-Mannheim zum 28. Dezember in das Gewerkschaftshaus nach Frankfurt einberufen. Diese Konferenz soll eine Aussprache der Arbeitervertreter in den Gemeinderäten über Notstandsarbeiten und deren Organisation herbeiführen. Bekanntlich haben vor kurzem schon die städtischen Verwaltungen einer Reihe von Städten des Rhein- und Maingaues in Frankfurt über diesen Punkt konferiert. Nun sollen auch die Arbeitervertreter Stellung zu dieser wichtigen und zeitgemäßen Frage nehmen. Zugleich wird in der Einladung die Sammlung von Aktenstücken über kommunale Notstandsarbeiten als wünschenswert bezeichnet.

Der „Verband mitteldeutscher Konsumvereine“ hat sich am Sonntag in Magdeburg durch eine erste Verbandsversammlung konstituiert. Es waren 35 Vereine vertreten. Es wurde zugleich der Anschluß an den Gesamtverband deutscher Konsum- und Produktivgenossenschaften einstimmig beschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „den märkischen Sand" sprach Dr. Lux am 15. Dezember in dem Verein Berliner Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. In ungemein fesselnder Darstellung entrollte er ein Bild der allmählichen Gestaltung des Heimatbodens. In grauer Vorzeit, vor etwa 10 000 Jahren — die großen Wandlungen der Mutter Erde zählen nicht nach Jahren, sondern nach Jahrtausenden — breiteten sich riesige Gletscher, fächerförmig von den schwedischen Gebirgen ausgehend, über die norddeutsche Tiefebene. Daß die Eismassen die ungeheure Mächtigkeit von 500—1000 Meter erreichten, ist durch das Vorkommen des Gletscherschiffs an den Kuppen des Brockens nachgewiesen. Die gleichen Spuren, nach einer Richtung verlaufende Schrammen im Gestein, zeigen die Rüdersdorfer Kalkberge, wenn bei Gelegenheit einer Absprengung die verdeckende neueste Bodenschicht fortgeräumt wird. Das Schmelzwasser, welches in die Ritzen des Gesteins eindringt und die vorhandenen Löcher erweitert, bildet durch die Gewalt seiner wirbelnden Bewegung kreisende Höhlungen, Gletschertöpfe genannt. Auch diese in den Alpen beobachtete Erscheinung zeigen die Rüdersdorfer Felsen trotz des hohen Alters in deutlich erkennbarer Form. Die interessanten erratischen oder Findlingsblöcke, aus Granit, Gneis oder Glimmerschiefer bestehend, dem angeschwemmten Tiefland fremde Gäste, sind oft von überraschender Größe, wie die Markgrafensteine bei Freienwalde, aus deren einem die riesige Granitschale vor dem alten Museum in Berlin gearbeitet ist. Kleinere Trümmer dieses Urgesteins, von Schwedens Gebirgen stammend, bilden ganze Höhenzüge, welche das frühere Vorhandensein der Gletscher bezeugen helfen. Sie sind von den langsam thalab fließenden Eismassen an ihrem Ende abgesetzt, eine sogenannte Endmoräne. Sehr charakteristisch ist ein solcher Granitwall bei Chorin, den die Eisenbahn durchbricht und ein weit kleinerer zwischen dem Grimnetzer und Werbellin-See.

Als die zunehmende Wärme einen raschen Rückgang der Eismassen veranlaßte, und die Abflüsse des Schmelzwassers mächtiger wurden, trafen die Hauptströme von den drei größten Gletschern in der Gegend von Havelberg aufeinander, wodurch das große Havelluch sich bildete. Ein Teil der abströmenden Gewässer floß direkt nach Norden. Durchbrüche dieser Art finden sich in der Mark öfters, z. B. das Nuthethal und die Seenreihe vom Hermsdorfer Fließ über Halen- und Grunewaldsee bis zum Wannse.

Wo aber bleibt der märkische Sand? Den haben die riesigen Eismassen aus dem ursprünglichen Boden und den herabgesunkenen Granitstücken zerrieben. Das Schmelzwasser führte die löslichen Teile des Grundes mit; das feine Geschiebe deckte den Boden der Gletscher, während auf dem eisfreien Boden der fruchtbare blaue Mergel blieb, jedoch der vom Wasser teilweise bedeckte nur den Thon zurückhielt, welcher bei Velten eine große Industrie ins Leben gerufen hat. Die breiten, sandigen Thalebenen sind trefflich geeignet zum Bahnbau, für den sie auch z. B. bei der Anhalter und Dresdener Eisenbahn benutzt wurden. Deshalb bietet die erste Fahrt durch die Mark für den, welcher vom Süden kommt, nur einen langweiligen und einförmigen Anblick. Und doch hat die Mark große und eigenartige Schönheiten in ihren zahlreichen waldumkränzten Seen, ihren weiten Wiesengründen, sumpfige Niederungen zum Teil, deren Wasserreichtum ihnen die dauernde Frische verleiht, welche dem Auge des Wanderers wohlthut.

Wer auf dem Kreuzberg, dem letzten nördlichsten Ausläufer des Fläming, steht und hinübersieht zu den Hügeln des Gesundbrunnen, die zum Barnim überleiten, der sieht bald ein, daß das Häusermeer, welches das zwischenliegende Thal füllt, nicht durch Zufall hier seine Stätte gefunden. Die weite Ebene, überall durch Sümpfe und Torfmoore durchsetzt, mit den zahlreichen Seen zwischen unwegsamen Fließen, Ueberresten der riesigen Gletscherströme, hatte hier den einzig gangbaren Paß, eine sichere Furt, über welche der Verkehr nach allen Himmelsgegenden sich am leichtesten herstellen ließ. So wurde die Stätte des alten Fischerdorfes im Laufe der Zeiten zur Weltstadt, welcher das Thal in dem sie entstand, längst zu eng geworden ist.

Den gespannt lauschenden Zuhörerinnen werden sicher die Spaziergänge in der Heimat doppeltes Interesse bieten, da sie mit kundigem Auge die Merkmale der fernen Vergangenheit in dem lieblichen Naturbild von heute wiederfinden.

Zum Schluß wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß die nächste Versammlung Montag, den 5. Januar, stattfinden werde. Karten für die Urania-Vorstellung am 25. Januar sind zu haben bei Frau Panzeram, Pappel-Allee 128 I; Frau Klotsch, Koppenstr. 81, Hof IV; Frau Seeger, Kolbergerstr. 26; Frau Bauschke, Rostockerstr. 46; Frau Steinkopf, Schwedterstr. 34.

Gewerkschaftliches.

An die Bauarbeiterschaft Deutschlands!

Der zweite Bauarbeiterschutz-Kongreß wird von der Unterzeichneten im Einverständnis mit den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zu Sonntag, den 29., und Montag, den 30. März 1903, nach Berlin, Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus, großer Saal), einberufen.

Die Tagesordnung sowie alles Weitere bezüglich der Delegiertenwahlen wird später bekannt gegeben.

Hamburg, im Dezember 1902.

Die Kommission für Bauarbeiterschutz.
Im Auftrage:
Th. Bömelburg, Maurer. Fr. Schrader, Zimmerer.
H. Wentker, Maler.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Sattler! Nachdem in jüngster Zeit durch ein wahres System von Lohndrückereien die ohnehin nichts weniger als angenehme Lage der Militäreffekten-Arbeiter mehr und mehr verschlechtert wird, sieht sich die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler veranlaßt, zum Sonntag, den 21. d. M., nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eine „Oeffentliche Sattlerversammlung" mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

„Die Mißstände in der Militäreffekten-Industrie und die gesicherte Existenz der Arbeiter."

Es gilt dabei, die breite Oeffentlichkeit auf die Schäden aufmerksam zu machen, die durch das System der Zwischenmeister und Heimarbeit zu Tage treten.

Deutsches Reich.

Zum Weberstreik in Meerane schreibt der „Textilarbeiter":

Der Ausstand währt nun zehn Wochen. Eine Aenderung der Situation ist nur dadurch eingetreten, daß einige Lohnwebereien den Mindestlohntarif für sich als verbindlich anerkannten und ihre Arbeiter dadurch zur Wiederaufnahme der Arbeit bewogen. — Weiter führt der „Textilarbeiter" aus, daß dies nicht im Interesse eines günstigen Ausganges des Streiks liege. Durch die Wiederaufnahme der Arbeit in einigen Lohnwebereien werde zwar die Zahl der Ausständigen verringert, die Dauer des allgemeinen Streiks aber ausgedehnt, da durch die Lohnwebereien immerhin ein Teil der Meeraner Kundschaft befriedigt werden könne. Wenn auch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Lohnwebereien nicht gut zu umgehen war, so werde doch der Streik in seinem ganzen Umfange nicht sobald zu Gunsten der Ausständigen beendet werden. Diese Annahme — so schreibt der „Textilarbeiter" — erscheint uns schon dadurch gerechtfertigt, daß die gegenwärtige Saison nun bald ihrem Ende entgegengeht. Bei dieser Sachlage ist nicht mehr sehr mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Fabrikanten, durch ihre Kundschaft um Lieferung von Waren bedrängt, nachgeben werden. Unserm Erachten nach kann dies nun erst wieder geschehen mit Beginn der nächsten Saison, im Monat Februar. Bis dahin wird also der Ausstand wohl dauern müssen, soll er einen für die Ausständigen günstigen Abschluß finden. Dieser wird aber unserm Erachten nach sicher erzielt werden, wenn es gelingt, die Zahl der Ausständigen durch Ausdehnung des Ausstandes auf das ganze Meeraner Fabrikationsgebiet wesentlich zu erhöhen.

Gelinge das nicht, dann sei vielleicht das Urteil eines Unternehmer-Blattes nicht unzutreffend, welches die gegenwärtige Lage des Streiks als verfahren bezeichnet und der Ansicht ist, daß die Aufnahme der Arbeit zu den am 20. November durch beiderseitige Vertreter festgestellten Bedingungen ein günstiger Ausweg gewesen wäre.

Die Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger in Breslau haben den Unternehmern einen Tarif eingereicht, welcher die zehnstündige Arbeitszeit festsetzt und einen Mindest-Stundenlohn von 40 Pf. für selbständig arbeitende Rohrleger und Monteure. Der Tarif soll vom 1. Januar bis 31. Dezember 1903 gelten. Die Unternehmer haben auf das Ersuchen des Metallarbeiter-Verbandes, sich über den Tarif zu äußern, noch nicht geantwortet. Die Arbeiter haben deshalb beschlossen, noch eine Frist von 14 Tagen abzuwarten und falls bis dahin keine Vereinbarung zu stande gekommen ist, das Einigungsamt anzurufen.

Ausland.

Der Trades-Unionismus im Jahre 1901. London, 16. Dezember. Der Bericht des Arbeitsamtes über die Lage des britischen Gewerkschaftswesens im Jahre 1901 ist soeben erschienen. Die Geschäftslage war dem Wachsen der Arbeiterorganisationen nicht günstig. Die Gesamtzunahme betrug nur 0,6 Prozent, gegen 5,9 Prozent in 1900 und 9,4 Prozent in 1899. Zu- und Abnahme der Zahl der organisierten Arbeiter hängt zusammen mit dem Geschäftsaufschwung und Geschäftsniedergang. Die Einnahmen der Gewerkschaften konnten die Ausgaben nicht decken, da die Unterstützung der Arbeitslosen große Summen verschlang. Die Streikkosten beliefen sich auf 12,5 Prozent der Einnahmen; die übrigen Unterstützungen auf 65 Prozent. Im ganzen gab es im Jahre 1901 im Vereinigten Königreich 1236 Gewerkschaften mit 1 922 780 Mitgliedern, worunter 120 078 (6,2 Prozent) weibliche, die zum größten Teil in der Textilindustrie beschäftigt sind.

Der Kohlenträgerstreik in Tromsö. Die Arbeit ist in aller Ruhe wieder aufgenommen worden. Ein Teil des Militärs ist bereits wieder abgereist. Die Differenzen sind jedoch nicht geschlichtet. Es ist zu erwarten, daß der Streik bei Ankunft des nächsten Kohlenschiffes wieder ausbricht. —

Der Buchbinderstreik in Göteborg ist noch immer nicht beendet. Ein neuer Einigungsversuch des Verbandsvorsitzenden der Buchbindergehilfen scheiterte wiederum an dem Widerstand der Arbeitgeber. Diese erklärten, daß sie ihre Arbeit im Ausland fertiggestellt erhielten. Der Vorstand des Schwedischen Buchbinderverbandes hat bereits Schritte gethan, um die Anfertigung von Streikarbeit auch im Ausland zu verhindern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 19. Dezember.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Romeo und Julia.
Schauspielhaus. Das dunkle Thor.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Mouna Vanna.
Berliner. Die beiden Leonoren.
Lessing. Madame Sans-Gêne.
Central. Madame Sherry.
Neues. Ledige Leute.
Residenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier).
Westen. Die Fledermaus.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Esther. Hierauf: Zwei Eisen im Feuer.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Jugendfreunde.
Belle-Alliance-Theater. Die Schroederischen.
Carl Weiss. Witwe Dalila.
Luisen. Der Rattenfänger von Hameln.
Casino. Berlin N. — Berlin W.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Lore. — Die Tanzfee. — Abergläubisch. — Er und Sie.
Kleines. Rausch.
Palast. Der Dorfbarbier. Specialitäten.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49. Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Anfang 8 Uhr. **Witwe Dalila.** Kriminalschauspiel in 6 Bildern von E. Ritterfeldt. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Die gütige Weihnachtsfee. Abends 8 Uhr: Ein Paria.

Apollo-Theater. Von 8—9 Uhr: Specialitäten. Um 9 Uhr: Nakiris Hochzeit. Operette von Paul Lincke. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Am 26. u. 28. Dezember u. 1. Januar, 3 Uhr: Nachmittags-Vorstellung: Frau Luna. Ermäßigte Preise. Billet-Vorverkauf täglich v. 10—2 Uhr.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. **Sternwarte** Invalidenstrasse 57/62. Fixsterne und Weltnebel.

CASTANS Panoptikum Friedrichstrasse 165. Das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweisse Negerin!! Kasperle-Theater. Illusion. — Lebende Bilder. Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater. Anfang: Wochentags 8, Sonntags 3 Uhr. Das Elite-Weihnachts-Fest-Programm. Liane Leischner in ihrem Repertoire. Bajerri als Beethoven sensationelle musikalische Recitationen. Kinematograph: Krupps Leichenzug. 14 erstklassige Nummern.

Thalia-Theater. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha. Sonntagmittag 3½ Uhr: Die Schneekönigin. Dienstag, 23. Dez., zum erstenmal: Neuität! Die bösen Mädchen. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Metropol-Theater. Die zwölf Frauen des Japhet. Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. Zwei grosse Balletts. Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Hermann Hank. Rauchen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater Abends 7½ Uhr: Madame Sherry. Operette in 3 Akten von Hugo Felix. Morgen u. folgende Tage: Madame Sherry.

Buntes Theater (Ueberbrett'l.) Köpnickerstraße 68. Anfang 8 Uhr. Lore. — Die Tanzfee. — Abergläubisch. — Er und Sie. Bunter Teil: Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Carla Lingen als Gast. — Hans Fredy. — Bokken Lasson. Emil Justitz.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage: Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier.) Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Belle-Alliance-Theater. Gastspiel d. Münchener Ensembles. Heute und folgende Tage abends 8 Uhr: Die Schröderischen. Bürgerliches Volksstück in 3 Akten von H. Schrottenbach.

Luisen-Theater. Der Rattenfänger von Hameln. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim. Morgen: Vor Sonnenaufgang. Sonntag 3 Uhr: Emilia Galotti. 8 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln.

Cirkus Schumann. Freitag, den 19. Dezember, abends 7½ Uhr: Grosser Elite-Abend 12 der glanzvollsten Nummern des Repertoirs. Um 9¼ Uhr: Das Tagesgespräch

Die gr. Sensation d. XX. Jahrhunderts. Um 9¾ Uhr: Die reizende Pantomime: Die lustigen Heidelberger. Sonntag: in beiden Vorstellungen: Looping the Loop. Nachmittags ein Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

Kleines Theater (Schall und Rauch) Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Rausch. Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg. Morgen: Erdgeist.

Palast-Theater. Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast. Das Riesen-Dezember-Programm. 8½ Uhr: 8½ Uhr: Der Dorfbarbier. Oper.-Vaudeville mit Gesang u. Tanz von Gumbert. Folgende Nummern sind gänzlich neu: Soeurs Blanche, Gymn. Melangeakt. Charles Merino, Champion Equilibrist. Ylang You, Japanischer Gaukler. Mr. Montani, Dressurakt. Aniota Koncewicz, Soubr.-Diva. Schwestern Montani, Doppel-Drahtseil. Miss Nebula, mysteriöser Lichtakt. Das Theater ist durchaus geheizt und mollig warm. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Casino-Theater. Lothringer Straße 37. Ganz neue Specialitäten. Kurzes Gastspiel Corradini, Jörgensen, Mimiker etc. Berlin N. — Berlin W. 8 Uhr: Stille Nacht.

Steidl-Theater Oranienburg. Thor an der Friedrichstr. Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr. Vorverkauf 40 Pf. Steidl-Sänger. Entree 50 Pf. (Fritz Steidl, Scheuerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.) Neu: Am Weihnachtsabend. Lebensbild von Fritz Steidl. Entree 50 Pf. (Vorverk. 40 Pf.) bei Rühle, Friedrichstr. 115.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1½ Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung. Zur Beachtung! Morgen Sonnabend, ist der letzte Zahlabend in diesem Jahre.

Sonnabend, 27. Dezember (3. Feiertag), in Louis Kellers Festsälen, Koppen-Straße Nr. 29: **Weihnachts-Feier** bestehend in Konzert, ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester, Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz und Tanz. Die Kinder erhalten am Eingang des Saales ein kleines Weihnachtsgeschenk. Anfang 4 Uhr. 92/14
Billets à 50 Pf. sind in den Zahlstellen des Verbandes zu haben.

Neues Konzerthaus Am Alexanderplatz im Grand Hôtel Inh.: Albert Mörner. Einödshofer-Konzert. Heute: Humoristischer Abend. Anfang 8 Uhr. [70L] Entree 20 Pf., Reserv. Platz 50 Pf.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr. Die Liebesschaukel. Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch. Freitag, den 19. Dezember, abends 7½ Uhr: Dahomey. Dress. Elefanten, Zebras u. Strausse, Neue Debuts.

Gratweils Bierhallen Theater u. Variété Kommandantenstraße 77/79. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante Dezember-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ.

Königstadt-Casino. Holzmarktst. 72. Ecke Alexanderst. Täglich erstkl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Bernhard Rose-Theater Badstr. 58. Donnerstag, 25. (1. Weihn.-Feiertag): Zwischen zwei Herzen. Freitag, 26. (2. Weihnachts-Feiertag), Adam und Eva. Sonnabend, 27. (3. Weihn.-Feiertag): Graf Irun. Sonntag, 28. Dez.: Muttersegen. Mittwoch, 31. Dezember (Sylvester): Buntes Theater. Nachher: Gr. Sylvester-Ball.

Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke 3 Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Wochentags: Entree frei! 5 Künstler-Kapellen 5 Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Heute: Geschlossen. Sonntag: Letzte Vorstellung vor Weihnachten: Durchgegangene Weiber.

Für 20 Mark fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Zutaten. Weyer, Rosenthalerstr. 6/7. Amt III 8524.

3. Wahlkreis!

Sonnabend, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag), im Lokal Dresdener Casino, Dresdenerstr. 96:

Gemütliches Beisammensein.

Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Anfang 6 Uhr.

Mittwoch, den 31. Dezember, im Lokale Voigt, Ritterstr. 71–75:

Silvester-Feier.

Anfang 9 Uhr. Entree inkl. Garderobe 20 Pf.

Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet

241/2 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Berlins

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 88).

Sonnabend, den 27. Dezember 1902 (3. Weihnachts-Feiertag), vormittags 10½ Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht und Antrag der eingesetzten Kommission auf Umgestaltung und Ausbauung des Kranken-Unterstützungsvereins. 187/8

Die Mitglieder sind verpflichtet, zu diesem Antrag voll und ganz Stellung zu nehmen. Der Vorstand. Carl Butry, Vors.

Holz- u. Bretterträger sowie Brettschneider

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 21. Dezember 1902, vormittags 10½ Uhr, im „Königstädtischen Kasino", Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 19/14

Billets zum Maskenball werden nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs verabfolgt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand: P. Karnal.

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 20. Dezember, abends 11 Uhr, im Saal VII des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gewerkschafts-Sekretärs Genossen **Link** über „Unfall- und Social-Gesetzgebung". 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. 190/10

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.
Fernspr.: Amt VII Nr. 1959.

Sonntag, den 21. Dezember 1902, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Mißstände in der Militäreffekten-Industrie und die gesicherte Existenz der Arbeiter. Referent: Kollege **Sassenbach**. 2. Diskussion.

Die Heimarbeiter sind insbesondere noch zu dieser Versammlung eingeladen. 159/4

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung machen wir es jedem Kollegen zur Ehrenpflicht, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Karl Weyher, Engel-Ufer 15.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Esther.
Von Franz Grillparzer.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Lustspiel in 3 Akten frei nach Calderon von Friedrich Adler.

Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Don Carlos.

Sonntagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Ludw. Fulda.

Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Jugend.

Sonntagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Ungar-Weine, Dessert-Weine

der

Deutschen Central-Bodega

68L

in vorzüglicher Qualität, direkt bezogen, als

Süsser Ober-Ungar,
Ruster,
Méneser,
Hunyady,
Ofener,
Erlauer,

insbesondere

Medizinal-Ungarwein

chemisch untersucht, sind zu **Original-Preisen** zu haben in nachstehenden sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften:

C.
Osc. Binnemann, Dragonerstr. 50.
Carl Jung, Linienstr. 227.
Ernst Pietsch, Linienstr. 235.
Paul Schutz, Roßstr. 11.
Wilh. Weikisch, Fischerbrücke 16.

W.
Gottl. Dümchen, Französischestr. 1-3.
A. Lichtenstein, Manteuffelstr. 10.

NW.
Aug. Busse, Wilhelmshavenerstr. 33.
Max Faber, Stephanstr. 11.
G. Felchner, Perlebergerstr. 52.
Carl Richter, Beusselstr. 44.
Herm. Rothe, Quitzowstr. 119.
Ed. Willmer, Emdenerstr. 46.

SW.
E. Ehrenberg, Schönebergerstr. 31.
Paul Scholz, Zossenerstr. 1.
Theod. Starick, Zossenerstr. 28.

S.
Carl Brust, Prinzenstr. 68.
St. Czabanski, Brandenburgstr. 39.
Wilh. Gathow, Schönleinstr. 2.
Jul. Schubert, Dieffenbachstr. 55.
Gust. Zagelow, Ballstr. 39.
Wilh. Schültge, Dresdenerstr. 119.

SO.
Ludw. Ahlemann, Waldemarstr. 41.
Gust. Fritz, Manteuffelstr. 99.
Emil Kayser, Mariannenplatz 18.
Carl Kretschmer, Reichenbergerstraße 14.
Alb. Toetzke, Brangelstr. 121.
Gust. Richter, Admiralstr. 19a.

O. u. NO.
Carl Ahrendt, Madaistr. 14.
Wilh. Damos, Frankfurter Allee 122.
Max Kiese, Samariterstr. 31.
Otto Voigt, Greifswalderstr. 186.

N.
Max Bayer, Sparrstr. 2a.
Carl Brust, Brunnenstr. 160.
C. Dombrowski, Liebenwalderstr. 33.
Jos. Frieben, Stargarderstr. 2.
Carl Glässer, Soldinerstr. 6.
Fr. Helbig, Pappel-Allee 22.
Franz Johow, Swinemünderstr. 24.
E. Kluckmann, Wollinerstr. 60-61.
Mauss, Schönhauser Allee 119.
H. Numeratzky, Kastanien-Allee 16-17
Otto Schlütter, Prinzen-Allee 19.
Ernst Thiele, Müllerstr. 34.

Friedenau:
G. Schiefelbein, Dürerplatz 2.

Rixdorf:
Rob. Reinecke, Fuldastr. 58.

Weissensee:
Carl Jonas, König-Chaussee 82.
Carl Riedel, König-Chaussee 46.

Achtung, Bauanschläger!

Verband der Bauanschläger Deutschlands.

Sonntag, den 21. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, in Charlottenburg bei Hagen:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Lohntarif-Kommission. 2. Verbands-Angelegenheiten.

34/10 Der Vorstand.

Haase-Bier

Am Sonnabend, den 20. Dezember

vormittags

beginnt der Ausstoss des rühmlichst bekannten

Bock-Bieres

der Brauerei **E. Haase**, Breslau

in Flaschen und Gebinden.

30 Fl. Haase-Bockbier Mk. 4.

Gleichzeitig bringe ich das beliebte

Haase-Bier, hell und dunkel,

sowie das

Haase-Pilsener und Märzenbier

in empfehlende Erinnerung.

Preise:				
30	Flaschen	Haase-Bier (hell oder dunkel)	Mk.	3,—.
30	„	Pilsener	„	3,—.
25	„	Märzenbier (sehr malzreich)	„	3,—.

Sämtliche Biere gelangen täglich frisch zum Anstich

in den Special-Ausschänken:

Berlin: Friedrichstr. 134, Belle-Alliancestr. 99, Klopstockstr. 18, Rosenthalerstrasse 14, Potsdamerstr. 89, Schlesischestr. 28.
Charlottenburg: Türkisches Zelt, Berlinerstr. 53.
Halensee: Kurfürsten-Park.
Schöneberg: Gross-Görschenstr. 10, Ecke Bahnstrasse.
Südende: Park-Restaurant, am Bahnhof.
Spandau: Hôtel Friedrichshof, Seeschloss Pichelsberge.
Nieder-Schöneweide–Johannisthal: Kyffhäuser an der Oberspree.

Abgabe von kleinen Gebinden.

Bestellungen erbittet **Gustav Haesen**

Generalvertreter der Brauerei **E. Haase**, Breslau
SO., Schlesischestr. 28.

Fernsprecher: Amt IV, 306. 73L

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Freitag:
Militär-Konzert
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. z. F., kgl. Musikdir. Neu.

Winter Garten

Kolossaler Erfolg:

Geschwister Andersen, Fuss-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Scenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Perzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bycicle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Bartho.
Pariser Luft, Ballett-Divertissement.
„Biograph".

Sanssouci

Jed. Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Ganz neu:
Unterm Weihnachtshaum.
Charakterbild mit Gesang.
Der Billetverkauf für die Feiertage hat begonnen.

Jeden Freitag von mittags an:
Frische Blut- u. Leberwurst
in bekannter tadelloser Qualität
Richard Augustin, Lindenstr. 60, Hof part. „Vorwärts"-Haus. Frühstücks-, Mittagstisch. Sitzungszimmer.

---

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [49822*

Knabenfilzhüte 0,75-3 M.
Herrenfilzhüte
weich 1,75–5,25 M.
steif 2,00–5,25 „
Cylinderhüte
4,00–12,00 „
Chapeau claques
7,00–12,00 „
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert,
Hut-Engros-Geschäft,
Waldemarstr. 41, pt.
Kein Laden.

Schul-Tornister

Rindslederne (ohne Pappe) 4 M. pro Stück, so lange der Vorrat reicht. I. Qualität 6 M.

Akten-, Noten-, Colleg-Mappen.

C. A. Flemming, Beuthstr. 11, am Spittelmarkt. Gegründet 1828.

POLIKLINIK, täglich 1 Uhr, für { Sauerstoff-Behandlung. Naturheil-Verfahren
Karlstrasse 25,
an der Friedrichstrasse.
Dr. Hinz und Dr. Knips-Hesse

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [50/11*
Haut- und Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Musikwerke mit auswechselbaren Notenscheiben, sowie **Zithern** u. **Leierkästen.** Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahl. Neue Königstr. 47 II, Alexanderpl.

50% ca. unter Ladenpreis kauft man Ketten, Ringe, Broschen, Brillanten rc. rc. im Leihhaus
Uhren,
H. Graff, Beuthstr. 5.

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Goldk., Brillanten j. Art, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Handl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Christbaumschmuck

Billigste Bezugsquelle
nur für Wiederverkäufer und Händler. 76L*
Gundermann, C., Linienstr. 217 I, Ecke Rückerstrasse. O., Scharrnweberstr. 74 I.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Droschkenkutscher

Hermann Wolff,

Hochstr. 33,
am 15. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
256/9 **Der Vorstand.**

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

Heinrich Lück,

Müllerstr. 14a,
am 17. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter-Krankenhauses nach dem Nazareth-Kirchhof, Dalldorfer Chaussee statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
256/8 **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der Buchbinder

Heinrich Peters

am Sonntag, den 14. Dezember verstorben ist. 25/8

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabendnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerverein
„Berlin".

Sonntag, 2 Uhr:
Schlesische Brücke
nach **Alt-Glienicke** bei **Sass.**
Nächste Annonce siehe Donnerstag (1. Feiertag) nach. 10/17

Vorwärts-Buchhandlung

Lindenstrasse No. 69.

Billige 233/8

Klassikerausgaben:

Bürger, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,	„		2,70
Börne, in Leinen,	3 Bände		6,—
„ in Halbleder,	„		9,50
Chamisso, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,	„		2,70
Eichendorff, in Leinen,	2 Bände		3,50
Gaudy, in Leinen,	1 Band		1,50
Goethe, in Leinen,	4 Bände		6,—
„ „	6 „		10,—
„ in Halbleder,	6 „		15,—
Hauff, in Leinen,	2 „		3,50
Hebbel, in Leinen,	4 „		6,—
Heine, in Leinen,	4 „		6,—
„ in Halbleder,	4 „		9,50
Hoffmann, in Leinen,	4 „		8,—
Kleist, in Leinen,	1 Band		1,75
Körner, in Leinen,	1 „		1,60
„ in Halbleder,	1 „		2,40
Lenau, in Leinen,	1 „		1,75
„ in Halbleder,	1 „		2,70
Lessing, in Leinen,	3 Bände		5,—
„ in Halbleder,	3 „		7,50
Ludwig, „	2 „		6,—
Reuter, neuerschienene billige Volksausgabe, in Leinen,	4 Bände		10,—
	8 „		12,—
Rückert, in Leinen,	3 „		6,—
Schiller, in Leinen,	4 „		6,—
Shakespeare, i. Leinen,	4 „		6,—
„ „	4 „		9,50
Stifter, in Leinen,	4 „		6,—
Uhland, in Leinen,	1 Band		1,75
„ in Halbleder,	1 „		2,70

Julius Fischer, Boeckhstr. 7,

empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung" mit Lotterieliste liegt aus. 57912*

Billige Eß-, Mus-, Dauer- und
Weihnachts-Aepfel
v. 8–25 Pf. pr. Pfd. im Einzelnen und in Posten.
Fritz Wilke, Linienstraße 217.
Nähe Schönhauser Thor.
2 Vereinszimmer zu vergeben.

Christbaumschmuck.

Auf Bitten der Parteigenossen von Lauscha habe ich den Verkauf von Christbaumschmuck übernommen und ist solcher von mir zum Selbstkostenpreise zu beziehen.

Fritz Zubell, Elisabeth-Ufer 21, III.

Zur Gewerkschaftsdebatte

geht uns die nachstehende Einsendung des Genossen Silberschmidt zu:

Der Bericht im „Vorwärts“ Nr. 290 über die Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission läßt mich sagen: „Redner führt einige Erfahrungen aus der Maurerbewegung aus der Umgegend von Berlin an, um zu beweisen, daß unter der Maske der freien Selbstbestimmung die Sonderbündelei sogar dem Streikbruch und Denunziantum **diene.**“

Zu Nr. 291 des „Vorwärts“ erklärt Gehl im Auftrage des Vorstandes des Interessenvereins: „Was die Behauptung Silberschmidts anbetrifft, daß die Sonderbündelei, womit er jedenfalls uns meint, unter der Maske der freien Selbstbestimmung Streikbruch und Denunziantentum **treibe,** eine leere und beweislose Behauptung ist, die als Verleumdung bezeichnet werden muß.

Der Bericht des „Vorwärts“ kann aus bestimmten Gründen nicht vollständig sein, aber aus der Satzbildung und dem Schlußwort „dienen“ geht hervor, daß Redner sagte und an Beispielen bewies, daß die Folgen und Begleiterscheinungen der Sonderbündelei jene verwerflichen Handlungen erleichtere, und Leuten die dazu neigen, beim Vorhandensein doppelter Organisationen früher Gelegenheit gegeben ist, da mangelnde Kontrolle und Disciplin sowie Haß diese Thaten begünstige. Ich führte aus, daß in mehreren Orten in der Nähe Berlins Maurer Sonderorganisationen gründeten, die wegen Nichtinnehaltung von Organisationsbeschlüssen grundsätzlicher Art, Sperre und Streikbruch, sowie Denunziantentum, ausgeschlossen, sowie aus solchen, die wegen Verstößen gegen die Solidarität, Schulden 2c. vor dem Ausschluß standen, oder Schulden, persönlichem Streit oder da ihnen der Beitrag zu hoch, austraten. Die Gründungen gingen in allen Fällen unter dem Schutze und vollen Einverständnis der Berliner lokalen Leitung vor sich. Somit kamen diese meistens dunklen Existenzen in Besitz der Ehre, anerkannten Arbeiterorganisationen anzugehören. Beständen keine Sonderorganisationen, so müßten diese Leutchen sich dem demokratischen Grundsatz gemäß fügen, oder sie ständen außerhalb der Gemeinschaft und könnten ihr Zerstörungswerk nicht unter der Maske der Organisation treiben.

Der Vorstand des Interessenvereins verschiebt im Handumdrehen die Sache; „aus einigen Beispielen aus der Umgegend Berlins“ macht er die gesamte lokale Maurerbewegung, und für das Wort „dienen“, das zeigen soll, daß die gezeichneten Umstände Folgen der Sonderbündelei sind, schiebt er das Wort „treiben“ unter. Letztere Satzbildung setzt dann allerdings als Zweck und Ziel der Organisation Streikbruch 2c. voraus.

Diese Verdrehung enthebt mich der Pflicht zu antworten; gegen das was ich nicht sagte, brauche ich mich nicht zu verteidigen.

Auch darüber streite ich mich nicht mit dem verehrten Vorstand an dieser Stelle, wer bisher die Einigung der beiden Maurerorganisationen verhinderte. Um das festzustellen, rate ich, selbst oder durch einen Genossen, der Ihr Vertrauen besitzt, beim Vorstand des Verbandes zu beantragen, zwecks Uebertritt in den Verband in Verhandlung zu treten. Wird der Antrag abgelehnt oder Ihnen unter loyalen Bedingungen der Uebertritt nicht ermöglicht, dann will ich mich in diesem Fall als überführt erachten und in Sack und Asche Buße thun.

Soweit es sich um einige der thatsächlichen Beispiele handelt, gebe ich den Organisationsvertretern der Orte das Wort:

1. 1898 gründete sich unter Beisein und im Einverständnis der Berliner Leitung in einem gesperrten Lokal in Rowawes ein Lokalverein. Er setzte sich zusammen aus 23 wegen Streikbruch ausgeschlossenen Maurern. Die Verbindung mit der Berliner Leitung stellte ein Maurer Werle her, der durch Denunziation drei Kollegen ins Gefängnis gebracht hatte und dem Amtmann Ring später das Material zu jener denkwürdigen Landtagsrede lieferte, die den angeblichen Terrorismus der Maurer behandelte.

1899 blieben die Leute bei der Arbeit am Gemeindehause, als der Bau gesperrt wurde. Vorher hatten sie versprochen, sich an dem Streik zu beteiligen. Somit konnten die Verbandskollegen den Unternehmer nicht zwingen, die aufgestellten Forderungen zu bewilligen, weil die in der Mehrheit befindlichen Lokalisten sich nicht am Streik beteiligten. Die Sperre verlief deshalb ergebnislos.

1902 wurde einem Kollegen mit dem Ausschluß aus dem Verbande gedroht, weil er das Arbeiten an Sonntagen und nach Feierabend nicht unterlassen wollte, er trat aus dem Verbande und die Lokalen nahmen ihn auf. Auch heute halten sie ihre Versammlungen im gesperrten Lokal ab. All diese Thatsachen sind der Berliner Leitung bekannt. Werle wurde nicht aufgenommen, nachdem wir denselben in der ersten Versammlung entlarvten, die andren wurden für würdig befunden.

2. 1900 wurden in Potsdam 12 Mann, die sich den Organisationsbeschlüssen nicht fügen wollten, ausgeschlossen. (Littmann, der heute noch dem Berliner Lokalverein angehört, wurde öfter ausgeschlossen.) Sie gingen zur Berliner Lokalorganisation und fanden bereitwillige Aufnahme. Erst nach fünf Monaten, nachdem den Berlinern mit zwingenden Gründen das Gefährliche ihres Treibens und die Grundlosigkeit einer Sonderorganisation vor Augen geführt wurde, gaben sie es auf, die Sonderbündelei weiter zu protegieren.

3. Einige Rauener Mitglieder arbeiteten für einen Rauener Unternehmer zu dortigem Lohn und Arbeitszeit in Berlin. Von der Berliner Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich den in Berlin üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen unterordnen müßten, leisteten sie keine Folge. Das führte dahin, daß vom Vorstand in Rauen Verhandlungen gepflegt wurden, diese Leute auszuschließen, was auch später geschah. Inzwischen gingen die Betreffenden zur Berliner Leitung und gründeten mit deren Einverständnis hinter verschlossenen Thüren den Verein. Die Anhänger setzten sich zusammen zum größten Teil aus Schuldnern im Verband, wegen Schulden gestrichener, in Bezug auf Innehaltung der Organisationsbeschlüsse unsicherer Kantonisten, solchen, denen der Verbandsbeitrag zu hoch ist usw. Den vorletzten Streik machten sie mit, er dauerte auch nur einige Tage. Die Forderung für 1902 bekämpften sie bis zum letzten Augenblick und erklärten sie für undurchführbar und stärkten damit den Unternehmer-Widerstand; sie verleiteten 7 Verbandskollegen zu den Glauben, die Lokalen würden nicht mitstreiken; erstere traten deshalb zum Lokalverein 14 Tage vor dem Streik über. Obwohl nun kurz vor dem Streik die Lokalen beschlossen, auch ihrerseits für die Durchführung der Forderung einzutreten, so waren die Folgen der wüsten Agitation und des Bruderstreits doch die, daß insgesamt einige 20 Mann, Gesellen und Poliere, sämtlich bis auf einen dem Lokalverein angehörig, Streikbrecher wurden und die Schutztruppe der Arbeitgeber bildeten, die unzweifelhaft die Schuld daran trugen, daß der Streik verloren ging.

4. Am 30. Juni 1901 wurde in Spandau ein Lokalverein gegründet. In der Versammlung wurde Gehl von unsren leitenden Kollegen, die alte und bewährte Parteigenossen sind, eindringlich vor den zweifelhaften Elementen gewarnt, welche die Zersplitterungsarbeit betrieben. Beweiskräftig wurde ihm dargethan, daß neun Zehntel von den 11 Mann sehr fragwürdige Charaktere seien und besonders Waldt ein sehr unsauberer Herr sei und nach eigener Aussage der Partei und Gewerkschaft nur angehöre, da sie ihm augenblicklich persönlichen und finanziellen Vorteil bringen. Es nutzte nichts. Ihr habt der Minderheit nicht Rechnung getragen bei diesem und jenem Beschluß; taugen die Leute nichts, so werden wir sie schon erziehen, antwortete Gehl und der Verein wurde gegründet. Die Ursachen waren folgende: Während der Aussperrung 1900 hatte Waldt mit einigen 30 Kollegen das Glück, bei einem Unternehmer zu arbeiten, der unsre Forderung bewilligt hatte. Nach unsrem Streikreglement hatten solche Kollegen 10 Proz. des Verdienstes an die Streikkasse abzuführen, in diesem Fall pro Tag 50 Pf. Waldt, der Vorstandsmitglied war, verhinderte, daß der Bau diesen Beitrag leistete. Der Vorstand rügte solches Betragen; der Amtsenthebung beugte Waldt durch Amtsniederlegung vor. Die Folgen dieser Vorgänge führten zum Streit in der Organisation, deren Ausgangspunkt die Sonderorganisations-Gründung wurde. Inzwischen ist gerichtsnotorisch festgestellt, daß Waldt seine Kollegen aus Haß bei seinem Arbeitgeber denunzierte, wie der Inhalt folgender Karte beweist:

Geehrter Herr Sch . . . . . !

Wir Endesunterzeichneten teilen Sie hierdurch mit, daß Sie auf Ihrem Neubau den Führer der Socialdemokraten Deegner (Maurer) beschäftigen. Der Streik wird bald losgehen.

Mehrere unorganisierte Maurer.

Waldt ist nun aus dem Lokalverein ausgeschlossen. Aber der Gründung der Sonderorganisation und den durch dieselbe hervorgerufenen inneren Kämpfen, die auch nach außen die Einheit der Aktion störten und solche Dinge dem Unternehmertum auch nicht verborgen bleiben, danken es die Kollegen, daß sie ihre 1900 nicht erreichten Wünsche, insbesondere die neunstündige Arbeitszeit, nicht von neuem erheben konnten.

Die Richtigkeit der obigen Thatsachen bestätigen hiermit:
Waldt. Heidenreich, Nowawes. Gust. Wittenbecher, Potsdam. Karl Berger. Wilh. Trotzowski, Rauen. Fr. Lemme. Aug. Deegner, Spandau.

Beispiele, in denen sich die Gefahr, zu welchen die Sonderbündelei führt, zeigt, könnte ich noch mehr anführen, auch andre Organisationen, welche mit dieser Plage behaftet sind werden sie beliebig vermehren können.

Zu dem Angeführten wird in dem einen oder andren Fall gesagt werden: nach unsrer Kenntnis oder den Aussagen der Vertrauensmänner der lokalen Richtung hat sich der Fall etwas anders zugetragen. Doch das wäre ein Spiel mit Worten.

Es handelt sich darum, festzustellen, daß dem Wesen der Sonderbündelei eine der Arbeiterbewegung feindliche Tendenz innewohnt, die ihrem ganzen Wesen nach mit Sicherheit zu Konflikten unter den Arbeitern führt und ihr die besonders heute über alles notwendige Einigkeit und den Charakter der Einheitlichkeit im Kampfe nimmt und sie geteilt und zersplittert dem Gegner dem wirtschaftlichen wie auch den politischen ausliefert; die den Streit der Arbeiter unter einander entfacht und die den Arbeiterorganisationen innewohnende hohe sittliche und moralische Kraft, den Geist und Charakter erziehende und veredelnde Wirkung nicht zur vollen Entfaltung kommen läßt, sondern den kleinlichen, auf das Persönliche gerichteten Kampf in den Vordergrund drängt und die Bildungsstätten, Presse wie Versammlungen zum Tummelplatz wüsten Gezänks herabwürdigen, der verrohend auf Gemüt und Charakter wirken muß; die die Disciplinlosigkeit begünstigt und jeden, dem seine Organisation mal nicht seinen Willen erfüllen kann, die Möglichkeit giebt, in eine andre zu gehen, bis er auch diese wieder als Taubenschlag benützt; die jedem Querulanten und unsauberen Charakter gestattet, in einer andren Organisation sein Unwesen zum Schaden der Gesamtbewegung zu treiben.

Die Gründe, principielle wie praktische, aus welchen sich die Gegnerschaft der Sonderbündelei rechtfertigt, könnte ich vermehren, doch muß ich Rücksicht auf den Raum des „Vorwärts“ nehmen.

Ich sage also nicht, daß diese Wirkung eine beabsichtigte ist, sondern sie ist die logische Folge.

Der Wunsch ist berechtigt, welcher in der Forderung gipfelt, daß alle Instanzen der Arbeiterbewegung, bei jeder passenden Gelegenheit in Wort, Schrift und Handlung ohne Wenn und Aber zu erkennen geben, daß die Anhänger der Sonderorganisation sich auf Irrwegen befinden; daß ihnen der Nimbus anerkannter Arbeiterorganisationen genommen werde, und auch der Wahn, sie seien zum Schutz der Parteiehre erforderlich. Sage man ihnen: Ordnet Euch als Demokraten dem Willen der Mehrheit unter und wirkt dann innerhalb der einheitlichen Organisationen für Eure Wünsche; so lange Ihr das nicht thut, können wir Euch nicht anerkennen.

Stürzen die Gewerkschaften damit in der Arbeiterbewegung anerkannte Grundsätze um? Hat nicht die Partei immer im wohlverstandenen Interesse Sonderorganisationen zu beseitigen und zu verhindern gesucht? Hat sie nicht da, wo ein Frieden nicht zu ermöglichen war, nicht das Tischtuch zerschnitten? Wie in Erfurt mit den „Jungen“ und ähnlich in Solingen? Als die Hamburger Accordmaurer den Kampf erschwerten und in diesem Jahre den Streik illusorisch machten, mochte es noch angehen, aber als sie eine eigne Parteiorganisation gründen wollten, rief der Vorstand sehr energisch: Hand weg!

Es bleibt dieser Widerspruch den meisten klassenbewußten Arbeitern ein unlösbares Rätsel, daß in der Partei demselben Mann heute gelehrt wird, wir brauchen eine Organisation, die dem Gegner wie eine Phalanx, wie aus einem Guß sich entgegenstellt, morgen derselben sagt: Ja, Euch, die Ihr den Klassenkampf täglich Brust an Brust führt, thäte diese Einheit wohl auch not, aber so lange es noch Leute giebt, die noch anders denken, müssen wir sie anerkennen.

Dieser innere Widerspruch führt zur Spannung und Entfremdung dieser beiden Glieder des proletarischen Klassenkampfes. Niemand will eine Trennung. Sie haben sich gegenseitig so notwendig in ideller und materieller Beziehung, daß sie niemals von einander lassen sollten. Gegenteilige Ansichten finden in den Kreisen der Gewerkschaften keinen Resonanzboden. Damit es aber auch immer so bleibe, räume man jeden Anlaß dazu fort.

Es wünscht auch niemand, daß die Partei Büttel der Gewerkschaft werde, sondern daß sie nur konsequent bleibe; und das nicht aus Liebe zu den Gewerkschaften, sondern, wie ich zeigen wollte, zum Wohle der unteilbaren Arbeiterbewegung.

Am Donnerstag hat sich eine Versammlung der lokalen Maurer mit meinen angeblichen Ausführungen in der Gewerkschaftskommission befaßt, wozu ich eingeladen war. Meine Rede hatte nicht den Zweck, meine lokalen Kollegen anzugreifen, sondern die Schädlichkeit der Sonderorganisation im allgemeinen zu zeigen, um mit dem, was in den letzten zwei Jahren sich in Berlin zutrug, die Haltung der Verbände anläßlich der Gewerbegerichtswahl zu rechtfertigen. Andrerseits weiß ich, daß diese Versammlung uns nicht gegenseitig näher bringen würde. Und da zum „raffen“, wie wir Centralen und Lokalen es nun schon seit 1890 thun, und zwar ohne uns gegenseitig zu bekehren, ich nicht die geringste Lust verspüre, habe ich mir das Vergnügen versagt, nach der Versammlung zu gehen, sondern ihnen mitgeteilt, daß ich im „Vorwärts“ antworte.

H. Silberschmidt.

Die Brandtsche Millionen-Erbschaft vor Gericht.

Vierter Tag.

Die heutige Sitzung, welche Landgerichts-Direktor Opitz um 9 Uhr eröffnet, beginnt mit einer Ueberraschung, die die weitere Verhandlung in Frage stellt.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt teilt folgendes mit: Soeben hat mein Bureau anrelephoniert, daß dort im Augenblick ein Brief des Angeklagten Brandt eingegangen sei, in welchem er mitteilt, daß er zur Sitzung nicht erscheinen könne, da er **weitere Beweisanträge** zu stellen habe. Ich habe angeordnet, daß der Brief sofort hierher gebracht werde.

Auf Befragen erklärt Rechtsanwalt Simons, daß er einen Grund des Ausbleibens des Angeklagten Bethke nicht anzugeben wisse.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt bittet, in Abwesenheit der Angeklagten zu verhandeln. Prozessualisch sei dies zulässig, da die Angeklagten verantwortlich vernommen worden seien.

Staatsanwalt Liebenow: Ich bitte, die Angeklagten in Haft zu nehmen. Sie sind ohne Grund nicht erschienen; es scheint ihnen irgend etwas bedenklich geworden zu sein. Beide Angeklagte sind in gerichtlichen Dingen so bewandert, daß sie wissen, sie müssen den Anordnungen des Gerichts Folge leisten. Ich bitte, meinen Gerichtsdiener mit einem Haftbefehl auf schnellstem Wege nach der Brandtschen Wohnung in der Petristraße zu senden, ebenso nach Neu-Rahnsdorf telephonisch zu erwirken, daß Bethke unverzüglich in Haft genommen werde.

Die Vertheidiger ersuchen, die Angeklagten nur vorführen zu lassen.

Der Gerichtshof beschließt nach längerer Beratung: Da die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten erfolgt ist, und die Strafkammer ihre Anwesenheit für nicht erforderlich hält, soll die Verhandlung in

Abwesenheit der Angeklagten fortgesetzt werden.

Der Gerichtshof beschließt ferner: in Erwägung, daß die Angeklagten der ihnen zur Last gelegten That dringend verdächtig sind, ferner in Erwägung, daß die Angeklagten mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe fluchtverdächtig erscheinen und ohne Grund an Gerichtsstelle nicht erschienen sind, sie in Untersuchungshaft zu nehmen.

Hierauf wird in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Frau Gastwirt Pilzecker glaubt ihre Erbberechtigung von der Eschweger Linie ableiten zu können. — Präsident: Sie sind in der Broschüre wiederholt als Zeugin genannt worden. Was wissen Sie darüber zu bekunden, daß Graf Douglas aus der Brandtschen Hinterlassenschaft einen großen Betrag erhoben habe.

Zeugin Pilzecker: Sie sei 1897 oder 1898 mit der verstorbenen Amalie Brandt in Holland auf dem Archiv gewesen. Frau Johanne Brandt sei schon früher einmal gleichfalls dort gewesen. Da habe ein Mann, von dem sie eine Bescheinigung verlangten, ein Aktenstück hervorgeholt, sie habe genau gesehen, daß darin Zahlen verzeichnet und der Name Douglas geschrieben war. Der Mann habe da hineingeblickt und in gebrochenem Deutsch zu ihnen gesagt: „Weshalb kommen Sie denn hierher? Bleiben Sie doch bei sich im Auswärtigen Amt und bei dem Grafen Douglas, da finden Sie ja alles, was sie für die Erbschaft brauchen! — Präsident: Sie sprechen von einem Archiv. Woher wissen Sie denn, daß es das „Archiv“ war? — Zeugin: Frau Brandt hat es gesagt. — Auf weiteres Befragen bekundet die Zeugin, daß ihr Frau Timm einmal gesagt habe: Graf Douglas habe ihr bestätigt, daß er unter seines Vaters Nachlaß ein Codicill gefunden habe, welches die Namen der Erben enthielt. — Rechtsanwalt Simons: Ist die Zeugin nicht auch einmal auf der holländischen Gesandtschaft hierselbst gewesen? — Zeugin: Jawohl. Da hat ein Mann, der gebrochen deutsch sprach, zu mir gesagt: Es thut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen: Ihre Regierung ist der eigentliche Betrüger, die holländische Regierung ist für alles, was vorgekommen, nicht verantwortlich. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Wo war denn die holländische Gesandtschaft? — Zeuge: In der Voßstraße, 4 Treppen hoch. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Ist es richtig, daß Sie auch an die

Königin-Regentin

von Holland geschrieben haben? — Zeugin: Das ist richtig. Darauf hin sind wir auf die Gesandtschaft bestellt worden. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Hat der Beamte auf der Gesandtschaft nicht noch sonst etwas gesagt? — Zeugin: Wir hatten ihm gesagt, wir würden uns nochmals an die Königin wenden und darauf hat er gesagt: „Meine Damen, machen Sie uns nicht unglücklich, da unsre Majestät von alledem nichts weiß. — Rechtsanwalt Dr. Thiele: Hat die Zeugin nicht die Abschrift eines Briefes gesehen, den Graf Douglas aus Holland einmal geschrieben hat? — Zeugin: Gewiß, solche Abschrift habe ich gesehen. — Vertheidiger: Was stand darin? — Zeugin: Graf Douglas hatte geschrieben, er habe in Holland die Akten eingesehen und könne melden, daß die Sache sehr gut stehe.

Zeuge Gastwirt Pilzecker bestätigt im allgemeinen die Aussagen seiner Ehefrau. Er berichtet noch über Verhandlungen, die einmal ein Kommissionär Namens Rahlson wegen Ankaufs der Erbschaft mit ihnen angeknüpft habe. Herr Rahlson habe 10 Millionen Mark dafür geboten und gesagt, es sollte das Nadelgeld für des Milliardärs Vanderbildt Tochter sein. Die Brandts hätten 15 Mill. verlangt. Herr Rahlson sei bei seinem Gebot von 10 Millionen geblieben, man habe gehofft, ihn auf 12 Millionen bringen zu können, die Sache habe sich aber zerschlagen.

Bezüglich der

Vereidigung

der noch nicht vereidigten Zeugen ersucht Staatsanwalt Liebenow, den Zeugen Paul und die Zeugin Johanna Brandt nicht zu vereidigen. Er denke, man thue diesen Zeugen damit selbst einen Gefallen, denn das, was sie hier gesagt haben, können sie unmöglich mit ihrem Eide decken. Gegen die Vereidigung der Timmschen und Pilzeckerschen Eheleute habe er nichts einzuwenden, denn diese seien anscheinend gutgläubig und so thöricht, diese Dinge, die sie hier bekundet haben, zu glauben.

Der Gerichtshof beschließt, die Zeugen Paul und Johanna Brandt nicht zu vereidigen. Die übrigen werden vereidigt.

Staatsanwalt Liebenow theilt mit: er habe die beiden Urkunden, um die es sich gestern handelte, sofort an den Generalkonsul in Amsterdam geschickt und ihn ersucht, an zuständiger Stelle festzustellen, ob die Urkunden echt oder unecht seien. Eine telegraphische Auskunft sei in kurzer Zeit zu erwarten, die endgültige Auskunft könne bis Montagabend hier sein.

Rechtsanwalt Dr. Thiele: Die Verteidigung stehe auf dem Standpunkt, daß sie aus der Echtheit der Urkunden irgend welche Schlüsse nicht mehr ziehen wolle, sie werde im Plaidoyer gerade aus der Unechtheit der Urkunden ihre Schlüsse zu Gunsten der Angeklagten ziehen.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Es liege somit im allseitigen Interesse, die Verhandlung möglichst bald, wenn irgend möglich schon morgen, zu Ende zu bringen.

Staatsanwalt Liebenow: Ich will hier gleich noch auf eine andre Dummheit der Urkundenfälscher aufmerksam machen. Wie sie bei den ersten Urkunden die Dummheit begingen, den Grafen Douglas „Heinrich“ zu nennen, so haben sie die zweite Urkunde vom 5. Mai datiert. Dies war aber ein Sonntag, und an einem solchen wird das Kantonsgericht schwerlich eine Urkunde ausstellen.

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme folgt die Verlesung der Protokolle über die zahlreichen kommissarischen Zeugenvernehmungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattgefunden haben. Die verschiedensten Zeugen sind darüber befragt worden, ob ihnen etwas davon bekannt sei, daß dem Grafen Douglas 5 Millionen und 25 000 Gulden ausgezahlt worden seien. Darunter befinden sich auch Angestellte des Hauses Rothschild in Frankfurt a. M., mit dem Graf Douglas in Verbindung steht. Im übrigen geht es in den Zeugenaussagen, die zunächst ohne Wert sind, wirr und kraus durcheinander, es handelt sich im wesentlichen immer nur um Gerüchte, die von einer Person zur andern getragen wurden. Ein Zeuge hat bekundet: er sei 1898 in Ostbach bei Aachen beim katholischen Pfarrer von der Styck zusammen mit Brandt gewesen. Der Pfarrer habe erzählt, daß sein Bruder bei der deutschen Gesandtschaft im Haag ein Schriftstück eingesehen habe, aus welchem hervorgehe, daß die Brandtsche Erbschaft aus

144 000 000 Frcs.

bestehe. — Ein Fräulein Margarethe Gönner in Bernburg will verschiedene Briefe des Grafen Douglas an die Erben, insbesondere einen Brief des Sekretärs des Grafen Douglas, Namens Stephany, gelesen haben. In den Briefen sei gesagt worden, daß die Erbschaft bald zur Auszahlung gelangen würde. — Eine Brandtsche Erbin, Frau Wittwe Roff hat ausgesagt, sie habe gehört, daß ihre Schwester ihre Papiere vom Grafen D. habe wiederhaben wollen. Bei dieser Gelegenheit hat Graf D. gesagt, sie bekämen so viel, daß sie anständig leben könnten. Welch ungeheuerliche Dinge bei diesen Zeugenaussagen unterlaufen, geht aus folgendem hervor: Die Zeugin Roff hat u. a. ausgesagt: Ihr sei vor einigen Jahren von einem im persönlichen Dienst des Grafen Douglas stehenden Angestellten mitgeteilt worden, daß Kaiser Wilhelm II. einmal eine sehr erregte Unterhaltung mit dem Grafen Douglas gehabt habe, bei welcher

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin SO., Oranienstr. 166.

Filiale: Potsdam, Nauenerstr. 23.

Aus meinem reichhaltigen Lager biete ich nachstehende vorteilhafte Offerte:

Winter-Paletots.

Ein- und zweireihige Form, mit Rückennaht, Schlitz und Sammetkragen, geraden oder schrägen Taschen.

	Mark
Paletot von Diagonal-Cheviot, dunkelgrau	15,—
Paletot von marengo meliertem Cheviot	18,—
Paletot von haltbarem Double, schwarz	18,—
Paletot von gutem Fischgrät-Cheviot, marengo meliert	20,—
Paletot von cleg. Velour, marengo meliert	20.—
Paletot von schwerem Eskimo, schwarz	20,—
Paletot von dunkelgrauem Cheviot	22,50
Paletot von Eskimo, schwarz oder blau	25,—
Paletot von marengo Melton-Cheviot	25,—
Paletot von Marengo-Cheviot, meliert, mit hochmodernem Futter	25,—
Paletot von Diagonal-Cheviot, grau oder marengo, haltbarer eleganter Stoff	30,—
Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, elegant und dauerhaft	30,—
Paletot von Melton-Cheviot, marengo, mit seidenem Steppfutter	30,—
Paletot von Diagonal-Cheviot, sehr schwer und solide	35,—
Paletot von Eskimo, mit seidenem Steppfutter, sehr elegant	35,—
Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo	35,—
Paletot von Eskimo, mit bestem Futter 40,— 45,— 50,— u.	55,—
Paletot von Melton-Cheviot, sehr elegant 40,— 45,— u.	50,—
Paletot von Eskimo oder Cheviot, mit seidenem Steppfutter, hochfein etc. 40,— 45,— 50,— 55— u.	60,—

Kaiser-Mäntel (Reise-Mäntel).

Zweireihige Form, mit Taillengurt und Mufftaschen.

	Mark
Mantel von schwerem Loden und warmem Futter, dunkelgrau oder olive	20,—
Mantel von reinwollenem, extra schweren Loden mit prima Lamafutter, dunkelgrau oder marengo	30,—

Pelerinen-Mäntel.

Zweireihige Form, mit vorn abgefütterter Pelerine und Taillenriegel von schwerem Loden, dunkelgrau, marengo oder olive . . . . . 20,— 25,— 35,— und 40,— Mk.

Joppen.

	Mark
Joppe v. Diagonal-Loden m. warmem Futter, dunkelgrau	6,50
Joppe von dunkelgrauem Loden mit schwerem Futter	7,50
Joppe von schwerem Loden mit schwerem Futter, grau, dunkelgrau, braun oder olive	9,—
Joppe von olive od. dunkelgrauem Loden m. Lamafutter	10,50
Joppe von dunkelgrauem Loden mit imitiertem Lammfellfutter	12,—
Joppe von extra schwerem Trikot-Loden mit schwerem Futter, grau, braun oder olive	12,—
Joppe von reinwollenem Loden mit reinwollenem Lamafutter, grau, marengo oder olive	14,—
Joppe von reinwollenem grauen Loden mit imitiertem Lammfellfutter	16,50
Joppe von extra schwerem Loden, mittelgrau, dunkelgrau oder braunolive mit prima Lamafutter	16,50
Joppe von reinwollenem Loden, mit extra schwerem imitiertem Lammfellfutter, dunkelgrau	20,—

Falten-Joppen in verschiedenen Farben 9,— 12,— 16,50 und 20,— Mk.

Knaben- u. Burschen-Joppen

sowie **Paletots** in allen Grössen und Preislagen in grösster Auswahl. 5923L

Schlafröcke.

	Mark
Kant. Dunkelgrauer Double mit blauem Tuchbesatz	8,50
Schiller. Gut, kräftig. Double, grau mit blauem Tuchbes.	10,50
Goethe. Vorzüglicher Double, grau mit blauem Tuch- oder Sammetbesatz und olivegrau mit olive Sammetbesatz	12,50
Schelling. Feiner glatter Double, braun m. dunkelbraunem Tuchbesatz oder grau mit blauem Sammetbesatz	15,—
Hegel. Weicher Fantasiestoff, dunkelgrau m. marine Tuch- od. Sammetbesatz u. olive meliert m. olivefarb. Tuchbes.	17,50
Kleist. Prima Satin-Double, grau meliert mit blauem oder braunem Tuchbesatz	17,50
Scott. Sehr guter, rehbraun melierter velourartig. Fantasiestoff mit braunem Sammetbesatz	20,—
Dickens. Weich. flammiert. Velour, gr. m. marine Sammetbes.	22,50
Scheffel. Gediegener Velour, mit angewebtem karierten Futter, dunkelmode mit braunem oder grau mit blauem Tuchbesatz	25,—
Freytag. Feinster weicher Velour, mit angewebt. kariert. Futter, grau mit blauem, dunkelrehfarb. mit braun. od. mode mit braunem Sammetbesatz	30,—
Geibel. Dicker olivefarb. Biber m. olivefarb. Sammetbes.	30,—
Uhland. Prima Velour mit kar. Rückseite, grüngrau mit olivefarb. Tuchbesatz oder mode mit braunem Plüsch- und Schnurbesatz	35,—
Feuerbach. Feinster, kleinkariert. velourartiger Fantasiestoff m. kariert. angew. Futter, blaugrau m. blaugrauem od. mode mit moosgrünem seid. Plüsch u. Schnurbesatz	45,—

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und zu **streng festen Preisen** statt.

Weihnachts-Prämien

für die Abonnenten des „Vorwärts".

Zu unseren früher erschienenen **Kunstblättern in Kupfer-Radirung**, auf chinesischem Papier, 85×65 cm gross,

Marx und Engels, haben wir jetzt als Mittelstück hinzugefügt

Lassalle-Radirung,

Kniestück, nach der einzigen in New York befindlichen Originalphotographie.

Um diese Kunstblätter, die im Kunsthandel nicht unter 15—20 Mk. geliefert würden, auch den Arbeitern zugänglich zu machen, liefern wir

diese 3 Radirungen Marx-Lassalle-Engels

zum Vorzugspreise von 7,50 Mk. (statt Mk. 12,—)

Denjenigen Abonnenten, welche bereits in den Vorjahren die beiden Radirungen Marx und Engels bezogen haben, liefern wir auf Wunsch

Lassalle-Radirung zum Vorzugspreise von 2,50 Mk. (statt Mk. 4)

Ferner liefern wir unsern **Abonnenten zum Vorzugspreise von Mk. 5,—** (statt Mk. 6,—) die herrliche Kupfer-Gravüre

Die Freiheit führt das Volk an

auf Chinapapier (95×72 cm), nach dem Gemälde im Pariser Louvre von Delacroix.

Sämtl. Radirungen, auch die Porträts **Bebel, Liebknecht, Singer** in gleicher Ausführung zum Preise von à Mk. 1,50, sind durch die

Expedition, Lindenstr. 69,

sowie auf Bestellung auch durch die **Parteispediteure** zu beziehen.

H. Heine's poetische und dramatische Werke
Reich illustriert. Herausgegeben von G. Karpeles
Preis 2 Mark. • Porto 50 Pfg., für Berlin 20 Pfg.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts"
Lindenstrasse 69, Laden.

Im Uebrigen halten wir bestens empfohlen unser reichhaltiges **Lager in Weihnachtsbüchern und Festgeschenken.**

Das beste

Weihnachtsgeschenk

für Herren

ist ein Kistchen **Cigarren,** wenn dieselben gut sind.

Unbestreitbar haben sich die **Cigarren** der

Tabakarbeiter-Genossenschaft

in Hamburg

einen guten Ruf erworben, würden deshalb jedem Raucher ein willkommenes Geschenk sein.

Kistchen zu **25, 50** und **100 Stück** verpackt, sind in jeder Preislage in folgenden **Verkaufsstellen** zu haben.

Berlin SO.:	U. Stangenberg,	Manteuffelstr. 110.
„ **NO.:**	Paul Arnoldi,	Straussbergerstr. 35.
„ **O.:**	A. Karklinnis,	Holzmarktstr. 48a.
„ **O.:**	Barbier-Genossenschaft „Voran",	Krautstr. 47.
„ **SO.:**	„ „ „	Waldemarstr. 65.
„ **N.:**	„ „	Pankstr. 37d.
„ **N.:**	Th. Weyland,	Koloniestr. 36.
Rixdorf:	Rob. Krüger,	Pannierstr. 10.
„	C. Meyer,	Hermannstr. 26.
Rummelsburg:	O. John,	Prinz Albertstr. 5a.
Köpenick:	Franz Weber,	Kietzerstr. 40.
„	H. Geschäf	Grünauerstr. 1.
Adlershof:	Ernst Tost,	Bismarckstr. 10.

59012*

Willkommene Festgabe!

Eine grosse Partie **echter**

Plüsch-Tischdecken

mit reicher Stickerei u. unbedeutenden Webfehlern

ca. 33⅓ % unter Preis!

135/135 cm	8.75 M.	Wert	13,50
145/145 cm	10.50 M.	„	16,50
130/160 cm	11.25 M.	„	18,00
145/175 cm	13.50 M.	„	20,00

Teppich-Versandhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

• Weihnachts-Extra-Liste •

preiswerter Geschenke gratis u. franco.

Bis 8 Uhr abends geöffnet.

Dieser Hut, moderne Form, echt Filz, kostet **1.50 M.** 59742*

Special-Hut-Engros-Lager

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.

Grösste Auswahl

aussergewöhnlich billige Preise

Filzhüte für Herren neueste Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter 2,00, hochfeine Qualität M. 2,50, extrafeine 3,00, beste Qualität 4,50.

Cylinderhüte u. Chapeau claques

in grösster Auswahl!

Konkursmassen-Ausverkauf

Winterfeldtstrasse 7.

Nur noch wenige Tage! | Paletots, Joppen, Anzüge, Hosen für Herren und Knaben.

Schlafröcke, Mäntel,

sämtliche Arbeitssachen.

Die Gas- und Ladeneinrichtung ist zu verkaufen. Der Laden zu vermieten. 421.*

Neujahrs-Spitzen!

Klub-Pfeifen,

Jagd-, Turner-, Marsch-Pfeifen.

Feine Wiener

Meerschaum-Spitzen.

Spazierstöcke. Schachspiele, Damenbretter etc.

Scheunert & Wirth

Berlin O. 59722*
Blumenstr. 4/5. Laden.

Magazin

Sarg J. Schumacher,

Swinemünderstr. 120.

Uneigennützige u. pünktliche Erledigung aller Beerdigungsangelegenheiten.

Charlottenburg.

M. Schmerberg 58032*
Wilmersdorfer Strasse 127.
Uhrmacher und Goldarbeiter.

Grosses Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äusserst billigen Preisen.

Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

es sich wahrscheinlich um die Brandische Erbschaft gehandelt habe. Kaiser Wilhelm habe heftig mit dem Fuß aufgestampft und gesagt: Und wenn ich die Erbschaft mit Kanonen holen soll. — Ein Stationsassistent Scheffer will vor etwa 3 Jahren bei dem Wirkl. Geh. Rat Hellwig im Auswärtigen Amt gewesen sein. Dieser habe ihm wiederholt bestätigt, daß Geld aus der Erbschaft vorhanden sei. — Ein Zeuge Carl Stange in Stargard in Pommern will bei dem Genealogisten Pottkemper ein Schreiben gelesen haben, daß im Jahre 1868 aus der Brandischen Erbschaft mehrere Tonnen Goldes nach Quedlinburg gekommen seien.

Die Verlesung der Zeugenaussagen ist um 4½ Uhr beendet.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt überreicht den vom Angeklagten Brandt eingegangenen Brief zu den Akten.

Rechtsanwalt Simons verliest einen vom Angeklagten Bethke eingegangenen, gestern Nacht in Berlin N. aufgegebenen Brief, in welchem er erklärt, daß er sich zur Hauptverhandlung stellen würde, wenn die gegen König, Hofmeister, Becker und Frl. Semler u. a. eingeleiteten Verfahren beendet seien. Der Vertheidiger entnimmt diesem Briefe, daß der Angeklagte wohl annehme, daß ohne ihn nicht verhandelt werden könne und beantragt deshalb Aussetzung der Hauptverhandlung.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Vorsitzende setzt die nächste Sitzung, in welcher die Plaidoyers stattfinden sollen, auf Freitag 9½ Uhr an.

Aus Industrie und Handel.

Die Unterschlagungen bei der Darmstädter Bank wurden auch heute an der Börse lebhaft erörtert und dabei vielfach die Ansicht vertreten, daß das Kontrollsystem der Darmstädter Bank, daß dem Defraudanten eine jahrelange Verdeckung seiner Unterschlagungen gestattet habe, ein recht ungenügendes sein müsse. Thatsächlich ist völlig unverständlich, wie Neßler fortwährend Eintragungen in den Depotbüchern vornehmen konnte, ohne daß den betreffenden Beamten, denen die Führung dieser Bücher oblag, die Eintragungen auffielen. Es erscheint doch fast ausgeschlossen, daß sie nicht Argwohn geschöpft und an zuständiger Stelle Reklamationen erhoben haben. Oder aber war Neßler zugleich der Vorgesetzte jener Beamten, dem, weil er ein naher Verwandter von einem der Direktoren ist, außergewöhnliche Rechte eingeräumt wurden und bei dem man ein Hinausgehen über seine Befugnisse nicht so genau nahm?

Jedenfalls erweist sich die von der Direktion der Bank gegebene Darstellung über die mit der Unterschlagung von 700 000 M. verbundenen Bücherfälschungen als durchaus unzulänglich. Der Defraudant Neßler war als Depotverwalter und Effektenlassierer thätig. Zu seiner Kontrolle bestehen die Depotbücher, und zwar das sogenannte lebende und tote Depotbuch. In dem ersten werden die Depots nach den Namen der Besitzer, in dem zweiten nach den übergebenen Effekten gebucht. Zu diesen Kontrollbüchern soll Neßler nach den Angaben der Direktion sich nur dadurch Zugang verschafft haben, daß er morgens frühzeitig im Bureau erschien. Abgesehen davon, daß die Zeit am Morgen kaum ausgereicht haben dürfte, die fortgesetzten Fälschungen zu vollführen, beweist die Mitteilung, daß Neßler auch in den Depotverzeichnissen, die einhalbjährlich von der Bank an die Kundschaft versandt werden, Fälschungen vorgenommen haben muß. Wie wenig überzeugend die Darstellung der Direktion ist, vermag man an einzelnen Vorgängen, die sich täglich und stündlich in einem Betriebe wie der Darmstädter Bank abspielen, zu erkennen. Von den deponierten Effekten werden fast ständig Coupons und Dividendenscheine getrennt und den Kunden dafür Gutschriften gemacht. Diese Coupons-Gutschriften müssen ordnungsgemäß in der Höhe des dem Kunden gehörigen Effektenbestandes gemacht werden, da diesen andernfalls eine zu kleine Gutschrift auffallen würde. Die Regelung dieser Coupons-Gutschriften geschieht bei allen Banken in einem besonderen Bureau, der sogenannten Couponkasse. Vermochte Neßler wirklich, alle diese zur Verdeckung seiner Unterschlagungen notwendigen Buchungen und Fälschungen in den verschiedensten Bureaus und Büchern in einer halben Morgenstunde auszuführen?

Ferner werden doch ständig von den Kunden Effekten abgehoben und verkauft, wie konnten dann unbemerkt von Neßler die Eintragungen in den Depotbüchern vorgenommen werden, wenn sie ihm nur durch frühzeitiges Kommen zugängig waren? Außerdem ist noch das Bestandbuch vorhanden, in dem die Effektenbestände gebucht werden und das völlig unabhängig von der Depotverwaltung geführt werden soll. Hatte Neßler zu allen diesen Büchern keinen Zugang, so steht man vor einem Rätsel, wie er 700 000 M. in seiner Stellung unterschlagen konnte.

Daß die in jedem Monat fortlaufend stattgefundenen Revisionen der Revisions-Kommission und die Revisionen durch den Aufsichtsrat zu keiner Entdeckung der Unterschlagungen geführt haben, wird nach den Erfahrungen bei den letzten Bankbrüchen niemanden wundernehmen.

Die Unterschlagungen können nur dadurch möglich geworden sein, daß Neßler, wie Jellinek, die verschiedensten Funktionen in sich vereinigte und infolge seines durch „Pflichttreue" erlangten Einflusses zu allen Büchern jeder Zeit Zugang hatte. Dieser Zustand wurde in der Darmstädter Bank durch den außerordentlichen Mangel an Personal geradezu künstlich genährt. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Darmstädter Bank sich durch Einschränkung des notwendigsten Personals und durch Zahlung niedriger Gehälter an die Masse ihrer Angestellten auszeichnet. Zudem sind die Angestellten in ihrer Stellung von dem Urteil und der Gesinnung der Herren Bureauchefs völlig abhängig, dadurch wird unter ihnen jener Kadavergehorsam großgezogen, der einspruchslos jeden Wunsch und Willen der göttergleichen Bureauchefs hinnimmt, und der sich nicht gestattet, irgend eine Handlung der Gewaltigen zu kritisieren, geschweige denn dagegen Einspruch zu erheben. In noch nicht einer Woche hat die Darmstädter Bank zwei Unterschlagungen großer Summen zu verzeichnen. Wenn auch die Schuld an bestehenden Zuständen in dieser Bank von eingeweihten Kreisen vornehmlich dem vorherigen Direktor Kaempf, Stadtrat a. D., einem ebenso arbeitslustigen als sparsamen Herrn, zugesprochen wird, so wird sich die augenblickliche Leitung doch kaum damit entlasten können.

Amerikanischer Stahltrust. Um seine beherrschende Stellung auf dem amerikanischen Eisenmarkt zu befestigen, hat, wie aus New York berichtet wird, der Stahltrust die von ihm bisher am meisten gefürchtete Konkurrenzgesellschaft, die Union Steel Company, erworben. Ueber die Durchführung dieser Transaktion wird der „Vossischen Ztg." telegraphisch berichtet:

Die Erwerbung der Union Steel Company macht keinerlei Barzahlung seitens des Stahltrusts nötig. Erstere Gesellschaft beschafft sogar noch 10 000 000 Dollar für Vollendung ihrer Anlagen. Der Stahltrust garantiert eine Verzinsung der Stammaktien, sowie die Zinsen von 45 000 000 Dollar neuer Bonds der Union Steel, die lediglich den Wert des Besitztums letzterer Gesellschaft darstellen sollen. Vielfach wird die Ansicht geäußert, der Stahltrust ermutige durch jenen Kauf die Gründung weiterer Konkurrenzunternehmungen.

Das lothringisch-luxemburgische Roheisen-Syndikat hat, wie die „Köln. Ztg." meldet, in seiner gestern in Luxemburg abgehaltenen Hauptversammlung beschlossen, mit Rücksicht auf die trostlose Lage des Walzeisenmarktes den Walzwerken entgegen zu kommen und den Roheisenpreis für Puddel- und Stabeisen um 2,50 Fr. für die Tonne herabzusetzen, obwohl das Coaks-Syndikat keine Ermäßigung der Coakspreise hat eintreten lassen. Es stellt sich jetzt immer mehr heraus, daß die hohen Coakspreise für die Eisenindustrie verlustbringend wirken und verhindern, daß die Gesundung des Eisenmarktes bald eintritt.

„Helios". Innerhalb der gestern abgelaufenen Frist zur Aktienzeichnung für die Elektricitäts-Aktiengesellschaft „Helios"-Köln sind bereits 2500 Vorzugsaktien durch Zuzahlung gezeichnet. Der Gesellschaft fließen hierdurch Barmittel im Betrage von 2 500 000 M. zu. Die Erreichung der durch Beschluß der Generalversammlung vorgesehenen Mindestziffern von 3 Millionen darf nunmehr als gesichert betrachtet werden. Der Aufsichtsrat setzte, gemäß der ihm durch Beschluß der Generalversammlung gemachten Auflage eine Nachfrist bis zum 29. Dezember d. J. fest. Innerhalb dieser neuen Frist können sowohl auf die bisher lediglich zur Zusammenlegung ohne Zuzahlung eingereichten Aktien, als auch auf diejenigen alten Aktien, welche überhaupt noch nicht eingereicht worden sind, Zuzahlungen geleistet werden.

Zur Börsengesetz-Reform. Die vor einigen Tagen an dieser Stelle vertretene Auffassung, daß der Sieg der Zollmehrheit und das dadurch zwischen dieser und der Regierung geschaffene Verhältnis einer baldigen Reform des Börsengesetzes keineswegs günstig ist, wird durch die Auslassungen der zollwucherischen Presse zu der Meldung der „Berliner Polit. Nachrichten" nach jeder Richtung bestätigt. So schreibt z. B. die „Konserv. Korrespondenz":

„Der Reichstag hat Material genug vor sich, um nebst dem Etat bis Ostern reichlich beschäftigt zu sein. Kündigen also die „Berliner Politischen Nachrichten" die Einbringung einer Börsengesetz-Novelle noch in dieser Session an, so können wir daran nicht glauben. Es wäre ein schwerer politischer und taktischer Fehler, einen so umstrittenen und an Schwierigkeiten und Differenzen reichen Gegenstand in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit zur parlamentarischen Erörterung bringen zu wollen. Allenfalls könnte man damit erreichen, daß der Börsengesetz-Novelle in einer Kommission ein stilles Begräbnis bereitet würde; denn daß das Plenum überhaupt dazu kommen könnte, diese schwierige Materie zu verabschieden, ist keinesfalls anzunehmen. Die Sache eilt ja doch wohl auch nicht gar so gewaltig. Die Börsenvertreter im Reichstage von Barth bis Zubeil haben alles daran gesetzt, die Zeit des Parlaments zu vergeuden; wäre ihnen die Revision des Börsengesetzes dringend erschienen, so hätten sie doch wohl nicht so unsinnig mit der Zeit gewirtschaftet. Es wird aber auch darauf Bedacht genommen werden müssen, daß der Reichstag früh genug geschlossen bezw. aufgelöst wird, um die Neuwahlen für spätestens Anfang Juni anzuordnen.

Lokales.

Stadtverordneten-Versammlung und Straßenhandel.

Der Plan, den Straßenhandel in Berlin kräftig einzuschränken oder am liebsten völlig zu beseitigen, ist, wie bekannt, von den Hausbesitzern im Hinblick auf ihre leer stehenden Läden angeregt worden und wird von einer Gruppe der allerdings auch schwer genug um ihre Existenz kämpfenden Kleinen unter den seßhaften Handeltreibenden in ihrer Kurzsichtigkeit als ein letztes Rettungsmittel betrachtet. Dieser Plan soll jetzt von der Polizei im Wege einer sogenannten „Regelung" des Straßenhandels ausgeführt werden, aber in der Stadtverordneten-Versammlung, die vom Magistrat um eine „gutachtliche Aeußerung" hierüber ersucht worden ist, haben die Absichten des Polizeipräsidiums erfreulicherweise keine Mehrheit gefunden. Zwar wird dadurch der Erlaß der gegen die Straßenhändler gerichteten Polizeiverordnung voraussichtlich weder verhindert noch auch nur aufgehalten werden. Selbst eine Milderung ihrer Bestimmungen ist schwerlich davon zu erwarten. Die Polizei ist die letzte, die sich von einem „Gutachten" der Stadtverordneten-Versammlung — denn eine entscheidende Beschlußfassung steht in der Straßenhandel-Frage weder den Stadtverordneten noch dem Magistrat zu — imponieren ließe. Was kommen soll, wird kommen trotz aller Proteste; aber es ist gut, daß die Stadtverordneten-Versammlung — und hoffentlich auch der Magistrat, der sich vorläufig noch nicht geäußert hat — die Verantwortung für die geplante Erdrosselung des Straßenhandels nicht mit übernehmen will. Der Ausschuß, dem vor vier Wochen die Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen worden war, erstattete in der gestrigen Sitzung den Bericht über seine Verhandlungen durch den Stadtverordneten Ullstein (Neue Linke). Namens des Ausschusses empfahl Herr Ullstein der Versammlung, sich bedingungslos gegen die Polizeiverordnung zu erklären. Der Standpunkt desjenigen Teiles der Versammlung, der den Polizeikampf gegen den Straßenhandel unbedenklich mitzumachen bereit ist, kam zum Ausdruck in einem Antrag Wallach, während zwei andre Anträge (Haberland und Bütow) zu vermitteln suchten. Die Debatte begann ziemlich uninteressant. Erst als der Stadtv. Gemeinhardt das Wort ergriff, kamen die zahlreichen Tribünenbesucher auf ihre Kosten. Herr Gemeinhardt, ein Innungsführer, der unter der Flagge der „Neuen Linken" segelt, produzierte sich wieder, wie vor vier Wochen, als Verteidiger und Befürworter des von der Polizei beabsichtigten Vorgehens gegen den Straßenhandel. Von den Schandthaten der Straßenhändler erzählte er tolle Räubergeschichten, die auf den Bänken der socialdemokratischen Stadtverordneten eine Lachsalve nach der andern entfesselten und auch bei manchem seiner Fraktionskollegen ein bedenkliches Kopfschütteln bewirkten. Von socialdemokratischer Seite wurde durch unsern Genossen Singer uneingeschränkte Verwerfung der Polizeiverordnung gefordert, für die die Stadtverordneten-Versammlung keine Mitverantwortung übernehmen dürfe. In klarer, scharfer Beweisführung, die vor allem die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hervorhob, wurde diese Forderung begründet. Singer nahm sich dann besonders Herrn Gemeinhardt vor und zeigte, daß der Standpunkt dieses Herrn gerade gegen das liberale Princip, in die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen nicht einzugreifen, verstößt. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte auch Herr Caffel (Alte Linke), daß er sich nicht mitschuldig machen wolle an dem Zustandekommen der Polizei-Verordnung, und zum Schluß machte Herr Max Schulz (Neue Linke) den Versuch, seinen Fraktionskollegen Gemeinhardt recht unsanft abzuschütteln. Die Abstimmung ergab nach 2½stündiger Debatte die Annahme des sich gegen die Polizeiverordnung aussprechenden Ausschußantrages mit 84 Stimmen gegen 39. Nun wird sich der Magistrat dem Polizeipräsidium gegenüber zu erklären haben, wie er sich zu dem Erdrosselungsplan stellt.

Obdach und Wohnungsnot.

Die jährlichen Rechenschaftsberichte der Verwaltung des städtischen Obdachs dürfen unter den gegenwärtigen Verhältnissen — angesichts der noch lange nicht beseitigten Wohnungsknappheit, sowie des nicht ab-, sondern zunehmenden Arbeitsmangels — ein besonderes Interesse beanspruchen. Der neueste Bericht, der soeben erschienen ist, behandelt das Rechnungsjahr vom 1. April 1901 bis zum 31. März 1902. Ueber die Familien-Abteilung des Obdachs wird darin ausgeführt, hier sei die Frequenz seit dem Jahre 1900 erfreulicherweise bedeutend zurückgegangen, wenn sie auch im Vergleich zu früheren Jahren immer noch als hoch zu bezeichnen sei. Diese Abteilung habe im vorletzten Jahre 216 137 Verpflegungstage geleistet, im letzten dagegen nur noch 154 700.

Die tägliche Durchschnittsfrequenz der Familien-Abteilung ist hiernach von 592 Köpfen auf 424 gesunken. Da die im Jahre 1900 beobachtete, rasche und gewaltige Frequenzsteigerung durch die außerordentliche Steigerung der Wohnungsnot hervorgerufen worden war, so wird mancher auf den ersten Blick geneigt sein, aus dem im Obdach inzwischen wieder eingetretenen Frequenzrückgang den Schluß zu ziehen, daß von einer Wohnungsknappheit und Wohnungsteuerung in Berlin heute schon nicht mehr die Rede sein könne. Die hausbesitzerfreundliche Presse hat ja, die vom Rathause aus versandten Animiernotizen begierig aufgreifend, ihren Lesern diese Schlußfolgerung bereits nahe gelegt. Bei näherer Betrachtung gewinnt man indes den Eindruck, daß der Rückgang der Obdachfrequenz leider weniger einer Milderung der Wohnungsnot als gewissen Ursachen ganz andrer Art zugeschrieben werden muß.

Die Zahl der geleisteten Verpflegungstage hat sich verringert, aber die Zahl der aufgenommenen Personen hat, obwohl sie schon von 1899/00 zu 1900/01 um 50 Proz. gestiegen war, im Jahre 1901/02 noch eine weitere, wenn auch weniger bedeutende Steigerung erfahren. Im Jahre 1900/01 waren 1847 Familien mit 6835 Köpfen und außerdem 2161 Einzelpersonen, also im ganzen 8996 Personen aufgenommen worden, im Jahre 1901/02 wurden 2202 Familien mit 8143 Köpfen und außerdem 2175 Einzelpersonen, also im ganzen 10 318 Personen aufgenommen. Wenn trotz dieser Vermehrung der Aufnahmen, auf die übrigens der Bericht der Obdachverwaltung mit keinem Wort hinweist, eine Verminderung der Durchschnittsfrequenz eintreten konnte, so wird man nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die Verwaltung es im letzten Jahre verstanden hat, die Dauer des Aufenthalts der Obdachlosen in der Anstalt abzukürzen.

So ist es in der That, und zwar ist das durch zwei verschiedene Mittel erreicht worden. Das eine, das unsre volle Billigung hat, bestand darin, daß die Mietsunterstützungen, durch die man den Obdachlosen die Beschaffung einer neuen Wohnung zu erleichtern sucht, bereitwilliger und reichlicher als sonst gezahlt wurden. Im vorletzten Jahre wurden hierfür in 2384 Fällen 25 704 M. ausgegeben, im letzten Jahre in 2983 Fällen 35 361 M. Ueber das andre Mittel haben wir bereits im vorigen Jahre unsre schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Unsren Lesern wird noch in frischer Erinnerung sein, daß damals rücksichtslos gegen die Obdachlosen vorgegangen wurde, um die Anstalt möglichst zu leeren, daß Mütter mit ihren Säuglingen von wenigen Monaten, ja von wenigen Wochen in den kalten, regnerischen Herbstmorgen hinausgewiesen wurden und den Tag über auf der Straße zubringen mußten. Auch die Vertuschungsversuche, zu denen sich damals die bürgerliche Presse hergab, und die Hetze, die gegen den „Vorwärts" inscenisert wurde, dürfte noch nicht vergessen sein.

Wir fürchten, daß dieses zweite Mittel noch mehr als das erste zur Verringerung der Durchschnittsfrequenz beigetragen hat. Aus diesem Grunde erscheint uns, offen gestanden, der Frequenzrückgang viel weniger „erfreulich" als der Obdachverwaltung. Wie man sieht, ist es trotz Anwendung eines solchen Mittels nicht einmal sofort gelungen, den Andrang zum Obdach einzudämmen. Die Aufnahmen haben sich im letzten Jahr noch vermehrt — ein Beweis, daß die Wahnungsnot keineswegs eine so rasch vorübergehende Erscheinung war, wie von den Hausbesitzern und ihrem Anhang behauptet wurde.

Noch etwas von der Steuereinziehung.

Mahnung und Zwangsvollstreckung sind die Mittel, die der städtischen Steuerkasse zur Verfügung stehen, wenn sie die unbezahlt gebliebenen Steuerreste eintreiben will. Beide Mittel sind im letzten Jahre häufiger als sonst angewendet worden — beide haben im letzten Jahre geringeren Erfolg als sonst gehabt. Das ist ein weiteres Zeichen des wirtschaftlichen Druckes, der auf der Bevölkerung lastet.

Von 1900/01 zu 1901/02 stieg die Zahl der vierteljährlichen Steuerposten von 2 951 415 auf 2 994 146, die Zahl der notwendig gewordenen Mahnungen von 474 723 auf 526 891. Auf je 100 Steuerposten kamen im Steuerjahre 1900/01 rund 16 Mahnungen, dagegen im Steuerjahre 1901/02 etwa 18 Mahnungen. Nach erfolgter Mahnung bezahlt wurden im vorletzten Jahre 293588 Steuerposten, im letzten 309 817. Die Zahl der nach der Mahnung bezahlten Posten zeigt also an sich noch eine Zunahme. Im Verhältnis zur Zahl der Mahnungen aber ist sie zurückgegangen. Denn auf je 100 Mahnungen wurden 1900/01 noch rund 62 Zahlungen geleistet, 1901/02 aber nur rund 59. Die nach Ablauf der Mahnfrist eingeleitete Zwangsvollstreckung fiel im vorletzten Jahre bei 166 439 Steuerposten, im letzten bei 200 732 fruchtlos aus. Das bedeutet eine Zunahme der erfolglosen Vollstreckungen von 35 pro 100 Mahnungen auf 38. Wo nichts ist, hat der Steuerheber sein Recht verloren.

Die aus den obigen Zahlen ersichtliche Verschlechterung des Ergebnisses der Steuereinziehung fällt um so schwerer ins Gewicht, da bereits von 1899/00 zu 1900/01 eine Vermehrung der Mahnungen, eine Verminderung der Zahlungen nach erfolgter Mahnung und eine Zunahme der fruchtlosen Zwangsvollstreckungen eingetreten war. Warten wir ab, wie das laufende Steuerjahr 1902/03 abschließen wird.

Die Entwicklung des Straßenbahnverkehrs schildert eine von der Direktion der „Großen Berliner" herausgegebene Denkschrift: Zu Beginn des Jahres 1871, als die Gesellschaft ihre Konzession erhielt, dienten der Personenbeförderung 132 Omnibusse, 286 Droschken erster Klasse, 3424 Droschken zweiter Klasse, 18 Pferdebahnwagen der Linie Kupfergraben—Charlottenburg und 306 Thorwagen. Für den inneren Stadtverkehr waren die Omnibusse vorhanden, die 1846 in Berlin eingeführt waren; ihrer befanden sich 1871 im ganzen 132 auf 22 Linien im Betrieb. Am 8. Juli 1873 wurde die erste Linie Rosenthaler Thor—Badstraße mit 44 Wagen und 137 Pferden eröffnet. Von dem Wachstum der „Großen Berliner" geben folgende Zahlen eine Vorstellung. Ende 1873 wurden 780 782 Fahrgäste gezählt, im Jahre 1875 schon 15½ Millionen, 1880 47 Millionen, 1890 135 Millionen, 1900 236 Millionen und 1901 282 Millionen. Die Gesamteinnahmen, die 1873 120 000 M. betrugen, erhöhten sich 1875 auf 2,1, 1880 auf 6,1, 1890 auf 15,8, 1900 auf 24,9 und 1901 auf 27 Millionen Mark. Das Bahnnetz, das Ende 1873 eine Länge von 12,24 Kilometer hatte, ist bis 1902 auf 481,76 Kilometer gewachsen. 141 Pferde hatte die Gesellschaft Ende 1873; die Anzahl der Pferde ist darauf in schneller Folge gestiegen, bis sie im Jahre 1897 mit 7328 Pferden ihren Höhepunkt erreichte. Bei der fortschreitenden Einführung des elektrischen Betriebes ging dann die Zahl der Pferde in kurzem Zeitraum bis auf 130 im Jahre 1902 herunter, die für Arbeitszwecke beibehalten sind.

Bemerkt sei, daß die Gesellschaft bereits im Jahre 1880 den Versuch machte, das Pferd durch motorische Kraft zu ersetzen; auf der Linie Schönhauser Thor—Pankow wurde ein Dampfbetrieb mit 7 Lokomotiven errichtet, die aber nach einer dreiwöchigen Dauer wieder außer Dienst gestellt wurden. Bekannt ist, wie langsam die Gesellschaft sich zur Einführung des elektrischen Betriebes entschloß; daß dieser von Jahr zu Jahr größere Vorteile bietet, lehrt eine Mitteilung, wonach namentlich infolge besserer Schulung des Fahrpersonals der Stromverbrauch für den Rechnungswagenkilometer von 779 Wattstunden im Jahre 1900 auf 674 Wattstunden im Jahre 1902 heruntergegangen ist.

Es ist erwähnenswert, daß das Personal, dessen Kopfzahl 1873 137 betrug, 1880 auf 2018, 1890 auf 3504 und in diesem Jahre auf 7702 gestiegen ist; seit 1894, wo die Zahl der Angestellten 3855 betrug, hat diese sich etwa verdoppelt. Bemerkt sei, daß in der umfangreichen Denkschrift des Streiks von 1900 in keiner Weise gedacht wird, dagegen wird darin von dem sogenannten Ascher-Verein gesagt, daß er im Juli des verhängnisvollen Jahres unter Billigung und Unterstützung der Verwaltung ins Leben gerufen worden ist. Trotzdem die Gesellschaft diesen Verein zu ihrem Vorteile verhältnismäßig reichlich unterstützt, ist die Zahl der Angestellten, welche dem Verband der Handels- und Transportarbeiter angehören, sehr beträchtlich. Die intelligenteren Schaffner und Fahrer vergessen eben nicht, daß sie nur dem tapferen Eintreten dieser Gewerkschaftsorganisation es zu danken haben, wenn sie heute besser behandelt werden, als vor dem Generalausstand.

Die Kunstprämien, welche die **Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69,** den Abonnenten des Blattes darbietet, finden ihres künstlerischen Werkes wegen steigende Beachtung. Es sind dies bekanntlich die drei Kunstblätter in Kupferradierung auf Chinapapier: **Marx, Engels** und **Lassalle** (letzteres Bild als Mittelstück, Kniefigur nach der New Yorker Original-Photographie). Diese drei Blätter in Größe von 65/85 Centimeter offeriert die Buchhandlung den

Abonnenten des „Vorwärts“ zum Preise von zusammen **7 M. 50 Pf.** statt früher 9 M. An diejenigen Abonnenten, die früher schon die Bilder von Marx und Engels bezogen haben, wird das Lassalle-Bild zum Preise von 2,50 M. abgegeben. Als weitere Weihnachtsprämien giebt die Buchhandlung Vorwärts die bekannte Kupfergravüre von Delacroix **„Die Freiheit führt das Volk“** zum Preise von 5 M. (statt früher 6 M.) ab, ferner die von Karpeles besorgte Ausgabe von **Heines poetischen und dramatischen Werken** zum Preise von nur 2 M.

Außerdem hält die Buchhandlung Vorwärts bekanntlich ein reiches Sortimentslager von **Jugendschriften, Klassikern** und naturwissenschaftlichen wie geschichtlichen Werken, wobei selbstverständlich speciell auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht Bedacht genommen worden ist. Ebenso ist die **Parteilitteratur** auf das reichhaltigste vertreten.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, ist heute und morgen abend bis **9 Uhr**, an den andren Wochentagen der Weihnachtszeit bis 8 Uhr geöffnet. Sonntags bleibt die Buchhandlung geschlossen.

Die Gewerbedeputation des Magistrats stellte gestern in nahezu vierstündiger Abendsitzung den neuen Etat fest. Derselbe schließt mit einer Gesamtausgabe von 612 806 Mark ab, so daß unter Berücksichtigung einer Mehreinnahme von 4565 M. die Mehrausgabe 608 241 M. beträgt. Im letzten Etatsjahre wurden für gewerbliche Zwecke insgesamt 546 750 M. verausgabt, woraus sich ein Mehr von 61 000 M. ergiebt. Es rechtfertigt sich dies aus der geplanten Erweiterung verschiedener Lehrkurse und der dadurch erforderlich werdenden Einstellung neuer Lehrkräfte; namentlich hat sich bei den gewerblichen Fachschulen infolge der größeren Frequenz derselben das Bedürfnis nach einer Vermehrung der Lehrkräfte bereits recht fühlbar gemacht. Hinzu kommt, daß vielfach seitens der Dirigenten und Lehrer begründete Anträge auf Erhöhung ihrer Einkommen gestellt worden sind. Die Anteile der Stadtgemeinde an den Ausgaben, welche gemeinsam vom Staate und der Kommune aufzubringen sind, betragen rund 34 000 M. bezw. 33 000 M. Für die Fachschulen sind im ganzen 268 631 M., für die beiden Handwerkerschulen 134 191 M. bezw. 132 962 M. ausgeworfen worden. Die neue Fachschule für Elektrotechnik soll noch mit 5 384 M. auszukommen suchen.

Die städtische Markthalle XII auf dem Gesundbrunnen, die schon seit vielen Jahren ein Schmerzenskind der städtischen Verwaltung bildete und 1895 wegen Mangels an Verkäufern und Kunden geschlossen werden mußte, soll wieder ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben werden. Der Gesundbrunnen hat in den letzten Jahren eine bedeutende Bevölkerungszunahme erfahren und besonders stark war auch die Bauthätigkeit in den an die Stadtringbahn unmittelbar angrenzenden Stadtteilen, jedoch fehlte es zwischen diesen und dem Gesundbrunnen bisher an genügenden Verbindungen. Durch den Bau der Brücke über die Ringbahn im Zuge der Swinemünder- und Bellermannstraße wird jedoch eine solche geschaffen, die auch den Verkehr nach der Markthalle wesentlich erleichtern wird, und aus diesen Erwägungen heraus beabsichtigt das Markthallen-Kuratorium, sofort nach Fertigstellung der Brücke die Halle XII wieder zur Eröffnung gelangen zu lassen. Man hofft, die Halle mit einem verhältnismäßig kleinen jährlichen Zuschuß in Betrieb erhalten zu können.

Unfugstifter. Die Gerichte gehen gegen die Personen, die unbefugterweise die öffentlichen Feuermelder ziehen, mit der größten Strenge vor. Ein Bildhauer Wuttich, der dabei abgefaßt wurde, als er den Feuermelder am Kottbuser Thor böswilliger Weise in Thätigkeit setzte, erhielt wegen Sachbeschädigung drei Monate Gefängnis.

Weihnachts-Sonderzüge nach Köln, Hamburg, Schlesien und Posen. Zahlreiche Sonderzüge zur Bewältigung des vermehrten Personenverkehrs während des diesjährigen Weihnachtsfestes hat die Eisenbahnverwaltung vorgesehen. Sie beginnen auf sämtlichen Strecken mit dem nächsten Sonnabend, den 20. Dezember. Von Berlin (Stadtbahn) nach Köln sind insgesamt sechs Sonder-Schnellzüge vorgesehen, die an den verschiedenen Tagen bis zum 2. Januar verkehren. Außerdem gehen vom Lehrter Bahnhof drei Personenzüge nach Hannover und Köln, in der Zeit vom 20.—24. Dezember. Die Schnellzüge gehen ab Schlesischer Bahnhof abends 9,32 und 9,46, morgens 7,10, 7,24, 11,23 und 11,36. Die Personenzüge gehen vom Lehrter Bahnhof 4,20 und 6,40 nach Köln, 2,10 nach Hannover. Vom Lehrter Bahnhof nach Hamburg und Altona geht am 21. Dezember ein Zug 9,11, am 22. Dezember 9,10 und 1,03, am 23. Dezember 8,48, 9,11, 1,03 und 6,17, am 24. Dezember 8,48, 9,11 und 1,03, am 25. Dezember 9,11, am 1. Januar 1,03 und am 2. Januar 9,11 und 1,03. Im Bezirk der Eisenbahn-Direktion Berlin werden zur Bewältigung des Weihnachts- und Neujahrverkehrs nach Schlesien und Posen vom 20. Dezember bis 7. Januar Sonderzüge nach Posen, Breslau und Kattowitz abgelassen. Sie gehen zum Teil über die Stadtbahn, zum Teil vom Schlesischen Bahnhof aus. Die Züge bilden Vor- oder Nachzüge zu fahrplanmäßigen Zügen und halten auf allen Stationen, auf denen die betreffenden Hauptzüge Aufenthalt haben. Es sind insgesamt sechs solcher Züge, die zum Teil täglich, zum Teil an den Hauptverkehrstagen abgelassen werden.

Zum Raubmord in der Rosenthalerstraße. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß Frau Budwig von ihrem Neffen, dem am 1. Dezember 1875 zu Konin geborenen Kellner Adolf Leschynsky, ermordet und beraubt worden ist. Der Mörder, von dem man noch nicht weiß, wohin er sich nach der That gewandt hat, ist mittelgroß, hat schwarzes krauses Haar, dunkle Augen, eine gebogene Nase und ein glatt rasiertes Gesicht. An der Stirn hat er eine Kratzwunde. Er spricht russisch, polnisch und deutsch. L. war aus London nach Berlin gekommen, um von hier nach Paris zu fahren. Er trug einen schwarzen steifen Filzhut, einen dunkelgrauen Sommerüberzieher, ebensolche Hose und Weste, ein schwarzes Jackett und Knöpfstiefel. Den Mord verübte er mit einer 26 Centimeter langen Schraube, die im Durchmesser 3 Centimeter hält. Die Schraube ist aus einem Schraubstock herausgenommen; es war noch Schmiere daran, die der Mörder in der Wohnung der Ermordeten mit einem Lappen abwischte.

Leschynsky war seit Freitag voriger Woche in Berlin und wohnte bei dem jüdischen Herbergsvater Jacobsohn in der Linienstr. 21. Hier stahl er einem gewissen Jaffe den Militärpaß, der später in der Wohnung der Ermordeten in geronnenem Blut gefunden wurde. Einen Zimmermann Schulz, mit dem er von Jacobsohn wegging, und den er anpumpte mit dem Versprechen, das Geld zurückgeben zu wollen, sobald er von einer hier lebenden Tante etwas erhalten habe, fragte er unterwegs, wo er wohl einen Hammer bekomme. Als ihn Schulz verwundert fragte, was er denn als Kellner mit einem Hammer wolle, brach er rasch ab und sprach von etwas andern. Nachdem er sich irgendwo die Schraube verschafft hatte, besuchte er seine Tante als Cousin Abraham Weber. Das konnte er ruhig thun, da die Tante ihn nie vorher gesehen hatte und er alle Familienverhältnisse genau kannte. Frau Budwig war auf seinen Besuch zum Sonntag vorbereitet; sie nahm daher morgens auch mehr Milch und Backwerk. Während sie abends einen Brief schrieb, überfiel der Mörder sie und schlug sie nieder. Der Brief ist gerichtet an eine Nichte. Er lautet: „Teure Nichte Regina! Dein Brief durch Anastasius wurde mir zugeschickt und bedaure Deine schreckliche Lage. Heute habe ich das Glück, Deinen Cousin bei mir als Gast zu haben, und der Abraham Weber kennt Dich auch und läßt Dich grüßen.“ Hier hört das Schreiben mit einem Fleck auf. Auf der Fensterbank fand Kriminalinspektor Braun die von der Hand der Frau Budwig auf einen Zettel geschriebene Adresse: „Herrn Abraham Weber, Linienstr. 21, Jacobsohn“. Inspektor Braun forschte nun in der Herberge nach und erfuhr, daß Abraham Weber dort nicht wohne oder gewohnt habe. Auf seine Frage, ob er die Frau Budwig vielleicht gekannt habe, teilte ihm Jacobsohn dagegen mit, daß ein Verwandter der ihm bekannten Frau, ein Kellner Leszczynsky bei ihm gewohnt habe. Der sei aber nach Paris gereist. So kam man auf die Spur des Mörders. Die falsche Adresse hatte er angegeben, um die Verfolger irrezuführen.

Der Mörder Adolf Leschynsky befand sich seit dem 1. d. M. in Berlin. Dem Herbergsvater erzählte er, daß er von Paris komme, nachdem er in Ostende als Kellner beschäftigt gewesen sei, andren sagte er dagegen, er komme aus London, um nach Paris zu fahren. Wahrscheinlich ist Leschynsky schon mit der Absicht hierher gekommen, seine Tante zu ermorden und zu berauben. Seine erste Frage an Frau Jacobsohn war die nach ihrer Adresse. Als die Wirtin sie ihm nicht mitteilen konnte, ging er weg und kehrte dann mit dem Bemerken zurück, er habe sie in der Wohnung ermittelt, die sie schon lange innehabe. Den Militärpaß Jaffes hat der Mörder offenbar gestohlen, um einen Ausweis zu haben; er entfiel aber unbemerkt seiner Tasche, als er das Blut wegwischte. Die Schraube, mit der der tötliche Schlag geführt wurde, fand man unter der Leiche. Um den Mörder zu fassen, hat die Kriminalpolizei seine Beschreibung sämtlichen Häfen-, Grenz- und Inlandsbehörden aller in Betracht kommenden Länder mitgeteilt, bis gestern abend war jedoch noch keine Spur gefunden. Die Kratzwunden, die der Mörder an der Stirne hat, stehen mit dem Morde in keinem Zusammenhang. Sie rühren von einem Streit her, den Leschynsky mit einem gewissen Cohn in der Herberge hatte.

Das Schicksal der Schönholzer Haide besiegelt. Alle Bemühungen, die Schönholzer Haide dem Norden Berlins dauernd zu erhalten, sind vergeblich gewesen. Nachdem, wie gestern von uns berichtet, ein bereits abgeholzter Streifen des Waldes der Gemeinde Pankow zur Anlage eines Kirchhofes verkauft worden ist, ist den interessierten Gemeinden jetzt ein Bebauungsplan für drei Viertel des Forstgebietes zugegangen. Der Plan ist erst vor wenigen Tagen im Einverständnis mit dem Forstministerium aufgestellt worden. Er zieht die bauliche Erschließung des schönsten Teiles der Haide vor, nämlich des Gebietes von Pankow bis zur Schönholzer Grenze. Was an Baumbestand nach Wilhelmsruh und Reinickendorf hin bestehen bleibt, ist wenig wert und wird sicherlich in absehbarer Zeit ebenfalls der Art zum Opfer fallen. Nachdem der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vor etwa zwei Monaten die Verhandlungen mit einem Konsortium wegen des Verkaufs des ganzen Waldes abgebrochen hatte und schon ins Auge gefaßt war, einen Teil des Waldes zu fiskalischen Zwecken zu verwenden, ist man von der plötzlichen Wendung der Dinge in den beteiligten Kreisen sehr überrascht. Die Abholzung des Waldes soll am neuen Bahnhof Schönholz beginnen, von wo aus eine große Straße nach Pankow geführt werden soll. Außerdem sind eine Reihe von Querstraßen nach Nieder-Schönhausen und die Anlage zweier großen Schmuckplätze vorgesehen.

Das Warenhaus Tietz sendet uns folgende Zuschrift: Unter Bezugnahme auf die Notiz „Unterschlagungen im Warenhause“ ersuchen wir um gefl. Berichtigung, daß die vorgekommenen Unterschlagungen im ganzen ca. 1000 M. betragen, wovon 500 M. auf Diebstähle in früheren Stellungen der Beteiligten entfallen; ferner, daß auch nur einige Verhaftungen vorgekommen sind, und vor allen Dingen, daß der betreffende Rayon-Chef in keiner Weise beteiligt ist.

Unanwendbarkeit einer Bestimmung der Berliner Milchverordnung. Die vom Berliner Polizeipräsidenten am 23. August 1898 erlassene Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Kuhmilch, schreibt vor, daß Milchgefäße der Milchhändler nach 9 Uhr vormittags unter allen Umständen und vor 9 Uhr vormittags möglichst fest geschlossen gehalten werden müssen. Diese letzte Vorschrift sollte der Milchhändler Brettschneider in Berlin dadurch übertreten haben, daß er um 8 Uhr früh ein Milchgefäß nicht fest geschlossen hielt. Schöffengericht und Landgericht I verurteilten den Beschuldigten zu einer Geldstrafe. Das Landgericht ging davon aus, daß die Worte: „möglichst geschlossen zu halten“ heißen sollten, die Gefäße seien auch vor 9 Uhr morgens geschlossen zu halten, wenn nicht besondere Umstände dies unmöglich machten. Solche Umstände hätten hier nicht vorgelegen, B. sei darum zu bestrafen. — Auf seine Revision wurde B. jedoch vom Strafsenat des Kammergerichts freigesprochen. Der Präsident führte begründend aus: Wenn die Verordnung vorschreibe, vor 9 Uhr früh seien die Milchgefäße „möglichst“ geschlossen zu halten, so könne eine Bestrafung daraufhin nicht begründet werden, denn diese Vorschrift sei dazu viel zu unbestimmt. Die Bestimmung sage „möglichst“; damit könne aber nur gemeint sein, es werde den Leuten empfohlen, anheimgegeben, auch vor 9 Uhr morgens die Gefäße geschlossen zu halten. Das genüge nicht, um eine Bestrafung zu ermöglichen, wenn jemand die Gefäße nicht vor 9 Uhr geschlossen halte. Die Verordnung sei also insoweit unanwendbar, und Angeklagter müsse freigesprochen werden, da der Zwang zum Geschlossenhalten der Milchgefäße erst um 9 Uhr vormittags eintrete.

Das Carl Weiß-Theater begeht am 25. Dezember die Feier seines 25jährigen Bestehens. Am ersten Weihnachts-Feiertage 1877 wurde das frühere Ostend-, jetzige Carl Weiß-Theater unter der Direktion Dr. Grünfeld eröffnet. Herr Direktor Carl Weiß will dies Jubiläum durch Aufführung eines dieser Bühne würdigen Stückes begehen. Bei festlich beleuchtetem Hause gelangt das große romantische Ausstattungsstück in 9 Bildern „Die letzten Tage der Antillen“ zur ersten Aufführung. Eingeleitet wird die Vorstellung durch einen Festprolog, welcher auf die Geschichte des Theaters Bezug nimmt und vom Direktor Carl Weiß selbst gesprochen wird.

Der Vortragscyklus des Vereins „Berliner Presse“ beginnt am Donnerstag, den 8. Januar. Georg Reicke wird am ersten Abend eine Reihe eigner Dichtungen vorlesen. Es werden im ganzen fünf Vortragsabende im großen Saale des Architektenhauses stattfinden. Unter den Vortragenden nennen wir noch: Max Schillings, den Komponisten des „Pfeifertag“, Börries Freiherr v. Münchhausen, Rudolf Presber, Johannes Trojan, Jacob Wassermann, Thomas Mann, Frau Anna Behnisch-Kappstein, Frau Ida Boy-Ed, Fräulein delle Grazie. Der Kartenverkauf beginnt am Montag nach Weihnachten.

Feuerbericht. Während in den vorhergegangenen Tagen eine Verringerung der Brände eingetragen war, hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden wieder über ein Dutzend Alarmierungen zu verzeichnen. In der Nacht zum Donnerstag wurde sie nach der Eisenbahnstr. 5 gerufen, wo auf nicht ermittelte Weise in einer Schraubenfabrik Feuer ausgekommen war, dessen Ablöschung indes bald erfolgen konnte. Auch in der Schillingstr. 12/14 war gegen 10 Uhr ein Fabrikbrand entstanden. Hier konnte die Gefahr aber auch bald beseitigt werden. Zur selben Zeit mußte in der Frobenstr. 23 ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Ein ähnlicher Brand beschäftigte die Wehr nachmittags in der Schmidstr. 30 längere Zeit. Gardinen, Kleidungsstücke und Möbel gingen abends 9 Uhr in der Großen Frankfurterstr. 77 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Schwedterstr. 236 Wäschestücke durch Feuer beschädigt wurden. Nach Karlsbad 5 wurde die dritte Compagnie gerufen, weil hier durch Ueberkochen von Bohnermasse ein Brand ausgekommen war. Gerümpel und Verpackungsmaterial war am Alexanderplatz 2 in einem Keller in Brand geraten, der aber noch im Keime erstickt werden konnte. Ein Kellerbrand mußte nachts in der Kaiserstr. 25 beseitigt werden. Alter Hausrat und Kisten wurden hier zerstört. Alarmierungen, die außerdem in der Zwischenzeit noch nach der Königsbergerstr. 26/27, der Münchebergerstr. 15 und nach verschiedenen andren Orten erfolgten, waren durchweg auf geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung vom Mittwoch, die letzte in diesem Jahre und zugleich auch die letzte im alten Heim, wies wieder eine überaus reichhaltige Tagesordnung auf. Nach Erledigung einiger **Rechnungssachen und Petitionen** wurde beschlossen, den Magistrat zu ermächtigen, einem unter der Leitung der Deutschen Bank stehenden Konsortium auf Grund seines Angebots vom 13. d. M. betreffend die Uebernahme der I. Abteilung der 1902er Charlottenburger Stadtanleihe im Betrage von 12 Millionen Mark zum Kurse von 99,82 M. nominell den Zuschlag zu erteilen. — Zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Mehrheitsparteien und dem Magistrat führte ein Antrag Rosenberg und Genossen über die Zuständigkeit der Armendirektion. Der Mehrheit ist das fortgesetzte Anwachsen des Armenetats schon längst unangenehm; aber anstatt vorbeugend zu wirken und durch eine vernünftige Socialpolitik zu verhindern, daß immer mehr Einwohner der Armenverwaltung zur Last fallen, ergeht sie sich in kleinlichen, gehässigen Angriffen gegen den augenblicklichen Leiter des Armenwesens, Herrn Stadtrat Samter, dem sie eigenmächtiges Handeln, u. a. eine eigenmächtige Erhöhung des Pflegegeldes für Säuglinge, vorwirft, und dem sie es vor allem nicht verzeihen kann, daß er die reichen Einwohner der Stadt als Leute hingestellt hat, denen es an dem nötigen Wohlthätigkeitssinn fehlt. In der Diskussion gelang es den Magistratsmitgliedern, die gegen die Armenverwaltung erhobenen Anklagen zu entkräften. Trotzdem wurde der Antrag Rosenberg angenommen. — Eine Ueberraschung bereiteten der Versammlung die Liberalen. Ihr Wortführer, Stadtv. Kaufmann, brachte ganz plötzlich einen Dringlichkeitsantrag ein, worin der Magistrat ersucht wird, in Beratung darüber einzutreten, ob im Anschluß an städtische Anlagen oder auf andrem Wege die Errichtung von Wärmehallen zu ermöglichen sei. Bejahenden Falles solle sich die Versammlung im voraus zur Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel bereit erklären. Die Herren, die bisher allen auf die Linderung der Not hinzielenden Anregen und Anträgen unsrer Genossen gegenüber sich ablehnend verhalten hatten, entdeckten plötzlich ihr warmes Herz für die Armen. Und damit dieses bei ihnen so seltene Gefühl des Mitleids nicht plötzlich wieder verloren geht, mußte der Ausschuß, dem der Antrag Kaufmann überwiesen wurde, noch in derselben Sitzung, während der Plenarberatung, zusammentreten, um schon nach wenigen Minuten Bericht zu erstatten. Der Ausschußantrag ging dahin, dem Magistrat 10 000 Mark für die Errichtung von Wärmehallen zur Verfügung zu stellen. Unser Genosse Hirsch geißelte diese Art der Lösung kommunalpolitischer Aufgaben, bei der nun und nimmer etwas Ersprießliches herauskommen könne. Habe doch im Ausschuß niemand gewußt, was eigentlich geschehen solle! Man begnüge sich mit halben Maßregeln, um nachher desto gründlicher seine Pflicht vernachlässigen zu können! Nachdem sich Redner aller Parteien gegen die ihnen „unbegreifliche“ Stellung der Socialdemokraten ausgesprochen hatten, wurde der Antrag des Ausschusses angenommen. Was dabei herauskommt, wird die Zukunft lehren. — Die am 17. und 18. November vollzogenen Ersatzwahlen in der zweiten und ersten Abteilung wurden für gültig erklärt. Die Vorlage betr. den Abschluß eines Vertrages mit dem Hauspflegeverein Charlottenburg wurde einem Ausschuß überwiesen, in dem unsre Fraktion durch den Genossen Vogel vertreten ist. Eine Reihe wichtiger Punkte mußte der vorgerückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt werden. Die nächste Sitzung findet am 7. Januar in dem neu erbauten Sitzungssaale des neuen Rathauses statt.

In Britz hat die Gemeindevertretung gestern den Bürgermeister Schmiedigen aus Jüterbog zum Gemeindevorsteher gewählt.

Zehlendorf. In der Gemeindevertretung wurde es von verschiedenen Vertretern gerügt, daß der frühere Gemeindevorstand einen zum Geschenk erhaltenen Krankenwagen verkauft hat, ohne irgend jemand davon Mitteilung zu machen. — Zu der Angelegenheit des Gymnasialbaues teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Regierung auf den Bau des Wohnhauses für den Direktor bestehen bleibt, weil sie nach der Frist von zwei Jahren, die die Gemeinde sich ausgebeten hatte, keine Mittel mehr habe, die Gemeinde zum Bau zu zwingen. Zur Errichtung einer Oberprima für die jetzt in Betracht kommenden fünf Schüler läge kein Bedürfnis vor, ebenso könne von der Errichtung von Real-Parallelklassen vor Fertigstellung des Gymnasiums keine Rede sein. — Die Kirchengemeinde will von der politischen Gemeinde zum Bau einer Kirche Geld haben. Bemerkt sei, daß sich die Kirchengemeinde gegen die politische Gemeinde höchst unconlant zeigte. Vor einigen Jahren bot letztere für den alten Kirchhof 25 000 M., doch die Kirche lehnte das Gebot ab, weil man nicht wissen könne, wieviel dieser Grund und Boden in einigen Jahren wert sei.

Der Niederbarnimer Kreistag erklärte in seiner Sitzung vom 15. d. M. zunächst das Mandat des neugewählten Abgeordneten Herrmann zu Glienicke (Wahlbezirk X, Tegel) für gültig. Die Abrechnung der Kreis-Sparkasse pro 1901 zeigte bei 47 000 Mark Verwaltungs-Unkosten einen Reingewinn von 145 000 M. Die Einlagen der 39 520 Sparer erreichten die Summe von 20 239 665 Mark (2 013 263 M. mehr als im Vorjahre). Die Kreis-Kommunalkasse weist bei einem Etat von 1 300 000 M. einen Ueberschuß von 85 000 M. auf; von dem letzteren wurden durch Beschluß 41 000 M. dem Krankenhaus-Baufonds überwiesen, während der Restteil auf den neuen Etat vorgetragen wurde. Die Kolonie Sandhausen bei Oranienburg, die zur Zeit 400 Seelen zählt und dem fiskalischen Gutsbezirk angehört, soll unter Abtrennung von letzterem mit der Friedenthaler Schleuse in die Stadtgemeinde Oranienburg einverleibt werden. Die Gutsverwaltung zahlt 45 000 M. an die Stadt Oranienburg als Kapitalabfindung. Der Amtsausschuß Birkenwerder wird in Zukunft gebildet durch vier Mitglieder der Gemeinde Hohen-Neuendorf, fünf der Gemeinde Birkenwerder, zwei der Gemeinde Borgsdorf und einer der Gutsbezirks Lehnitz. — Die Gemeinde Hohen-Schönhausen kann eine zum Amtsvorsteher geeignete Person nicht nachweisen und so wird diese Stelle beim bevorstehenden Ausscheiden des derzeitigen Inhabers wieder kommissarisch besetzt werden. — Die zu Friedrichsfelde gehörende Kolonie Karlshorst wurde zu einem selbständigen Schiedsmann-Bezirk (3a) konstituiert. — Zur Erbauung einer Chaussee von Kreuzbruch nach Nieder-Schönhausen—Liebenwalde wurden 34 000 M. als Zuschuß des Kreises bewilligt. — Bei der Wahl zum Kreisausschuß-Mitgliede erhielten Herr Amtsvorsteher Schulze-Französisch Buchholz 40 Stimmen, Herr Kluth-Friedrichshagen 3, Herr Ziethen-Lichtenberg und Grauer-Lichtenberg je 1 Stimme. Zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten wurde Herr Gemeinde-Vorsteher Springer-Seefeld gewählt.

Bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit. Man schreibt uns aus Spandau: Oft genug haben die Arbeiter von bürgerlichen Stadtvätern die Bethätigung wärmster Arbeiterfreundlichkeit entgegennehmen müssen; jetzt haben unsre Genossen im Stadtparlament wieder einmal den Nachweis geführt, daß diese bürgerliche Arbeiterfreundschaft nicht viel mehr ist, als eine leere Redensart. Vor einigen Wochen wurde die allgemeine Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten aufgerollt. Den Freisinnigen gelang es, mit dieser Frage zugleich auch die Frage einer Aufbesserung des Lehrereinkommens zu verquicken, und unsre Genossen legten sich natürlich gehörig für die städtischen Arbeiter ins Zeug. Schließlich wurden die Beamtengehälter, besonders nach oben hin, sehr generös aufgebessert, der städtischen Arbeiter wollte der Magistrat sich in der Weise entledigen, daß er erklärte, die Neuregelung der Bezüge der städtischen Arbeiter den einzelnen — Verwaltungsdeputationen überlassen zu wollen, aus denen die Socialdemokraten (mit einer einzigen Ausnahme) bekanntlich von der Mehrheit der Stadtverordneten hinausbugsiert worden sind. Unsre Genossen entwarfen nun aber selbst eine Lohnskala für sämtliche städtischen Arbeiter, welche einen Minimallohn von 3 M. 50 Pf. und einen in 6 Jahren erreichbaren höchstlohn, von 4 M., also außerordentlich bescheidene Sätze, vorsah. Sie erreichten dann auch, daß eine besondere Kommission eingesetzt wurde, deren Beratung jene Skala zu Grunde gelegt werden sollte. — Die Kommission wollte aber von der Festsetzung einer Skala garnichts wissen, nur für einen Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde sprach sie sich in

einer sehr gewundenen Resolution aus. Aber auch dies war dem Magistrat noch zu viel, hatte der Ober-Bürgermeister doch den Standpunkt vertreten, daß man es durch die Festsetzung eines Minimallohnes für die städtischen Arbeiter gewissermaßen mit den — — Privatunternehmern verderben könnte. In der Donnerstagsitzung der Stadtverordneten mußte der Magistrat darum eine sehr herbe Kritik durch unsre Genossen Scholz, Rieger und Pieper hinnehmen. Wunderbarerweise vertrat der bürgerliche Stadtverordnete Reinecke, der als Bauunternehmer früher oft mit den organisierten Arbeitern in Streit geraten war, in dieser Frage ziemlich verständige Ansichten: „Ein tüchtiger ungelernter Arbeiter verdiene 35 Pf. pro Stunde, er sei auch nie gegen hohe Löhne gewesen, nur mit Gewalt ließe er sich nichts abzwingen. Hohe Löhne brächten eine Stadt in Blüte. Bei der Höhe der hiesigen Mieten könne man ruhig 35 Pf. Mindestlohn zahlen", so führte er aus. Die Mehrheit war jedoch für den socialdemokratischen Antrag nicht zu haben. Dagegen wurde der Kommissionsbeschluß mit einem Verbesserungsantrag Reinecke angenommen. Danach soll der Mindestlohn für sämtliche ständigen städtischen Arbeiter 35 Pf. pro Stunde betragen. Eine stufenmäßige Erhöhung wurde nicht beliebt.

In der Molkerei zu Karstädt, welche bekanntlich dem Minister v. Podbielski gehört, hat sich gestern ein schlimmes Unglück ereignet, indem die 19jährige Tochter eines Postschaffners von einer Welle erfaßt und furchtbar zugerichtet wurde. Die Aerzte konstatierten zwei Schenkelbrüche, einen Dammenbruch, einen Schädelbruch, sowie einen Darmriß. Die Welle ragt etwa einen Fuß über dem Erdboden hervor und ist trotz ihrer gefährlichen Lage, wie uns berichtet wird, noch nie mit einer Schutzvorrichtung versehen gewesen.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Calau-Luckau. Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 3½ Uhr, im Lokal des Genossen Georg Weihnacht, Grünstraße 21: Versammlung. Gäste, auch Frauen, herzlich willkommen.

Volkshaus-Verein Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr findet im Volkshause, Rosinenstr. 3, die Generalversammlung statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Löffler. Es ist kaum anzunehmen, daß von jener Verordnung ein Separatabdruck zu haben ist. Sie ist vermutlich nur im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbe-Verwaltung abgedruckt worden, das bei Karl Heymann, Berlin W., verlegt wird; vielleicht auch im „Reichs-Anzeiger". Eine Nummer eines dieser Blätter können Sie wohl noch zu kaufen bekommen, wenn Sie die Nummer genau angeben können. Wir können Ihnen das leider nicht sagen, aber vielleicht kann Ihnen die Verwaltung der Organisation der Gastwirtsgehilfen dabei behilflich sein. Wenden Sie sich an Hugo Pätzsch, Elbingerstr. 21.

100. K. N. Wir sind nicht in der Lage, Aerzte empfehlen zu können.

A. B. Die Firma ist außer bei dem „Lokal-Anzeiger" auch bei der „Morgenpost" beteiligt.

N. N. Der Grundstein zum Rathaus ist 1861 gelegt worden.

Nr. 24. Nein, nur bei eingeschriebenen Briefen.

2 Streitende. Das historische Verhältnis der nationalliberalen Partei des Reichstages zu den andren liberalen Gruppen ist folgendes: Am 12. Juli 1879 traten 14 Mitglieder der nationalliberalen Partei aus dieser aus und bildeten mit dem vordem zur Deutschen Reichspartei gehörigen Prinzen Schönaich-Carolath am 7. Februar 1880 eine neue Fraktion, die „Liberale Gruppe" (Schauß-Völl). Grund der Trennung war, daß diese liberale Gruppe im Gegensatz zur nationalliberalen Partei schutzzöllnerisch war. Bei den nächsten Reichstagswahlen brachte diese Gruppe nur einen Abgeordneten durch und verschwindet als selbständige Fraktion. Von der nationalliberalen Partei splitterte ferner am 1. September 1880 die „Liberale Vereinigung" („Secessionisten"), auch „Gruppe Forckenbeck" oder „Entschieden Liberale" genannt, ab. Die „Secessionisten" vereinigten sich am 5. März 1884 mit der Deutschen Fortschrittspartei zur „Deutschen freisinnigen Partei". Die Differenz über die Zustimmung zum Antrag Huene über die Erhöhung der Friedens-Präsenzstärke führte zur Spaltung der „Deutschen freisinnigen Partei" in die „Freisinnige Vereinigung", der 19 von den 67 Deutschfreisinnigen beitraten, und in die „Freisinnige Volkspartei", die sich am 7. Mai 1893 mit 47 Mitgliedern konstituierte. Bei den Wahlen von 1893 wurde die Freisinnige Volkspartei auf 24, die Freisinnige Vereinigung auf 13 Abgeordnete herabgesenkt. Aus der deutschen Fortschrittspartei, die bis zur Vermischung mit den Secessionisten bestand, traten im Jahre 1874 aus Anlaß des Militärkompromisses 12 von den 49 Fortschrittlern aus und bildeten die seit 1881 völlig verschwundene Gruppe Löwe-Berger. — **P. H. 123.** Geisteskrankheit ist ein Scheidungsgrund, wenn sie seit mindestens drei Jahren während der Ehe bestanden und solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben und jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist. Die Alimentationspflicht bleibt auch nach der Trennung bestehen. — **K. H. Z.** Nicht vorhanden. — **A. K. 175.** Falls Ihre Stellung die eines Werkmeisters ist, ist Ihre Unterschrift ungültig (§ 133 S. 104 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht") und eine Klage aussichtsvoll. — **99.** Die Rechnung Ihres Anwalts wird Ihnen zugesendet. Die Folge der Armenrechts-Bewilligung ist die, daß Sie die Rechnung, so lange Sie das Armenrecht haben, nicht zu bezahlen brauchen. — **Klage.** Sie lehnen Zahlung ab. — **Schenkhan G. 53.** Auf einen Montag. — **A. G. 40.** Der Antrag auf Invalidenrente kann gestellt werden. Es ruht die Invalidenrente, d. h. sie wird nicht gezahlt, so lange und so weit die Unfallrente unter Hinzurechnung der Invalidenrente, falls der Versicherte in Klasse I versichert ist, mehr als 450, in II mehr als 525, in III mehr als 600, in IV mehr als 675, in V mehr als 750 M. beträgt. — **E. F. 41.** Nein. — **E. B. 36.** Ja. — **O. S. 200.** Der Vertrag ist gültig. — **G. St.** Nur nach abgelegtem Examen. — **H. 2.** Sie würden Ihren Anspruch mit Aussicht auf Erfolg durchsetzen können. — **Schachkind „Lasker".** Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts (im Gegensatz zu der des Kammergerichts) ist eine Störung durch die Behörde zulässig. — **A. L., Ober-Schöneweide. Ja.**

Witterungsübersicht vom 18. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C. = 0°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C. = 0°R.
Swinemünde	754	W	3	heiter	1	Haparanda	743	S	4	bedeckt	−7
Hamburg	756	WSW	2	bedeckt	1	Petersburg	762	S	2	bedeckt	−8
Berlin	757	W	1	bedeckt	2	Cork	766	WNW	5	halb bd.	8
Frankf./M.	758	N	2	Regen	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	761	SW	8	bedeckt	5	Paris	766	WSW	5	bedeckt	12
Wien	760	NW	2	Regen	5						

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Dezember 1902.
Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe und regnerisch, bei ziemlich starken westlichen Winden; später aufklarend und etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Eine Weihnachtsfreude

seltener Art bilden unsere Gratis-Photographie-Bons. Die grosse Beliebtheit, der sich dieselben erfreuen, veranlasst uns auch

Freitag den 19. und Sonnabend den 20. Dezember

Photographie-Bons gratis

zu verabfolgen und zwar geben wir bei einem Gesammteinkauf von

5 Mark	10 Mark	15 Mark	20 Mark
¼ Dutzend Visites	½ Dutzend Visites	¼ Dutzend Cabinet	¼ Dutzend Makart

Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahl-Casse einen Photographie-Bon zu verlangen.

Bis zum 23. Dezember bleiben unsere Geschäfte bis **10 Uhr Abends geöffnet.**

A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16/17, SW. Belle-Alliancestr. 1/2, NO. Gr. Frankfurterstr. 113.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Vorjährige zurückgesetzte Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [1447b*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstraße 16, August Achilles.

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 53/10*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Krawattenstoffe, große Auswahl. Schwarze Seidenstoffe, Blusenstoffe, sehr billig. Wallnertheaterstraße 30. 788b

Tricotagen, Massenauswahl, fabelhaft billige Gelegenheitskäufe.

Kleiderstoffreste, bedeutend unter Preis.

Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leuchter mit Feuerzeug. Markus, Reinickendorferstraße 7a. 1442R*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwarz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Ringschiff, Bobbin, Schnellnäher, schönstes Weihnachtsgeschenk, ohne Anzahlung, Woche 1,00, vermietet gewesene spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †03*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümröcke, Stühle spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 53/10*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. †92*

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Strausbergerstraße 6a, I. [46/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Goldwaren, spottbillig, Manteuffelstraße 76, parterre. 10306*

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Gelegenheits-Käufe: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Kosser, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Musikwerke spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 10241b

Wringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1388R*

[illegible]nen, Langschiffchen, 12 Mark. [illegible]scheler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 1386R*

Nähmaschine. Zahle bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Karte erbeten. Brauer, Warschauerstraße 64. †43*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47B. 1339R*

Goldene Repetieruhren, Ketten, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Passende Geschenke von 25 Mark an. Tadellos: Ringschiff-, Bobbin-Schnellnäher, bequemste Teilzahlung wöchentlich und monatlich. Reparaturen billig, achtgemäß. Dieke, Mechaniker, Nähmaschinen-Specialgeschäft, Brunnenstraße 119. 1449R*

Kretschmanns geruchloser Petroleumkocher „Aeina" ohne Docht, transportable geruchlose Petroleum-Heizöfen, Lindenstraße 37. 1101b*

Eisen-Oefen für Säle und Bauten, gut erhalten, billig zu verkaufen. Carl Kaufmann, Müllenhoffstraße 16 und 19. 53/12*

Rummelsburg, Victoria-Platz. Empfehle den Genossen meine Weihnachtsbäume. A. Fischöder. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1206R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kanarienroller, Harzer, Hohl-, Klingeltouren 5,00 an, Papageienauswahl, Buchfinken, Zeisige, Stieglitze, Dompfaffen, Zuchtweibchen, Meisen billig. Vogelhandlung, Oranienstraße 87. 1060b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1111b*

Metallbruch, Tuch-, Wollabfälle, kauft gutzahlend, holt ab Mühling, Oppelnerstraße 11. †19*

Fahrradergesuch, Brillanten, Goldsachen. Natzlaff, Schönhauser Allee 163a. 126/3*

Weihnachtsbäume billigst 0,50 an Brunnenstraße 9. 11090

Paneelsofa, noch neu, Spinde, verschiedene andre Möbel sofort. Händler verbeten. Friedrichstr. 131D, vorn IV rechts. 80/12

Junge Freitchen, je 7,— Mark, verkäuflich Gypsstraße 10, Belicke.

Flottes Milchgeschäft muß Verhältnisse halber sofort verkauft werden. Gilig, Postamt 112. †116

Kanarienroller 4,00, Vorschläger, Stamm Seifert, Neanderstraße 7.

Besonderer Umstände verkauft junger Mann seine Wirtschaft, noch neu, elegante Garnitur, Säulentrumeau, auch einzeln. Händler dringend verbeten. Bergstraße 2, vorn I.

Verschiedenes.

Der Vorsitzende Herr Eichmann vom Pflanzerverein Altrahleben soll leben dreimal Hoch! nebst seinen sämtlichen Pflanzern. Gruß 1.

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. 1032b*

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 1043b*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1332R*

Kunstkupferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Dankstraße 7, Lagerpelcher. *

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. †19*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unser Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1619*

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 13906*

Vereinszimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbier. Franke, Kornbarterstraße 8. †40*

Vermietungen.

Wohnungen.

Rummelsburg, Kantstraße 38, 1, 2, 3 Stuben nebst Küche, zum 1. Januar. Auch Pferdestall oder Werkstatt. 10065*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für anständigen Herrn oder Dame. Witwe Behm, Müllerstraße 23, III. †74

Leeres zweifenstriges Vorderzimmer I., oder kleines Hofcomptoir, oder Lagerraum zu vermieten. Frankfurter Allee 198, I, vis-à-vis Bahnhof Frankfurter Allee. †116

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Setzer, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Glöser.

Stellenangebote.

50 Frauen verlangt sofort Reinigungsinstitut Weinmeisterstraße 14.

Barock-Vergolderinnen, zwei Versilberer sucht sofort C. Rutkenberg, Goldleisten-Fabrik, Neu-Weißensee, Lehderstraße 15/18. †128

Junge Mädchen unter 16 Jahren verlangt Paul Hübner, Markusstr. 5. Zu melden Hof IV. 11125

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Tüchtiger Muster-Entwerfer für nur erstklassige Modelle von Knaben-Anzügen 1—6 per sofort verlangt. Arbeitsstube gesucht, welche zugeschnittene Knaben-Anzüge 1—6 gut verarbeitet. 103/19
Offerten unter **W. 162 an Haasenstein & Vogler A.-G., Leipzig.**

Geübte **Belegerinnen** auf Goldleisten f. Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:
Emmeluth, Diefenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Kraustr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Bautischler R. Walter, Holsteiner Ufer 15/16.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Kraustr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jurius, Höchstestr. 17.
Hahn & Retzkow, Weissensee, König-Chaussee 71.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.